

**SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
DER
WESTFÄLISCHEN WILHELMS - UNIVERSITÄT MÜNSTER**

Band 1

Jürgen Bellers

**DIE BEDEUTUNG DRITTER AKTEURE
IN ZWISCHENSTAATLICHEN BEZIEHUNGEN
UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DEN KONFLIKTGEHALT
IN DER INTERNATIONALEN POLITIK**

**dargestellt am Beispiel der Quemoy - Krise von 1958
und dargestellt am Beispiel der deutsch - polnischen
Verhandlungen von 1970**

Münster, 1982



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554821_0016

**SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR POLITIKWISSENSCHAFT
DER
WESTFÄLISCHEN WILHELMS - UNIVERSITÄT MÜNSTER**

Band 1

Jürgen Bellers

**DIE BEDEUTUNG DRITTER AKTEURE
IN ZWISCHENSTAATLICHEN BEZIEHUNGEN
UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DEN KONFLIKTGEHALT
IN DER INTERNATIONALEN POLITIK**

**dargestellt am Beispiel der Quemoy - Krise von 1958
und dargestellt am Beispiel der deutsch - polnischen
Verhandlungen von 1970**

Münster, 1982



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Einleitung und Ableitung der <u>Problemstellung</u>	4 - 10
2. <u>Methoden</u> und Instrumente	11 - 15
3. Das forschungsleitende <u>Hypothesen-Set</u>	16 - 20
4. <u>Fallstudie I: Die Taiwan/Quemoy-Krise vom 30.6.1958 bis zum 20.10.1958</u>	21 - 28
4.1. Die Chronologie der Ereignisabfolge	
4.2. <u>Die Randbedingungen</u>	
4.2.1. Das internationale System in der Zeit des 'Kalten Krieges'	29 - 33
4.2.2. Die außenpolitische Strategie und Interessenlage der Sowjetunion	34 - 37
4.2.3. Die außenpolitische Strategie und Interessenlage der Volksrepublik China	38 - 40
4.2.4. Die außenpolitische Strategie und Interessenlage der Vereinigten Staaten	41 - 49
4.2.5. Die außenpolitische Strategie und Interessenlage der Republik China (Taiwan)	50 - 53
4.3. <u>Interpretation</u> der Taiwan/Quemoy-Krise von 1958 unter dem Aspekt triadischer Beziehungen zwischen den beteiligten Akteuren	54 - 60
4.3.1. Die Triade China - Taiwan mit der Drittfunktion USA	60 - 62
4.3.2. Die Triade Taiwan - USA mit der Drittfunktion	62 - 63
4.3.3. Die Triade VR China - USA mit der Drittfunktion Taiwan	63
4.3.4. Die Triade UdSSR - VR China mit der Drittfunktion USA	64 - 65
4.3.5. Die Triade China - USA mit der Drittfunktion UdSSR	65 - 66
4.3.6. Die Triade USA - UdSSR mit der Drittfunktion VR China	66 - 67
4.3.7. Die Akteure USA - Taiwan - UdSSR USA - UdSSR - Taiwan UdSSR-Taiwan - USA	67 - 68
4.3.8. Die Triaden Taiwan - UdSSR - China China - UdSSR mit der Drittfunktion Taiwan China - Taiwan mit der Drittfunktion UdSSR	68 - 69

5.	<u>Fallstudie II:Die deutsch-polnischen Gespräche</u> und Verhandlungen vom 4.2.1970 bis zum 7.12.1970	
5.1.	Chronologie der Ereignisabfolge	70 - 84
5.2.	<u>Die Randbedingungen</u>	
5.2.1.	Das internationale System in der Zeit der 'Entspannungspolitik'	85 - 86
5.2.2.	Die außenpolitische Strategie und Interessen- lage der Regierung Brandt/Scheel	87 - 89
5.2.3.	Die außenpolitische Strategie und Interessen- lage der Vereinigten Staaten unter Nixon und Kissinger	90 - 93
5.2.4.	Die außenpolitischen Strategien und Interessen- lagen von Großbritannien und Frankreich	94 - 95
5.2.5.	Die außenpolitische Strategie und Interessen- lage der Sowjetunion	96
5.2.6.	Die außenpolitische Strategie und Interessen- lage der Volksrepublik Polen	97 - 98
5.2.7.	Die außenpolitische Strategie und Interessen- lage der "DDR"	99
5.2.8.	Die außenpolitische Strategie und Interessen- lage der CDU/CSU-Opposition	100 - 103
5.3.	<u>Interpretation</u> der deutsch-polnischen Verhand- lungen von 1970 unter dem Aspekt triadischer Beziehungen zwischen den beteiligten Akteuren	104 - 105
5.3.1.	Die Triade BRD - Polen mit der Drittfunktion UdSSR	106 - 108
5.3.2.	Die Triade BRD - UdSSR mit der Drittfunktion Polen	108 - 109
5.3.3.	Die Triade UdSSR - Polen mit der Drittfunktion BRD	110
5.3.4.	Die Triade BRD - Polen mit der Drittfunktion USA(Westmächte)	110 - 115
5.3.5.	Die Triade BRD - USA(Westmächte) mit der Dritt- funktion Polen und die Triade Polen - USA(West- mächte) mit der Drittfunktion BRD	115
5.3.6.	Die Triade USA(Westmächte) - UdSSR mit der Dritt- funktion BRD	115 - 116
5.3.7.	Die Triade BRD - USA(Westmächte) mit der Dritt- funktion UdSSR	116
5.3.8.	Die Triade UdSSR - BRD mit der Drittfunktion USA(Westmächte)	116
5.3.9.	Die Triade Polen - USA(Westmächte) mit der Dritt- funktion UdSSR	117
5.3.10.	Die Triade Polen - UdSSR mit der Drittfunktion USA(Westmächte)	117
5.3.11.	Die Triade USA(Westmächte) - UdSSR mit der Drittfunktion Polen	117

	Seite
5.3.12. Die Triade Polen - UdSSR mit der Drittfunktion "DDR"	118
5.3.13. Die Triade Polen - "DDR" mit der Drittfunktion UdSSR	118
5.3.14. Die Triade "DDR" - UdSSR mit der Drittfunktion Polen	118 - 119
5.3.15. Die Triade Polen - BRD mit der Drittfunktion "DDR"	119
5.3.16. Die Triade BRD - "DDR" mit der Drittfunktion Polen	119
5.3.17. Die Triade Polen - "DDR" mit der Drittfunktion BRD	119 - 120
5.3.18. Die Triade Polen - CDU/CSU mit der Drittfunktion BRD (Bundesregierung)	120
5.3.19. Die Triade BRD (Bundesregierung) - Polen mit der Drittfunktion CDU/CSU	120 - 121
5.3.20. Die Triade CDU/CSU - BRD (Bundesregierung) mit der Drittfunktion Polen	121
6. <u>Schlußfolgerungen</u>	122 - 123
6.1. Ergebnisse und Ergebnisinterpretationen	127 - 128
7. Quellen, <u>Literaturangaben</u> und Anmerkungen	130 - 131

1. EINLEITUNG UND ABLEITUNG DER PROBLEMSTELLUNG

Mit Abflauen der polaren Kalte-Kriegs-Konfrontation zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR hat sich im internationalen System zunehmend eine Differenzierung und Pluralisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen vollzogen, die sich u.a. in einer allmählichen Lockerung der Block-Integrationen von NATO und Warschauer Pakt und in einer verstärkten Inter-Block-Kooperation manifestiert. Dazu kommt die sog. Dritte Welt, die allein schon durch ihre Bezeichnung die Überwindung oder Ergänzung der zweipolig-bilateralen Beziehungsstruktur des Kalten Krieges zum Ausdruck bringt.

Diese Änderungen stellen nicht nur eine immer wieder vorkommende Neukonstellation der Pakte dar, sie zeitigen vielmehr weiterreichende Konsequenzen, nämlich auch auf der Ebene der Prinzipien, nach denen das internationale System funktioniert. In der vormaligen Systemstruktur gab es - in idealtypischer Zuspitzung - dominant eher Zweierbeziehungen von Block zu Block, die wohlmöglich noch ein Nullsummenverhältnis bildeten. Die neue und gegenwärtige Systemstruktur hat sich dahingehend differenziert und qualitativ geändert, daß sich nun die Beziehungen zwischen den Staaten durch das Hinzukommen einer oder mehrerer Dritter sozial komplexer gestalten: Koalitionen werden möglich von zwei gegen den dritten Akteur; die Entscheidungsträger von Nationalstaaten oder sonstigen inter- und supranationalen Akteuren orientieren sich an verschiedenen, z.T. miteinander konkurrierenden Bezugsgruppen, anderen nationalstaatlichen, inter- und supranationalen, aber auch subnationalen, innerstaatlichen Akteuren, wie z.B. der UN, der ILO, der EG, gewissen international relevanten, politischen Parteien usw., auf die hin sich, je nach Situation unterschiedlich akzentuiert, ausgerichtet wird, deren evt. unterschiedliche Normanforderungen und Verhaltensregelungen nichtsdestotrotz vom jeweiligen Akteur in sich vereinbart werden können, indem sie in verschiedenen Rollen realisiert werden.¹

Der frühere, amerikanische Außenminister Kissinger war - neben und nach de Gaulle - einer der ersten Politiker, die diesen Prozeß der Auflösung von Bipolarität und den daraus folgenden Prozeß internationaler Pluralisierung und Multilateralisierung erkannten und positiv verarbeiteten.² Denn das Kissingersche Konzept der pentagonalen Welt, bestehend aus West-Europa, Japan, China und dominierend: aus den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, stellt nichts anderes dar als der strategische Ausdruck eines multilateralen, internationalen Systems. Auch dem Brzezinskischen Konzept einer trilateralen Kooperation von West-Europa, Japan und den Vereinigten Staaten liegt eine multilaterale Struktur zugrunde, sogar eine explizite Dreier-Struktur.³

In einer derart multilateralen Welt sind bilaterale Verhandlungen oder bilateralen Konfliktbeziehungen in der engeren Bedeutung des Begriffes auch nicht mehr möglich, bzw., sie erhalten einen anderen Stellenwert, obwohl natürlich formaliter z.B. bei bilateralen Verhandlungen auch weiterhin nur zwei Verhandlungspartner sich am Verhandlungstisch gegenüber sitzen. Aber an diesen Verhandlungstischen partizipieren unsichtbare Gäste, auf die sich beide Verhandlungspartner perzeptionell beziehen, die sie bei ihrem Handeln einkalkulieren und die - metaphorisch gesprochen - evt. sogar zwischen oder hinter beiden stehen. Dritte nehmen auf diese Art und Weise durch eigeninitiativen Eingriff von außen oder durch Einschaltung seitens der Verhandlungspartner selbst an "bilateralen" Verhandlungen teil. Ähnliches gilt für Konfliktbeziehungen. Hierin kommt ein zunehmender Verflechtungs- und Vergesellschaftungsgrad des internationalen Systems zum Ausdruck, der als transnationale Fortsetzung des seit dem Mittelalter wachsenden innerstaatlichen Vergesellschaftungs- und Zentralisierungsprozesses verstanden⁴ und der analog der zunehmenden innergesellschaftlichen Bedeutung des Staates als vermittelndem Dritten zwischen Kapital und

Arbeit konzeptualisiert werden könnte.⁵ Diese zunehmende Vergesellschaftung auch der inter-, trans- und supranationalen Beziehungen rechtfertigt und ermöglicht die Anwendung soziologischer Theorien und Kategorien in diesem Gegenstandsbereich, insbesondere, was die Rollen- und Pluralismustheorie betrifft.

Derart differenzierte soziale Beziehungen im internationalen System gab es wahrscheinlich auch schon in früheren Epochen und Zeitabschnitten, nur, daß sie weniger oder gar nicht wahrgenommen wurden, weder von den Politikern selbst noch von der Wissenschaft. Es dominierte sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Soziologie eher eine dyadische Betrachtungsweise, sieht man von einigen, wenigen Ansätzen zu einer triadischen Perspektive ab.⁶ Z.B. wurde in der Politikwissenschaft der zentrale Machtbegriff weitgehend als Zweierbeziehung verstanden, so etwa - in Anschluß an Max Weber - bei Hans Morgenthau: "Die Feststellung, daß A über B politische Macht hat oder zu haben wünscht, bedeutet daher immer, daß A imstande ist oder sein möchte, bestimmte Handlungen B's durch Beeinflussung seines Denkens zu kontrollieren."⁷ Und selbst für die Soziologie beklagt W.L.Bühl⁸ ein Vorherrschen dyadischer Beziehungstypen, obwohl diese eine völlig fiktive, a-soziale Situation von monadischen Individuen, wie sie sich eine liberalistische Denkhaltung vorstellt, sind, die ihres sozialen Charakters verlustig gegangen sind.

Soziale Einheiten stehen normalerweise in einem interdependenten, oft arbeitsteilig organisierten Beziehungsgeflecht, aus dem einen Zweipol herauszugreifen aller Wahrscheinlichkeit und vorgängigen Erfahrung nach heuristisch wenig fruchtbar ist. Auch der in der empirischen Sozialforschung übliche, aus forschungspragmatischen Gründen erfolgende, analytische Schnitt, mit dem eine abhängige und eine unabhängige Variable isoliert werden, mag sicherlich für bestimmte, insbesondere empirisch aufwendige Fragestellungen von Nutzen sein; für die hier interessierende Fragestellung nach Drittbeziehungen, von der wir behaupten, daß sie einen relevanten

Aspekt der Realität zu erfassen vermag, ist allerdings die Beschränkung auf die 2-Variablen-Beziehung wenig geeignet, zumal dann, wenn sie ohne Angabe von Randbedingungen erfolgt.

Mit den Randbedingungen kommen aber schon tendenziell Aspekte in Betracht, die die Zweierbeziehung überwinden, nur, daß sie peripher und nicht als zentraler Gegenstand der Untersuchung erfaßt werden. Hier setzen einige Untersuchungen zum Drittphänomen in den internationalen Beziehungen an, indem sie den Dritten zu ihrem zentralen Gegenstand machen. Young⁹ z.B. analysiert diesbezüglich die Funktionen der Vereinten Nationen, und Frei die Merkmale und Eigenschaften von Personen und Institutionen, die zwischen Staaten erfolgreich vermitteln konnten.¹⁰ Den von ihnen dabei verwandten Ansatz könnte man als substantialistisch bezeichnen: Sie gehen nämlich davon aus, daß der Dritte eine kompakte, territorial oder sozial oder sonstwie abgrenzbare Einheit ist, eine Substanz, die, ausgezeichnet mit bestimmten Merkmalen (z.B. Supra- oder Internationalität, mittlere Größe usw.), dadurch zu Dritten prädisponiert sind.

Dieser auf spezifisch qualifizierte Einheiten beschränkte Begriff eines Dritten kann allerdings nach unserer Meinung nicht voll die Komplexität von Drittbeziehungen erfassen: Denn der Dritte soll hier nicht nur als substantialistisch festlegbare Größe verstanden werden, sondern als eine funktionale Beziehung zwischen mindestens drei sozialen Einheiten. Das heißt: der Bereich möglicher Dritter und Drittbeziehungen wird stark ausgeweitet, da hier vermutet wird, daß die Drittfunktion nicht von Eigenschaften des "Drittfunktionsinhabers" abhängt, sondern von den sozialen Konstellationen, innerhalb derer ein "Konstellationsteilnehmer" (d.h. in unserem Fall hier: ein als Akteur oder Entscheidungsträger¹¹ identifizierbarer Nationalstaat) unter bestimmten, hier zu eruiierenden Bedingungen die Funktion des Dritten übernehmen kann. Dazu ist potentiell jeder Teilnehmer in der Lage. In einer diesbezüglichen

Untersuchung müssen daher alle Teilnehmer einer relevanten Konstellation¹² in die empirische Analyse einbezogen werden.

Diese Art von drittfunktionaler, konstellationsbezogenen Betrachtungsweise wird zudem dadurch gerechtfertigt, daß nach dem empirisch-analytischen, wissenschaftstheoretischen Ansatz, der hier vertreten wird, jede (soziale) Einheit, die in Bezug zu anderen Einheiten steht, auch unter dem Aspekt betrachtet werden kann, inwieweit sie im Verhältnis zu den anderen die Funktion des Dritten erfüllt, oder genauer formuliert: inwieweit sie in der Perzeption der Konstellationsteilnehmer im Verhältnis zu den anderen die Funktion des Dritten erfüllt. Der analytische Ansatz einer Untersuchung ist also prinzipiell offen und von der mehr oder weniger willkürlichen Entscheidung des Forschers abhängig, nur sollte er heuristisch sinnvoll und nach Möglichkeit theoretisch sowie wissenschaftsgeschichtlich abgeleitet sein.

Ein solches analytisch-funktionales, hypothetisches Verfahren setzt sich leicht dem Vorwurf aus, den Fokus der Analyse zu universalisieren: Alles wird dann anscheinend zum Dritten. Dieser Einwand verkennt jedoch die Art dieses Verfahrens, das erstens ja gerade darin besteht, soziale Beziehungen oder andere Untersuchungsbereiche jenseits von dogmatischen Präokkupationen zunächst einmal in der ersten Analysephase unter mehreren hypothetischen Foki zu betrachten, um derart experimentell-herumtastend festzustellen, welcher Fokus am fruchtbarsten ist. Zum zweiten ist es bei einer funktionalen Betrachtungsweise möglich, daß ein und die gleiche, soziale Einheit mehrere Funktionen, bzw. Rollen wahrnehmen kann. Bezogen auf unseren Gegenstand der internationalen Beziehungen bedeutet das: Ein Staat kann z.B. sowohl bilateraler Verhandlungspartner in Bezug zu dem anderen Verhandlungspartner sein, als auch, unter einer weiteren, neuen Perspektive, in Bezug auf einen außerhalb der Verhandlungen stehenden, aber für diese relevanten

Staat Dritter im Verhältnis zwischen dem anderen Verhandlungspartner und dem außerhalb der Verhandlungen stehenden Staat. Ob das der Fall ist, bedarf natürlich der empirischen Bestätigung.

An diesen empirischen Bestätigungen mangelt es allerdings. Das Konzept einer triadischen Soziologie ist zwar von Bühl mit Überzeugungskraft entworfen worden¹³, aber die Frage, unter welchen Bedingungen wie mit welchen Folgen eine triadische Beziehung zustande kommt und wie sie wirkt, ist noch weitgehend unbeantwortet, bzw. es bestehen Differenzen in der Wissenschaftsgemeinschaft z.B. darüber, ob nun die vergrößerte Komplexität sozialer Beziehungen durch eine Drittfunktion konfliktverstärkend oder konfliktmindernd wirkt. (siehe dazu Kapitel 3)

Es gibt zwar zahlreiche experimentelle Untersuchungen auf der individual- und sozialpsychologischen Ebene¹⁴, die auch prinzipiell nach dem Isomorphieprinzip¹⁵ auf den Objektbereich der internationalen Beziehungen übertragbar sind, es gibt das umfangreiche, statistisch-quantitativ arbeitende Forschungsprojekt von D.Frei¹⁶, die in diesem Zusammenhang entstandenen Arbeiten zu Vermittlungsaktionen in internationalen Konflikten¹⁷, die Untersuchungen von Young, Deutsch, Singer und Haas¹⁸, die ökonomischen Theorien des collective bargaining¹⁹ sowie nicht zuletzt die frühen Arbeiten von Riker²⁰; das Analyseziel dieser Untersuchungen und Konzepte ist jedoch spezifischer und z.T. anders als das hier verfolgte, das aber diese Untersuchungen auf der Basis unseres umfassenderen Ansatzes zu integrieren versucht und daher auch ohne weiteres Hypothesen aus ihnen übernehmen kann (siehe Kapitel 3). Das ist um so eher möglich, als das Verhältnis zwischen substantialistischem und funktionalem Drittbegriff hier als Kontinuum verstanden werden soll: Je mehr sich in mehreren Konstellationen die Drittfunktion immer wieder auf den gleichen Akteur konzentriert, um so eher ist dieser dazu prädisponiert, auch zum substantialistischen Dritten zu werden, evt. so-

gar in der institutionalisierten Form einer inter- oder supranationalen Organisation. Diese Gesetzmäßigkeit kann auch als Indikator für den Institutionalisierungsgrad des internationalen Systems genommen werden.

Grundfrage der folgenden empirischen Untersuchung soll es aber sein, ob und inwieweit Drittfunktionen in triadischen Staatenkonstellationen konfliktmildernd oder konfliktverschärfend wirken. Da gerade Wirkungsfragen nur sehr komplex zu beantwortende Fragen sind, bedarf es, bevor wir mit den empirischen Darlegungen beginnen können, noch einiger methodologischer Erwägungen.

2. METHODEN UND INSTRUMENTE

In der folgenden empirischen Analyse sollen die von der historischen Soziologie entwickelten Methoden zur Anwendung kommen.²¹ Historisch abgrenzbare Fälle aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, aus verschiedenen Epochen werden in Form von case studies herausgegriffen und als System gesetzt und betrachtet, um unter dieser Perspektive die das Handeln der Akteure und hier insbesondere der außenpolitischen Entscheidungsträger bestimmenden, je unterschiedlichen oder in allen Fällen typisch wiederkehrenden Faktoren(Variablen) und Randbedingungen isolieren zu können. Fälle aus verschiedenen Epochen können dann vergleichend aufeinander bezogen werden. Untersuchungseinheiten des gleichen Typs(hier: des internationalen Systems) werden dann verglichen," um aufgrund von immer wiederkehrenden gleichen Merkmalen,bzw. Unterschieden zu gesetzmäßigen Aussagen zu kommen...

Eine besondere Schwierigkeit der komparativen Methode besteht darin, generalisierende Aussagen auf der Basis relativ weniger 'Fälle' bei einer Vielzahl von betrachteten Variablen machen zu müssen...Diese spezifische Schwierigkeit...kann durch folgende Möglichkeiten der Konzipierung einer vergleichenden Analyse gemildert werden:

- a. Durch eine Erweiterung der Fälle...
 - b. Durch eine Reduzierung der Anzahl der betrachteten Variablen...
 - c. Durch Reduzierung auf 'vergleichbare' Fälle...
 - d. Durch eine Reduzierung auf 'Schlüssel'-Variablen..."²².
- Insbesondere den Anforderungen b. und d. wird durch die Konzentration auf die drittfunktionale Perspektive genüge getan.

(Das bei einigen Autoren der historischen Soziologie zugrundeliegende, idealtypische Modell einer internationalen "situation hobbesienne"(Aron) wird hier nicht berücksichtigt. Es kommt hier nur darauf an, verschiedene empirische Systeme zu klassifizieren sowie deren Regelmäßigkeiten und

Unterschiede, Einmaliges und Zufälliges festzustellen.²³⁾ Ergänzend müssen noch die je unterschiedliche oder systematisch gleiche Art der Hintergrund- und Randbedingungen der epochenspezifischen Fälle analysiert werden. Dazu gehören vor allem die jeweilige Struktur des internationalen Systems sowie die von den beteiligten nationalstaatlichen Akteuren verfolgte, mehr aggressive oder mehr kooperative, außenpolitische Strategie. Die auf die Drittfunktionen bezogenen, mit ihnen in Vergleich und Korrelation zu setzenden Merkmale, Faktoren, Variablen, Randbedingungen werden dann schließlich in einem Schema zusammengefaßt, um häufig wiederkehrende Kovarianzen zwischen ihnen festzustellen und um daraus Gesetzmäßigkeiten und Erklärungen zu den Bedingungen, Ursachen, Möglichkeiten und Folgen von Drittfunktionswirkungen abzuleiten. Mit diesem methodologischen Ansatz soll versucht werden, die zu Beginn der Untersuchung aufgelisteten, forschungsleitenden Hypothesen und theoretischen Versatzstücke zu verifizieren oder zu falsifizieren, bzw. zu modifizieren und auszubauen.

Wie hiermit ersichtlich, wird von der wissenschaftstheoretischen Basis des Kritischen Rationalismus ausgegangen, insbesondere in der von Popper und Albert entwickelten Form. Das bedeutet für den Gang der Analyse unter anderem, daß die evt. aus der empirischen Analyse zu gewinnenden Gesetzmäßigkeiten über Bedeutung und Wirkung von Drittfunktionen nicht direkt in praxeologische Anweisungen z.B. für Diplomaten umgesetzt werden können, sondern nur über deren Umformulierung in Prognosen, die dann unter der Maßgabe von dezisionistisch gesetzten, außerwissenschaftlich begründeten Normen als praktische Anweisungen verwandt werden können. Das soll auch hier, zum Schluß der Untersuchung, geschehen.

Vorerst ist es jedoch im Rahmen dieser einleitend-methodologischen Bemerkungen unerlässlich, einiges zum benutzten Instrumentarium und zu den Operationalisierungsschritten

zu sagen: Die Untersuchungseinheiten sollen historisch rekonstruiert werden, und zwar unter weitgehendem Rückgriff auf die Begriffe, die der entscheidungstheoretische Ansatz bereitstellt²⁴, wie da sind: Chronologie des Ereignisablaufs, die Entscheidungsträger und deren Situationsdefinitionen (Perzeptionen), deren Weltbildentwicklungen und deren individuellen und politischen Sozialisation sowie, soweit möglich, den Entscheidungen der Entscheidungsträger selbst usw.

Operational wird hier eine triadische Beziehung dann als gegeben oder im Entstehen befindlich betrachtet, wenn sowohl in der Perzeption von zwei Entscheidungsträgergruppen unterschiedlicher Nationalität als auch in der davon unabhängigen, wissenschaftlich, intersubjektiv überprüfbar festgestellten Realität Bezug genommen wird auf eine dritte Entscheidungsträgergruppe, die mit der ersten und zweiten nicht identisch, aber bedeutend für das Problem ist, um dessentwillen die beiden anderen Entscheidungsträgergruppen in Kontakt getreten, bzw. in Konflikt geraten sind. Bezugnahmen werden hier definiert als alle diejenigen, logisch möglichen, sozialen Handlungen, die die Skala umfassen von der bloß perzeptionellen Berücksichtigung der Drittfunktion über die perzeptionelle Orientierung an oder gar Identifizierung mit den von der Drittfunktion ausgehenden Verhaltenserwartungen bis zu konkreten, handlungsbestimmenden Interaktionen mit, bzw. Interventionen von eben diesen Drittfunktionen, die in dieser letzten Form direkt in die Beziehung der beiden anderen eingreifen. Die Drittfunktion kann also aktiv und penetrativ werden und sein, für das Vorhandensein einer Drittfunktion reicht aber schon eine bloße Reaktion oder die schiere, passive Existenz aus, soweit sie von den beiden anderen perzipiert wird.²⁵

Gemäß dem oben erläuterten, funktionalen Drittbegriff kann dabei jeder von drei (oder mehr) Akteuren in einer sozialen Konstellation als jeweilige Drittfunktion in Bezug auf die verbleibenden anderen gesetzt und untersucht werden. Bei einer solch funktionalen Betrachtung

tungsweise ist es auch irrelevant, ob die Drittfunktion einem innen- oder außenpolitischen Akteur zugeschrieben wird: Wenn ein "innenpolitischer" Akteur Drittfunktionen für eine internationale Beziehung erfüllt, gehört er zu unseren Untersuchungseinheiten. Nichtsdestotrotz werden hier primär nationalstaatliche, "außenpolitische" Akteure betrachtet.

Grundlegend ist die Frage nach den konfliktmindernden oder konfliktsteigernden Wirkungen von Drittfunktionen. Als konfliktmindernd wird eine Drittfunktion dann erachtet, wenn durch sie ein Problem, das ohne sie nicht oder nur schwerer gelöst hätte werden können, einer Lösung näher geführt wird. Analog Umgekehrtes gilt für den Fall der Konflikteskalation. Zur quantitativen Messung des Konflikt-, bzw. Konsensgrades einer Beziehung wird je eine Skala angewandt werden.

Die Schwierigkeit, die sich hier auftut, ist die, den Zustand und den Verlauf der Ereignisabfolge ohne Drittfunktion festzustellen. Das gelingt am ehesten noch dadurch, daß in einer Art von "Bewußtseinsexperiment" die Zweier-Situation ohne Drittfunktion fiktiv durchgespielt wird, d.h. danach gefragt wird, ob bei Unterstellung einer Zweier-Situation eine Problemlösung möglich oder leichter gewesen wäre. Das soll sowohl aus der Sicht der Beteiligten als auch "objektiv" aus der Sicht des beobachtenden Wissenschaftlers beantwortet werden. Allerdings sollte man sich dabei stets der Gefahr wissenschaftstheoretisch illegitimer, teleologischer Argumentationsstrukturen bewußt sein, um sie zu vermeiden.

Ein besonderes, operationales Indiz für eine Konfliktreduktion durch Drittfunktionen ist ein Institutionalisierungsprozeß unter den Beteiligten und in der jeweiligen Konstellation im oben definierten Sinne. "Institutionalisierung findet statt, sobald habitualisierte Handlungen durch Typen von Handelnden reziprok typisiert werden."²⁶ "Das Wichtigste ist, daß jeder von ihnen nun befähigt ist, das anderen Handlungen vorauszusehen."²⁷ Es entsteht "Routinegewißheit".

Zunächst werden nun die forschungsleitenden Hypothesen und vor allem die zentrale Hypothese wissenschaftsgeschichtlich und theoriegeleitet entwickelt, die dann anhand von zwei Fallbeispielen falsifiziert oder verifiziert werden soll. Es werden zwei Beispiele aus verschiedenen Epochen der Geschichte des internationalen Systems genommen, nämlich 1. die Quemoy-Krise von 1958 aus der Zeit des Kalten Krieges und 2. die deutsch-polnischen Verhandlungen von 1970 aus der Zeit der Entspannungspolitik der beginnenden, siebziger Jahre. Diese beiden Fälle werden aus verschiedenen Weltgegenden und international-regionalen Konstellationen sowie unter dem Aspekt ausgewählt, verschiedene, ja:kontroverse Typen internationaler Beziehungen zum Gegenstand zu haben (Konflikt- und Verhandlungstyp). Dadurch wird die Generalisierungsmöglichkeit der Ergebnisse vergrößert.

Die Darstellung der beiden Fallbeispiele ist dabei nach dem gleichen Prinzip durchgegliedert:

1. die chronologische Deskription des Ereignisablaufs;
2. die historische Rekonstruktion der relevanten internationalen und nationalen Randbedingungen;
3. die themenbezogene Hervorhebung der Drittfunktionen in triadischen Konstellationen mit Rückbezug auf die forschungsleitende Hypothese.

3. DAS FORSCHUNGSLEITENDE HYPOTHESEN-SET

Folgende Untersuchungen sind im wesentlichen als Quellen für unsere forschungsleitenden Hypothesen relevant: Daniel Frei, Erfolgsbedingungen für Vermittlungsaktionen in internationalen Konflikten, in: Politische Vierteljahresschrift, 16.Jg., Dez. 1975, Heft 4, S. 447-490; Helmut Crott, Michael Kutschker, Helmut Lamm, Verhandlungen I und II, Stuttgart 1977, Bd. 1 und 2; Walter L. Bühl, Konflikt und Konfliktsoziologie, München '72; Karl W. Deutsch/J.D. Singer, Multipolar Power Systems and International Stability, in: World Politics 1964, S. 390; R.N. Rosecrance, Bipolarity, multipolarity and the future, in: Journal of Conflict Resolution 1966, S. 314 ff.; M. Haas, International Subsystems: Stability and Polarity, in: American Political Science Review 1970, S. 98 ff. G. Simmel, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1958^{IV}

Die genannten Autoren kommen aus verschiedenen Wissenschaften und vertreten unterschiedliche Ansätze und wissenschaftstheoretischen Positionen.

Frei, Deutsch, Singer, Rosecrance und Haas sind Politikwissenschaftler, Lamm und Crott sind Psychologen und Bühl und Simmel sind Soziologen.

Nichtsdestotrotz sollen ihre, z.T. empirisch induktiv, z.T. theoretisch deduktiv gewonnenen Hypothesen im folgenden in einem Zusammenhang wiedergegeben werden, da sie sich alle - trotz einer teilweise anderen Begrifflichkeit - in die hier verfolgte, oben schon entwickelte und operationalisierte Zentral-Hypothese reformulieren lassen, bzw. als deren Teil integrierbar sind. Die Hypothesen der genannten Autoren lassen sich also im Lichte der Zentral-Hypothese quasi als deren Unterfälle betrachten, allerdings mit Einschränkungen, da die spezifische Perspektive unserer Untersuchung die drittfunktionale Ausrichtung ist. So führt D. Frei diesbezüglich für uns relevant aus, daß Vermittlungsaktionen dann erfolgreich sind, "je größer die

Komplexität des Konflikts ist, d.h. je mehr Bezugsrahmen in ihm aktiviert sind."²⁸ Die von uns oben definierte Drittfunktions-Beziehung ist per definitionem komplex, da jede internationale, triadische Konstellation partiell oder potentiell drittfunktional ist. Sie besteht damit auch stets potentiell aus einer Vielzahl, zumindest aber aus einem dritten Bezugsrahmen. Nach Frei sind also Drittfunktionen in unserem Sinne wahrscheinlich eher konfliktmildernd.

Lamm leitet auf der Basis empirischer Forschungsergebnisse folgendes Theorem axiomatisch ab: "Je sicherer sich ein Verhandler über die Präferenzen und Erwartungen signifikanter Anderer(Dritter) in bezug auf die Verhandlungsergebnisse ist, um so eher wird er versuchen, im Einklang mit ihnen zu verhandeln."²⁹ Dabei geht Lamm von dem Axiom aus, daß Personen "ein Bedürfnis nach Zustimmung, Billigung und Anerkennung durch signifikante Andere und durch sich selbst" haben.³⁰ Die dem Theorem zugrundeliegenden empirischen Experimentaluntersuchungen faßt Lamm so zusammen: "Die Teilnahme eines an menschlichen Beziehungen (im Vergleich zu einem aufgaben-) orientierten Vermittlers(d.h. auch: eines Dritten,J.B.) resultierte in: a) einem besseren Verhandlungsprodukt(d.h. höhere Einschätzung der gemeinsamen Empfehlung durch unabhängige Beurteiler) - aber nur, wenn die Verhandler "zugewiesene" Standpunkte vertraten(die ihre jeweiligen kulturellen Normen repräsentierten); b) schlechteren Ergebnissen - aber nur, wenn die Verhandler ihre eigenen persönlichen Standpunkte vertraten. - Das Experiment enthielt keine Kontrollgruppe, anhand derer man die Auswirkung der bloßen An- oder Abwesenheit des Vermittlers hätte prüfen können... Bei Schlichtung(verglichen mit Nicht-Schlichtung): a) machte die Vp(Versuchspersonen,J.B.) nach der Zeitankündigung(d.h. der Ankündigung eines Dritten, wieviel Zeit den Verhandlern noch bleibe,J.B.)(und-je nach Be-

dingung - dem Schlichtungsvorschlag) eine größere Konzession; b) war das Gefühl der Unzulänglichkeit(das bei der Vp mit der Konzession einherging) schwächer(Befragung nach der Verhandlung)(statistisch marginal signifikant); c) war die Korrelation zwischen der Höhe der unter a) genannten Konzession und der Stärke des Unzulänglichkeitsgefühls geringer. d) Der erstgenannte Effekt war besonders stark, wenn der Zeitdruck groß war und der (programmierte) Gegner erst spät Konzessionen machte(marginal signifikante statistische Interaktion)...

Die Positionsdiskrepanz vor der Intervention durch die dritte Partei war bei Dyaden, die einen nichtbindenden Schlichtungsvorschlag erwarteten, größer als bei Dyaden, die einen bindenden Vorschlag erwarteten. Aber dies traf nicht zu, wenn die Vpn unter Publikums-Bedingungen verhandelten...

Wenn der zusätzliche Vorschlag des Gegenspielers auf Vermittlung beruhte..., war der von der Vp wahrgenommene Trend des Gegners zu größerem Entgegenkommen...kleiner... In der Vermittlungs-(imVergleich zur Nichtvermittlungs-) Bedingung: a) war die Gesamtqualität der Lösung besser; b) wurde der Gegenspieler weniger günstig beurteilt(Befragung nach der Verhandlung); c) wurde derGegenspieler in geringerem Maße als zufriedenstellender Mitarbeiter beurteilt; d) gaben die Verhandler Hinweise darauf, daß sie d1) weniger aufgabenmotiviert und d2) weniger zufrieden mit ihrer Verhandlungsgruppe waren. Alle diese Ergebnisse trafen nur in der Bedingung der 'Rollenverpflichtung' zu."³¹

Crott, Kutschker und Lamm kommen nach Durchsicht der wichtigsten Untersuchungen zu dem "Befund", daß "Vermittlung ...zu besseren Verhandlungslösungen" führt, allerdings nur unter der Bedingung, daß "die Verhandler unter dem Druck von Gruppenverpflichtungen stehen." ³²

Aus seiner Kritik traditioneller, vor allem dyadischer konfliktsoziologischer Ansätze und Theorien kommt Bühl

zu folgenden vier Postulaten, die bei einer von ihm vorgeschlagenen, triadischen Konfliktsoziologie unbedingt zu berücksichtigen seien, um die Irrwege bisheriger Forschungen zu vermeiden: Es ist 1. "auszugehen von der 'Heterogenität' der Konfliktparteien, d.h. von der Ambivalenz der sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Partei. Ein Teil der Mitglieder orientiert sich an anderen Gruppen im Umfeld und selbst in der gegnerischen Partei, und diese Mitglieder sind - bei einer veränderten Zieldefinition oder einer veränderten Situation - bereit, auszubrechen und neue Koalitionen einzugehen. Hier spielt besonders die dritte Partei eine große Rolle, und diese dritte Partei kann auch im Innern einer der beiden ursprünglichen Konfliktparteien entstehen.

2. Der Konflikt muß mehrdimensional und mehrzeitig begriffen werden, d.h. er wird auf verschiedenen Ebenen (in verschiedenen Regionen, Sozialbeziehungen, in verschiedenen Graden der Institutionalisierung usw.) und mit verschiedenen Zeitmaßen und Ablaufformen (Langzeit- und Kurzzeitperspektive) gleichzeitig ausgetragen. Konflikte könnten nur dann eindimensional sein, wenn sie rein logisch zu lösende Sachkonflikte wären. Als Soziologen müssen wir jedoch annehmen, daß es sich bei den Konflikten um bestimmte Objekte, um Geld oder Ideologien usw. mehr oder weniger nur um 'vorgeschobene' Konflikte handelt, hinter denen soziale Beziehungen stehen und für die der Kampf um Prestige, um Verfügungsgewalt, um Einfluß und Selbstbestätigung bestimmend ist.

3. Die Konflikte werden nicht in einem bipolaren, sondern in einem multipolaren Feld ausgetragen, in einem sozialen Feld, in dem es wechselnde Koalitionen gibt und in das dritte Kräfte - ungebeten oder gebeten - von außen eingreifen. Die Darstellung als Zweierkonflikt beruht meist nur auf der rein logisch-begrifflichen Aggregation von Sozialbeziehungen, die untereinander gar nicht in Verbindung stehen.

4. Statt der Nullsummenannahme muß der Konfliktsoziologie die Annahme der Machtschöpfung und Machtvernichtung, der

Wertschöpfung und der Vertrauensschöpfung zugrunde gelegt werden. Diese vier Annahmen stehen natürlich wiederum in einem engen Zusammenhang; nur zusammen repräsentieren sie eine dynamische und eine komplexe oder pluralistische Gesellschaft."³³

K.W.Deutsch und J.D. Singer meinen nachgewiesen zu haben, daß das multipolare internationale System durch die Schaffung sich überschneidender Konflikte und intersystemischer Loyalitäten den Grad der Feindschaft im Globalsystem im Vergleich zum bipolaren System reduziert und das System stabiler gestaltet .³⁴ Ähnliches hatte Simmel auch schon behauptet.

Für R.N.Rosecrance liquidieren Nullsummenspiele die Multipolarität, wodurch das internationale System insgesamt stabiler wird.³⁵ M. Haas hat demgegenüber statistisch-quantitativ festgestellt, daß multipolare Systeme die höchste Kriegsrate besitzen, unipolare aber am friedlichsten sind.³⁶

Versucht man die genannten Hypothesen und Forschungsergebnisse zu resumieren, so läßt sich - bei Beachtung der Problematik der Übertragung von Ergebnissen, die mit anderen Begriffen gewonnen wurden - für unsere Zentral-Hypothese doch sagen, daß Drittfunktionen wahrscheinlich eher konfliktmildernde Wirkungen zeitigen, wenn auch die Ergebnisse mit gegenläufiger Tendenz nicht zu übersehen sind.

Diese unklare Forschungslage sowie die hier verfolgte, neuartige, drittfunktionale Fragestellung veranlassen uns daher, die Zentral-Hypothese anhand der Quemoy-Krise von 1958 und anhand der deutsch-polnischen Verhandlungen von 1970 nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls zu falsifizieren.

4. FALLSTUDIE I : DIE QUEMOY-KRISE VOM 30.6.1958

BIS ZUM 20.10.1958

4.1. Die Chronologie der Ereignisabfolge

Bei der Quemoy-Krise von 1958 handelt es sich um einen bis zu kriegerischen Auseinandersetzungen eskalierenden Konflikt primär zwischen der Volksrepublik China, dem "Festlandchina", auf der einen Seite und der Republik China, Taiwan, auf der vor dem Festland im chinesischen Meer liegenden Insel Formosa andererseits, einem Konflikt, in dem es um den Besitz von nahe dem Festland vorgelagerten Inseln, vor allem um Quemoy und Matsu, ging. Diese Inseln standen unter der Kontrolle von Taiwan, wurden aber von Rotchina (=Volksrepublik China=VR China) beansprucht und militärisch zu erobern versucht - als Zeichen dafür, daß Rotchina auf ganz Formosa Anspruch erhob, diesen aber aus militärischen und politischen Gründen vorerst nicht realisieren konnte.

Der Konflikt, der 1954 schon einmal ausbrach, war Folge des innerchinesischen Bürgerkrieges von 1945 bis 1949 zwischen den Kommunisten unter Mao Tse-tung einerseits und der nationalchinesischen Regierung unter Tschiang Kai-schek andererseits. Der Bürgerkrieg endete mit dem Sieg Maos auf dem chinesischen Festland und der Flucht von Tschiang Kai-schek und seiner Anhänger auf die Insel Formosa, wo sie ihre Rest-Herrschaft zu stabilisieren vermochten. Trotz faktischer territorialer Trennung beider Regimes verblieb jedoch der Anspruch beider Seiten, jeweils das gesamte China zu repräsentieren. Die Republik China (Taiwan) fühlte und fühlt sich allein als legale Nachfolgerin der ersten chinesischen Republik unter Sun Ya Tsen³⁷.

Dieser Anspruch war dann umgekehrt auch die Begründung für den rotchinesischen Versuch, die Inseln Quemoy und Matsu mit Waffengewalt zu erobern.

Machtpolitisch hatten die beiden Kontrahenten ihre jeweiligen Ansprüche durch Bündnispartnerschaften fundiert:

die Volksrepublik China mit der UdSSR und Nationalchina mit den USA. Dadurch gewannen innerchinesische Konflikte und Kriege potentiell schnell die Qualität von Konflikten zwischen den Supermächten.

Vor diesem Hintergrund ist die Ereignisabfolge der zweiten Taiwan-Krise von 1958 zu sehen (zur Datenbasis Anm. 38):
12.12.1957

Erstes Anzeichen einer krisenhaften Entwicklung die Unterbrechung der chinesisch-amerikanischen Botschaftergespräche in Warschau nach der 73. Sitzung. Diese Gespräche waren zwar primär deshalb eingerichtet worden, um "über die Freilassung der noch festgehaltenen amerikanischen Zivilisten sowie sonstige praktische Maßnahmen zu verhandeln."³⁹, sie waren aber nichtsdestotrotz symptomatisch für das nun bald erwartbare, allgemeine Verhalten von Rotchinesen und Amerikanern in ihrem Verhältnis zueinander.

30.6.1958

Radio Peking gibt eine Erklärung ab, in der die Vereinigten Staaten aufgefordert werden, binnen 14 Tagen einen Botschafter zur Fortführung der Kontakte zu benennen.

3. 7.1958

Der amerikanische Außenminister Dulles weist das rotchinesische Ultimatum zurück, schließt aber eine Fortführung der Gespräche prinzipiell nicht aus.

15.7.1958

Die VR China verlängert das Ultimatum um einen Tag.

28.7.1958

Die Vereinigten Staaten schlagen ihren Warschauer Botschafter als Gesprächspartner vor.

31.7. bis 3.8.1958

Der sowjetische Ministerpräsident und Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Chruschtschow, besucht Peking. Er läßt sich aber nicht auf eine politische Unterstützung einer Eroberung der kleinen Festlandsinseln festlegen.

6.8.1958

Der amerikanische Präsident Eisenhower erhält Kenntnis von rotchinesischen Kriegsvorbereitungen und Truppenkonzentrationen an der Straße von Formosa.

11.8.1958

In einem Memorandum des US-State-Departements werden die Gründe für eine Nicht-Anerkennung der VR China erläutert.

14.8.1958

Das nationalchinesische Verteidigungsministerium erklärt, daß es die Küsteninseln auf jeden Fall verteidigen werde. Ein hoher Beamte des amerikanischen Außenministeriums (nicht aber der Außenminister selbst!) teilt mit, daß die USA entschlossen seien, die Inseln und Formosa im Fall eines Angriffs zu schützen.⁴⁰

23.8.1958

Dulles schreibt dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses einen Brief, in dem ein Angriff auf die Küsteninseln als "keine begrenzte Operation" bezeichnet wird. Es fällt allerdings auf, daß Dulles sich nicht auf die Verteidigung der Inseln verpflichtet. (Dazu hatte sich nur der schon erwähnte Beamte des US-Departements geäußert, was aber jederzeit von höherer Stelle dementierbar ist und daher wohl auch in dieser, indirekten Form verlautbart wurde.)

23.8.1958

Rotchina beginnt mit einer schweren und fortgesetzten Beschießung der nationalchinesischen Küsteninseln vom Festland aus; deren Versorgung wird infolgedessen unterbrochen. Eine Aushungerung der dort stationierten, in Bunkern lebenden Truppen droht. (Zivilisten leben dort nicht mehr.)

25.8.1958

Die USA verstärken die 7. Flotte in der Straße von Formosa und setzen sie in Alarmbereitschaft.

27.8.1958

Peking fordert die Soldaten auf der Küsteninsel zur Kapitulation oder zum Aufstand gegen Tschiang Kai-schek auf.

28.8.1958

Dulles erklärt, daß der Versuch der Kommunisten, die gegenwärtige Situation mit Gewalt zu ändern, eine begrenzte Bedrohung darstelle und der Beschuß der Inseln ein Beweis für den chinesischen Militarismus und Expansionismus sei.

29.8.1958

Eisenhower deklariert die Inseln zum "integrierten Bestandteil von Formosa", über deren Verteidigungswert sagt er aber nichts.

30.8.1958

Der US-Heeresminister trifft mit Tschiang Kai-schek zusammen.

31.8.1958

Chruschtschow deutet an, daß ein Angriff auf die VR China einem Angriff auf die UdSSR gleichkäme. Die umkämpften Inseln erwähnt er aber nicht.

1.9.1958

Der NATO-Partner der USA, Island, beansprucht Hoheitsgewässer im Umkreis von 12 Meilen (völkerrechtlich statuiert ist nur eine 3-Meilen-Zone). Das ist deshalb erwähnenswert, weil auch die VR China das am 4.9. beanspruchen wird, um derart die Küsten nahen Inseln Quemoy und Matsu quasi durch einen juristischen Trick einzuvernehmen.

4.9.1958

große Erklärung von Dulles zur Haltung der USA zu den Ereignissen in der Straße von Formosa. (Mittlerweile war das rotchinesische Unterfangen, die Inseln zu erobern, militärisch gescheitert. Die VR China hatte sich in der Möglichkeit, die Inseln durch eine Blockade auszuhungern, verkalkuliert, weil die Amerikaner durch amphibische Fahrzeuge die Soldaten auch unter starkem Beschuß versorgen konnten.)

Die Dulles'sche Erklärung läßt sich in acht Punkten zusammenfassen: 1. Quemoy und Matsu stehen unter nationalchinesischer Autorität. 2. Dulles bestätigt erneut den

amerikanisch-taiwanesischen Verteidigungsvertrag, nun, nachdem der chinesische Angriff gescheitert war, auch für die Küsteninseln. Dulles erwägt jetzt sogar den Einsatz von Streitkräften zur Sicherung und zum Schutz der Inseln. 3. Er rechnet nicht mit einem rotchinesischen Angriff auf Taiwan selbst. 4. Der amerikanische Außenminister weist auf die immer noch gültige Kongreßresolution von 1955 hin, die den Präsidenten generell ermächtigt, alle notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung Formosas und damit zusammenhängender Positionen zu treffen. 5. Bis jetzt hätten - so Dulles - die Vereinigten Staaten noch keine Streitkräfte eingesetzt, es würde damit aber nicht gezögert, wenn es nötig sei. Militärische Vorbereitungen seien schon im Gange. 6. Dulles erinnert an den Korea-Krieg, der sich nicht wiederholen dürfe. 7. Ein Nachgeben der VR China hinsichtlich der Streitobjekte würde keinen Verzicht des Anspruches auf Nationalchina nach sich ziehen, es sei denn, daß die chinesischen Kommunisten durch ihre Handlungen der USA keine andere Wahl lassen als die Prinzipien zu verteidigen, an die sich alle friedliebenden Regierungen gebunden fühlen. 8. Dulles droht schließlich mit einer Ausweitung des Krieges im Falle eines rotchinesischen Angriffs auf den ganzen Fernen Osten.

4.9.1958

Peking weitet seine Hoheitsgewässer von drei auf zwölf Meilen aus und warnt alle ausländischen Schiffe vor ungenehmigtem Eindringen in ihren Souveränitätsbereich.

4.9.1958

Das US-Außenministerium erklärt, daß die USA nur die 3-Meilen-Zone anerkenne.

6.9.1958

Tschou En-lai bekräftigt das rotchinesische Recht auf "Befreiung" Formosa. Er antwortet damit auf die Dulles'sche Erklärung vom 4.9. Weiterhin bietet er den USA an, die Gespräche auf Botschafterebene fortzuführen.

6.9. bis 25.10.1958

In der Folgezeit finden militärische Auseinandersetzungen um die Inseln und die Verhandlungen zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten parallel statt.

7.9.1958

Der sowjetische Ministerpräsident schreibt an Eisenhower. Er fordert ihn auf, die Aggression gegen China zu beenden, richtet scharfe Attacken gegen die USA und legt sich zum ersten Mal, nachdem akute Kriegs- und Eskalationsgefahr nicht mehr besteht, auf die Inseln als erobderungswürdigen Objekten fest.

10.9.1958

Eisenhower weist auf die Gültigkeit der Kongreß-Resolution vom Januar 1955 hin, die er diesmal auch auf Quemoy und Matsu bezieht. Bei Scheitern der amerikanisch-chinesischen Gespräche würden diese in der UNO fortgesetzt werden.

12.9.1958

Eisenhower antwortet Chruschtschow. Er kommt auf dessen Treffen mit Mao zurück und die Tatsache, daß die militärischen Aktionen der VR China drei Wochen nach seinem Besuch in Peking begonnen hätten. Die USA erfüllen - so Eisenhower - in Formosa vertragliche Pflichten. Chruschtschow möge seinen Einfluß geltend machen, damit Rotchina die Kampfhandlungen unterlassen möge.

(Über die geheimen, chinesisch-amerikanischen Gespräche in Warschau ist nichts näher bekannt geworden. Man kann aber aus Äußerungen der Beteiligten auf deren Verlauf konkludent rückschließen.)

15.9.1958

Zu Beginn der Gespräche werden sie zur 74. Sitzung seit dem 1. August 1955 deklariert, um die Kontinuität zu wahren.

19.9.1958

Chruschtschow erneuert in zwei Briefen an Eisenhower die Bezeichnung der USA als eines Aggressors, warnt die Vereinigten Staaten vor dem Einsatz von Atomwaffen und ver-

weist auf den chinesisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspakt.

20.9.1958

Das Weiße Haus nimmt die Briefe von Chruschtschow nicht an, sondern lehnt die in ihnen enthaltenen, falschen Beschuldigungen und Gewaltandrohungen ab.

25.9.1958

Dulles erklärt, daß Quemoy die gleiche Bedeutung zukomme wie Berlin.

5.10.1958

Dulles stellt eine leichte Stabilisierung der Lage in der Straße von Formosa fest und schließt von daher eine Reduzierung der nationalchinesischen Truppen auf Quemoy nicht aus.

5.10.1958

Mao bietet seinem Gegenspieler Tschiang direkte Verhandlungen an, die dieser aber ablehnt. Stattdessen fordert der Generalissimus am gleichen Tag die Einstellung der Warschauer Gespräche.

5.10.1958

Peking kündigt eine siebentägige Feuerpause an, falls die USA die Begleitschutzfahrten für nationalchinesische Versorgungsschiffe einstellen würden.

8.10.1958

Die USA erfüllen diese chinesische Forderung. Daraufhin werden die Küsteninseln nicht mehr beschossen.

8.10.1958

Chruschtschow teilt mit, daß er nicht beabsichtige, in den chinesischen Bürgerkrieg einzugreifen.

12.10.1958

Peking verlängert die Feuerpause um zwei Wochen.

20.10.1958

Die Feuerpause wird beendet, da amerikanische Schiffe in der vorherigen Nacht Begleitschutzfahrten durchgeführt haben sollen.

21.10.1958

Dulles trifft in Taiwan ein.

25.10.1958

Der chinesische Verteidigungsminister übersendet den auf den Küsteninseln stationierten Soldaten eine Botschaft, die Inseln nur noch an ungeraden Tagen zu beschießen, um die Versorgung zu gewährleisten. Voraussetzung sei jedoch der Verzicht auf amerikanische Begleitschutzoperationen. Damit ebbt die Quemoy-Krise von 1958 langsam ab.

4.2. DIE RANDBEDINGUNGEN

Da wir beabsichtigen, die Rolle und Bedeutung von Drittfunktionen im Vergleich verschiedener Systemarten internationaler Beziehungen und durch die Variation von Bedingungen, vor allem der Art der jeweiligen, außenpolitischen Akteursstrategie auf einer möglichst hohen Ebene der Generalisierung festzustellen, sollen hier im folgenden nun die Art des internationalen Systems der 50er Jahre dargestellt werden, sowie daran anschließend die außenpolitischen Strategien, die die relevanten, nationalstaatlichen Akteure verfolgten.

4.2.1. DAS INTERNATIONALE SYSTEM IN DER ZEIT DES 'KALTEN KRIEGES'

Das internationale System der 50er Jahre war gekennzeichnet durch die dominierende Bipolarität und den "ideologisch-machtpolitische(n) Kampf um die künftige Gestaltung einer einheitlichen Welt"⁴¹ zwischen zwei ideologisch formierten Blöcken, unter Führung der Vereinigten Staaten einerseits und der Sowjetunion andererseits. Charakteristisch war die Tendenz, daß in der Perzeption und Ideologie der Entscheidungsträger, vor allem von Dulles, aber auch der Kommunisten, 1. jedes Ereignis von einiger, internationaler Relevanz primär unter dem Aspekt der globalen Systemkonkurrenz gesehen wurde und nicht auch unter dem regionalbeschränkten Aspekt eines politisch und geographisch autochthon verursachten, nicht von Moskau oder Washington irgendwie ferngesteuerten Ereignisses, daß 2. Konflikte und Kriege zwischen den ideologischen und machtpolitischen Gegnern - spieltheoretisch ausgedrückt - als "Nullsummenspiele" verstanden wurden, wo der Gewinn der einen Seite nur als Verlust der anderen Seite verstanden werden konnte, gemeinsame Gewinne gar nicht vorstellbar waren, und daß 3. beide Blöcke von einem Willen zur Missionierung, Penetration oder gar Elimination des jeweils anderen durchdrungen waren.

Kaplan hat die Regeln und die Funktionsmechanismen dieses von ihm als locker-bipolar bezeichneten Systems in einem Modell weiter herausgearbeitet und betont dabei vor allem auch neben den beiden Blöcken die Bedeutung von blockfreien Staaten und sog. universellen Akteuren (wie z.B. der UNO), die als Dritte die Konfliktgefahr und die Gegensätze zwischen den Blöcken zu reduzieren versuchten, die jedoch von den beiden Supermächten ignoriert wurden, wenn sie nicht eindeutig dem eigenen Macht- und Einflußbereich zuzuordnen waren.

"Folgende Regeln gelten für das locker-bipolare System:

(1) Ein Block, der hierarchisch oder teilweise hierarchisch organisiert ist, kennt nur ein Ziel: die Elimination des gegnerischen Blockes.

(2) Ein solcher Block zieht es zwar vor zu verhandeln statt zu kämpfen; er zieht es aber gegebenenfalls vor, einen Krieg beschränkt auszutragen; er zieht ferner vor, einen - wenn auch kostenmäßig noch kalkulierbaren - größeren Krieg zu riskieren, statt auf die Eliminierung des gegnerischen Blockes zu verzichten.

(3) Ein Block-Akteur versucht, sein Potential im Vergleich zum gegnerischen Block zu erhöhen.

(4) Ein Block, der nicht-hierarchisch organisiert ist, versucht eher durch Verhandlungen als durch Kampf sein Potential zu vergrößern, nimmt jedoch eher begrenzte Kriege auf sich, als auf erhöhte Potentiale zu verzichten, schreckt aber immer davor zurück, unbegrenzte Kriege auszulösen.

(5) Ein Block-Akteur engagiert sich eher in unbegrenzten Kriegen, als daß er dem gegnerischen Block eine übermächtige Stellung zubilligt.

(6) Ein Block-Akteur neigt dazu, die Interessen des universellen Akteurs den eigenen - im Falle von deren Unvereinbarkeit - unterzuordnen, betrachtet aber die Interessen des universellen Akteurs als den Interessen des gegnerischen Blocks übergeordnet.

(7) Die blockfreien Staaten versuchen, ihre nationalen Interessen mit den universalen Interessen zu vereinbaren und diese den Interessen der Blöcke überzuordnen.

(8) Die Block-Akteure versuchen, ihre Mitgliederzahl zu vergrößern, sind aber bereit, die Nichtmitgliedschaft eines nationalen Akteurs zu akzeptieren, falls dieser andernfalls zum anderen Block überlaufen würde.

(9) Blockfreie Staaten versuchen, die Konfliktgefahr zwischen den Blöcken zu reduzieren.

(10) Blockfreie Staaten weigern sich, einen Block gegen den anderen zu unterstützen, es sei denn, sie tun dies als Mitglied eines universellen Akteurs.

(11) Universelle Akteure versuchen, die Gegensätze zwischen den Blöcken zu reduzieren.

(12) Universelle Akteure neigen dazu, blockfreie Staaten bei grobem Fehlverhalten, z.B. bei Gewaltanwendung eines Block-Akteurs, zu mobilisieren. Diese Regel - außer sie würde durch andere aufgehoben - könnte den universalen Akteur zum Prototyp eines universalen, nationalen Systems machen."⁴² Das internationale System in der Zeit des Kalten Krieges war also sehr konfliktthaltig.

Dieses im wesentlichen bipolar strukturierte System, in dem aber auch, zwar nicht allseits perzipierte, Ansätze und Elemente zu Dritten und Drittfunktionen zu registrieren sind, manifestierte sich auch in den weiteren Krisen und Konflikten der Jahre 1957 und 1958, die hier kursorisch beschrieben werden sollen, weil sie mit der Taiwan/Quemoy-Krise von 1958 einen durch die Globalität des internationalen Systems bedingten, sich wechselseitig beeinflussenden Zusammenhang bildeten.

Denn nachdem das internationale System nach den Krisen und Konflikten von 1956 (Ungarn-/ Suez-Konflikt) zwei Jahre lang ohne größere Turbulenzen geblieben war, brachen im Jahre 1958 wieder zwei große, internationale Konflikte aus, die sich wie im Falle der Berlin-Krise bis zum Mauerbau von 1961 auswirkten.

Neben der Berlin-Krise zum Ende des Jahres 1958 ist hier

vor allem noch die Libanon-Krise Mitte 1958 zu nennen:⁴³
Als der proamerikanische, libanesische Präsident Chamoun verfassungswidrig seine Amtsdauer verlängerte, brach im Lande eine derart starke Rebellion aus, daß der Präsident amerikanische Truppen zu Hilfe rief. Am 15. Juli 1958 landeten US-Truppen in der kleinen, mohammedanisch-christlichen Republik am Mittelmeer, um das Land vor einer kommunistischen Subversion zu retten. Die USA zogen starke Luft- und Seestreitkräfte im östlichen Mittelmeerraum zusammen (es wurde sogar die Neutralität Österreichs verletzt, als aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogene Truppen unter Verletzung des österreichischen Luftraumes in den Libanon abtransportiert wurden.)

Eine solche, militärische Machtkonzentration konnte natürlich Befürchtungen auf der sowjetischen Seite hervorrufen, so wie andererseits der erfolgreiche, antiamerikanische Staatsstreich vom 24. Juli 1958 unter Kassem und das neutralistische, wenn nicht sogar prosowjetische Abdriften des nasseristischen Ägyptens nur amerikanische Ängste provozieren konnte, Befürchtungen und Ängste, die von den beiden Supermächten evt. auf je spezifische Art durch Aktionen im Fernen Osten im Zusammenhang mit der Taiwan-Krise zu kompensieren versucht worden sind, was es zu prüfen gilt.

Diese Ereignisse konnten auf jeden Fall die wechselseitigen Perzeptionen der amerikanischen und sowjetischen Entscheidungsträger vom ewig allorts subversiv oder auch offen wühlenden Feind nur bestätigen. Aber trotz dieser scheinbaren Bestätigung des Befundes ubiquitärer Bipolarität sind auch die geschilderten Konflikte differenzierter zu betrachten. Wenn sie nämlich unter globalem Aspekt im Zusammenhang mit der Taiwan-Krise betrachtet werden, so zeigen sich Interdependenzen, die unter der hier interessierende Fragestellung daraufhin analysiert werden müssen, ob sie Drittfunktionen darstellen.

Daß zwischen beiden Krisen Zusammenhänge wahrscheinlich

gesehen wurden und bestanden, zeigt allein die Tatsache, daß 1. im Kommuniqué des Pekinger Treffens zwischen Mao und Chruschtschow auch die Libanon-Krise erwähnt und Amerika aufgefordert wurde, ihre Streitkräfte aus dem Libanon abzuziehen;

daß 2. Chruschtschow nach dem Treffen mit Mao seine Teilnahme an der UN-Konferenz über den Libanon absagte und daß 3. die Beschießung von Quemoy und Matsu an dem Tage eingestellt wurde, an dem auch die Amerikaner den Abzug ihrer Truppen aus dem Libanon bekanntgaben.

Das mögen zwar ausreichende Hinweise für die Existenz einer Interdependenz sein, sie sind aber recht unzuverlässig für die Art und die Typik der jeweiligen Interdependenz, was angesichts der schlechten Quellenlage aber wohl auch kaum zu vermeiden ist.

Was allerdings möglich ist, ist eine interpretativ-verstehende Rekonstruktion der Interessenlagen der relevanten Akteure, die von gewissen Rationalannahmen ausgeht⁴⁴ (z.B. das Interesse an Machterhalt ,bzw.-steigerung), die den oben dargelegten Modell- und Funktionsmechanismen des internationalen Systems der 50er Jahre entspricht und vor deren Hintergrund man die Ereignisse zu erklären und zu deuten versucht. Das bedeutet, daß wir die Interessenlagen und Strategien der USA, der UdSSR, der VR China und Taiwans sowohl unter dem Interdependenzaspekt als auch - wie schon dargelegt - als weitere Randbedingung für Drittfunktionen darlegen müssen. Man sollte sich allerdings über den z.T. spekulativen Charakter solcher Rekonstruktionen im Klaren sein. Aber Spekulationen sind ja durchaus wissenschaftstheoretisch legitim, da heuristisch fruchtbar, wenn man sich ihres begrenzten Charakters bewußt bleibt.

4.2.2. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSENLAGE DER SOWJETUNION

Seitdem die UdSSR zunächst einmal die unter Stalin erworbenen, umfangreichen Eroberungen in Osteuropa verdauen mußte, was sie vor zahlreiche, nur schwer zu bewältigende, innere Probleme stellte (Aufstände in der SBZ, in Ungarn und in Polen) und seitdem darüberhinaus durch die Atombewaffnung jeder Konflikt die Gefahr in sich barg, zu einer atomaren Selbstzerstörung ganzer Zivilisationen zu eskalieren, und seitdem schließlich die amerikanische "Politik der Stärke" von Dulles sowie überhaupt die militärische, wirtschaftliche und politische Überlegenheit der Vereinigten Staaten die Sowjetunion im Großen zu einer Aufgabe oder Milderung ihrer vormals auch militärisch-territorial aggressiven Außenpolitik zwang, griff Chruschtschow, diese Lage erfassend, eine alte, außenpolitische Maxime Lenins⁴⁵ wieder auf, nämlich die der friedlichen Koexistenz, die dieser entwickelt hatte, als er feststellen mußte, daß nicht in allen "kapitalistischen" Staaten das revolutionäre Proletariat zur gleichen Zeit den Sozialismus etabliert, mit der Folge, daß nach Lenins Meinung über eine längere historische Epoche hinweg kapitalistische und sozialistische Staaten noch nebeneinander existieren würden. Und da nach der sowjet-marxistischen Ideologie die sozioökonomische Revolution vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen durch innergesellschaftliche Zwangsläufigkeiten und Widersprüche des Kapitalismus selbst, durch die Subversion nationaler, kommunistischer Parteien erfolgt und daher ein Export von Revolutionen in alle Welt seitens der UdSSR nur begrenzt notwendig ist, würden die Systeme von Sozialismus und Kapitalismus vorerst weitgehend friedlich koexistieren können⁴⁶. Chruschtschow erläuterte die Außenpolitik der friedlichen Koexistenz wie folgt: "Den Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Systemen liegen die bekannten

fünf Prinzipien zugrunde: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Nichtangriff, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, sei es aus wirtschaftlichen, politischen oder ideologischen Gründen, Gleichheit und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz...Wenn wir für die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eintreten, denken wir natürlich nicht daran zu behaupten, zwischen Sozialismus und Kapitalismus gebe es keine Widersprüche...Die ideologischen Differenzen sind unüberbrückbar...Das schließt aber die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Ländern nicht aus. Bei der gegenwärtigen Entwicklung der Waffentechnik würde ein Versuch der Imperialisten, einen Weltkrieg zu entfesseln, zu unvorstellbaren Zerstörungen und Verlusten führen...Obwohl wir überzeugt sind, daß in einem neuen Krieg, sollten ihn die imperialistischen Kreise entfesseln, die Ordnung, die den Krieg hervorruft...zugrunde gehen und die sozialistische Ordnung siegen wird, haben wir Kommunisten nicht die Absicht, den Sieg auf diese Weise zu erringen...Wir gehen davon aus, daß für den Sieg des Sozialismus keine Kriege nötig sind."⁴⁷

Damit widersprach Chruschtschow der stalinistischen und maoistischen These von der Unvermeidbarkeit von Kriegen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, was nicht besagen soll, daß nicht auch Chruschtschow in der traditionell-russischen, hypertrophierten Angst vor dem kapitalistisch-liberalistischen Westen befangen war. Diese Angst erhielt zudem einige Nahrung und scheinbare Legitimation dadurch, daß die Vereinigten Staaten zahlreiche Bündnisse wie einen Ring um die Sowjetunion gelegt hatten.⁴⁸

Chruschtschows Einschätzung der weltpolitischen Situation entsprach eine eher vorsichtig-zurückhaltende Strategie, die versuchte, zu einem Ausgleich mit dem ideologischen Gegenpart zu kommen, ohne allerdings auf Aggressionen und territoriale Gewinne zu verzichten, falls sie ohne grö-

Beres Risiko erreichbar scheinen.

Diese Strategie war auch innenpolitisch weitgehend abgedeckt, nachdem Chruschtschow auf dem 20. Parteitag von 1956 mit den Stalinisten abgerechnet hatte, nachdem er im Jahre 1957 seine zeitweilige Absetzung durch das Politbüro mit Hilfe des Zentralkomites rückgängig zu machen wußte und nachdem er seit 1958 das Amt des Ministerpräsidenten und Ersten Parteisekretärs der KPdSU in Personalunion innehatte.⁴⁹

Bezogen auf die Taiwan-Krise, bedeutet die Strategie der friedlichen Koexistenz, daß die UdSSR einerseits vorsichtig-zurückhaltend agierte⁵⁰ und sich von Rotchina auf gar keinen Fall in eine größere, für Eskalationen gefährliche Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten ziehen lassen wollte, daß sie aber auch andererseits an begrenzten, kalkulierbaren und kontrollierbaren Konflikten interessiert war, soweit sie sich nicht auszuweiten drohten. Das wird deutlich daran, daß die UdSSR sich erst dann auch explizit zum Ziel der Eroberung der Küsteninseln bekannte, als dies aus militärtechnologischen Gründen nicht mehr möglich und damit die vorher akute Gefahr einer Konflikteskalation nicht mehr gegeben war.

Ein weiteres Motiv für dieses sowjetische Verhalten - wie es sich interpretativ aus der sowjetischen Interessenslage rational rekonstruieren läßt - war, daß der UdSSR, bedenkt man ihre Einkreisungsfurcht, daran gelegen sein mußte, ein Gegengewicht zur ihr bedrohlichen Lage im ihr gar nicht so fernen Libanon zu schaffen. Das ließ sie dann - so sei hier plausibel weiter vermutet - einem begrenzten Konflikt in der Straße von Formosa zustimmen, der die USA in einen sich lange hinziehenden und die UdSSR entlastenden Abnutzungskrieg involvieren könnte, ohne daß dieser eskalieren würde. (Diese Vermutung über die sowjetische Taktik hegte schon Eisenhower während der Taiwan-Krise von 1954⁵¹.)

Damit kam die UdSSR auch den rotchinesischen Interessen entgegen, auf die sie in gewissem Maße Rücksicht nehmen

mußte, um diesen wichtigen Bündnispartner, zu dem das Verhältnis auf der ideologischen Ebene wegen des Großen Sprungs nach vorn und wegen der sowjetischen Politik der friedlichen Koexistenz sowieso schon gestört war, nicht endgültig zu verlieren.

Ehe nun Drittfunktionen im oben definierten Sinne herauspräpariert werden können, muß zunächst die Interessenkonstellation und die außenpolitischen Strategien aller am Konflikt direkt oder indirekt Beteiligten entwickelt werden.

4.2.3. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSENLAGE DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Die außenpolitische Strategie der Volksrepublik China ergibt sich partiell aus der dialektischen Negation der sowjetischen: Die UdSSR war zu einem gewissen Ausgleich mit dem "Westen" bereit, während die chinesischen Kommunisten jegliche Annäherung (und wie sie meinte, dadurch bedingte Anpassung) ablehnten. Die daraus resultierenden, außenpolitischen Differenzen, die verstärkt wurden durch ideologisch-innenpolitische (Volkskommunenbewegung), hatten ihren Grund in einer anderen Beurteilung der damaligen Weltsituation. Die Sowjetunion erkannte die militärische und nukleare Stärke, den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses sowie das unerwartete Wiederaufstehen des von ihr vorher längst tot gesagten "Kapitalismus" nach 1945; sie hatte zudem bittere und blutige Erfahrungen gemacht mit der Hoffnung, das kapitalistische System werde bald zusammenbrechen, bzw. damit, daß es sich in einem großen, innerkapitalistischen Krieg selbst zerfleischen werde.

Darauf entgegneten die Maoisten, daß es im Wesen des Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg zu keinerlei Veränderung gekommen sei. Er sei sogar noch aggressiver geworden, um sich seiner inneren Schwierigkeiten zu entledigen, so wie sich ein Sterbender kurz vor seinem Tode noch einmal aufbäume.⁵² "Wo immer man auch hinsieht, wird man feststellen müssen, daß kein neuer Zweig der Technik - Atomenergie, Raketen und dergleichen - die Grundmerkmale der von Lenin umschriebenen Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution zu ändern vermocht hat."⁵³ Die Chinesen ignorierten damit die sowjetischerseits gefürchtete Gefahr des nuklearen Vernichtungspotentials.

Der außenpolitische Optimismus der VR China wird durch einen Blick auf die Geschichte der KPCH verständlicher, denn hatte sie nicht, aus der nahezu hoffnungslosen La-des-Langen-Marsches heraus, dadurch aber geübt in Guerilla-Praktiken, die Großmacht Japan sowie Tschiang (und da-

mit auch implizite die USA) geschlagen, was konnte diesen raschen Siegeszug denn noch unterbrechen? Die derart bestätigte Guerillatätigkeit sollte nun auf Weltmaßstab transponiert werden.

Die Pekingener Machthaber sahen im kapitalistischen Feind, insbesondere in den USA, nur einen bluffenden Papiertiger, einen aufgeblasenen Buhmann, den man nur einmal "pick-sen" brauche (z.B. an der Stelle Formosa), damit er in sich zusammenfalle. Der Kapitalismus, von Über- und Unterproduktionskrisen und vom Protest der Bevölkerung erschüttert, werde bald untergehen. Den scheinbaren Beweis, so argumentierten die Chinesen, lieferte der Bluff der Vereinigten Staaten während der Taiwan-Krise von 1954, als sie auch schon, entgegen allem säbelrasselndem Gerede von Dulles, konziliant agierten und sogar die Insel Tachen aufgaben, die wie Quemoy und Matsu nahe vor dem chinesischen Festland lag.

Angesichts einer derartigen Kräfteperzeption waren in Pekingener Sicht amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen Verrat am Sozialismus und Paktieren mit dem Feind. Es erboste die Chinesen daher natürlich auch, daß die Sowjetunion, wie ihr vorsichtiges Taktieren während der Taiwan-Krise von 1958 zeigt, ihren nationalen Interessen Priorität vor denen des Verbündeten zulegte. Peking meinte auf Moskauer Seite Mangel an sozialistischem Internationalismus feststellen zu müssen.

Bemerkenswert und für den amerikanisch-chinesischen Konflikt sicherlich eskalierend in seiner Wirkung ist, daß die Grundstruktur der Weltsicht von Mao und Dulles identisch ist: Beide brandmarken sie Verhandlungen und Kompromisse mit dem außenpolitischen Gegner als ein Einlassen mit dem Teufel; beide schätzen sie in ihrer dualistischen Weltsicht den jeweiligen Gegner als schwach und zugleich gefährlich ein, beide sind gleich stark in ihrem militanten, missionarischen Eifer, das andere Gesellschaftssystem niederzuringen.

Nicht vergessen darf man aber darüberhinaus die nationalen, weniger ideologisch bestimmten Interessen, die Peking zu einer Ablehnung von Verhandlungen veranlaßte: China wäre an dem von Moskau geplanten, amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen nicht beteiligt gewesen und befürchtete daher ein *fait accompli* der beiden Supermächte über und gegen sich.

Aus dieser rotchinesischen Interessenlage lassen sich folgende Funktionen der Taiwan-Krise für die Strategie der Volksrepublik interpretativ erschließen:

1. die Realisierung eines Schrittes zu dem seit 1949 verfolgten Ziel, die Küsteninseln sowie Formosa selbst zu "befreien" und China unter kommunistischer Herrschaft wiederzuvereinigen,
2. eine Torpedierung der sowjetischen Strategie der friedlichen Koexistenz, indem China die UdSSR auf Konfrontationskurs mit den USA zu treiben versuchte,
3. die "Entlarvung" von Amerika als bloß bluffenden Papiertiger.

Die erste Funktion konnte der reale Verlauf der Krise nicht erfüllen; mit der zweiten hatten China allerdings einigen, wenn auch nur zeitweiligen Erfolg: immerhin sagte China ein geplantes Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten ab, mit dem er sich dann aber doch 1959 in Camp David traf.

Zeitweiligen Erfolg hatte die VR China auch mit der dritten Funktion. Das kann aber erst näher erläutert und begründet werden, wenn die Strategie der Vereinigten Staaten dargelegt worden ist.

4.2.4. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSEN- LAGE DER VEREINIGTEN STAATEN

Die außenpolitische Strategie der Vereinigten Staaten in den 50er Jahren ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund der Kritik an der vorherigen Strategie der Eindämmung, wie sie maßgeblich von G.F. Kennan entwickelt und vom demokratischen Präsidenten Truman in der zweiten Hälfte der 40er Jahre vertreten wurde. Diese ging von der Stationierung, bzw. Entsendung von kleineren, amerikanischen Truppenverbänden an den Grenzen des amerikanischen Einflußbereiches sowie in den jeweiligen Konfliktzonen aus, um den Kommunismus einzudämmen.⁵⁴

Das schien dem republikanischen Nachfolger von Truman, Eisenhower, und dessen Außenminister, Dulles, aber als zu kostspielig und zu ineffektiv, weil nur die Symptome von Konflikten eingedämmt wurden, z.B. die regionale Aggression seitens Nord-Koreas, die mit dem Einsatz amerikanischer Truppen im UNO-Kleide in Korea nur an der äußeren Erscheinungsform bekämpft worden sei und nicht an der Ursache, die Eisenhower und Dulles eindeutig in Moskau zu lokalisieren können glaubten. Das Kurieren an Symptomen habe nur und werde fürderhin eine endlose Folge von weiteren Kriegen und Konflikten an allen Enden der Welt produzieren, wie die Ereignisse in Berlin, Griechenland, der Tschechoslowakei, Korea usw. gezeigt hätten. Das würde aber auf die Dauer die Kräfte der Vereinigten Staaten überfordern.

Aus dieser Kritik heraus konzipierte Dulles nach Eisenhowers Einzug ins Weiße Haus den "New Look" der amerikanischen Verteidigungspolitik⁵⁵, die sog. Strategie der massiven Vergeltung, die besagte, daß die Kommunisten, griffen sie erneut an, mit einem sofortigen, nuklearen Bombardement seitens der USA rechnen müßten, und zwar vorrangig gegen den Verursacher der Aggression, d.h. gegen die Sowjetunion. Jeder potentielle Angreifer

würde damit der Gefahr der totalen Vernichtung durch die USA entgegensehen und daher jeglichen Angriff wegen seiner offensichtlichen Ineffizienz unterlassen. Es bestand nach Dulles eine relativ krieglose Zeit voraus, da nach seinem Kalkül die USA niemals gezwungen sein würden, ihre Drohung zu realisieren. Und wenn das der Fall wäre, würde das amerikanische Territorium davon nicht betroffen werden. Auch bräuchte kein amerikanischer Bürger als Soldat in irgendeine Weltgegend verschifft werden. Gerade dieses letzte Argument war wichtig, da Eisenhower seinen ersten Präsidentschaftswahlkampf von 1952 u.a. damit bestritten hatte, daß er versprach, "to bring the boys back" aus Korea.

Ideologisch überhöht wurde die Dullessche Politik durch das Konzept des roll back, das für die Länder unter kommunistischer Herrschaft eine baldige Befreiung durch die westlichen Demokratien oder deren Selbstbefreiung erhoffte. Die Stunde der Freiheit käme für die kommunistischen Satellitenstaaten bald, denn Dulles rechnete mit einem geschichtsnotwendigen Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks, was er z.B. durch den ostdeutschen und den ungarischen Aufstand von 1953 und 1956 bestätigt zu finden glaubte.⁵⁶ Folge einer solchen Politik war u.a. eine möglichst konsequente Ablehnung von Verhandlungen mit dem Gegner, den es nur abzuschrecken gelte, bis er von selbst in sich zusammenfalle. Als Beispiel sei nur erwähnt, daß Dulles 1958 die in Vorbereitung befindliche Konferenz der ehemaligen vier Weltkriegsalliierten über die Nichtfortsetzung von Kernwaffenversuchen zu desavouieren trachtete. Nach dem Selbstverständnis ihrer Außenpolitiker könnten sich die USA ja nicht mit einem derart verteuflten Feind wie der Sowjetunion an einen Tisch setzen. Zudem sind Verhandlungen ohne Konzessions- und Kompromißbereitschaft nicht denkbar, Kategorien, die Dulles aus seinem Denken gestrichen hatte. Sein moralisch-politischer Rigorismus resultierte aus einem mani-

chäistisch-protestantischen Weltbild, das die Welt klar und deutlich in das Lager der freien Welt und das des Kommunismus, in gut und böse aufgeteilt sah. Neutrale, Blockfreie und Dritte gab es hier nicht. Es gab nur Westen oder Osten. Die politische Atmosphäre der 50er Jahre war von einem dementsprechenden, kreuzzugsähnlichen, innen- und außenpolitischen Antikommunismus geprägt.

Operativ meinte Dulles das Konzept der massiven Vergeltung mit der Politik des sog. brinkmanship realisieren zu können. Sie bestand für ihn in der "Fähigkeit, bis an den Rand zu gehen, ohne daß es zum Krieg kommt, (das) ist die notwendige Kunst. Wer sie nicht meistert, gerät zwangsläufig in den Krieg. Wer versucht, davonzulaufen, wer Angst vor dem Abgrund hat, ist verloren. Wir mußten in den Abgrund schauen - als es um die Ausweitung des Krieges in Korea ging, als es um unser Eingreifen in Indochina ging, als es um Formosa ging." 57

Unausgesprochene Voraussetzung der Dullesschen Politik ist aber ein rationales Verhalten aller am Konflikt beteiligten Staaten und Staatsmänner (Rationalität hier verstanden aus der Sicht Amerikas), nämlich das unterstellte Interesse aller Staaten, den atomaren Krieg verhindern zu wollen. Weitere Voraussetzung ist, daß die Drohung der USA mit dem nuklearen Schlag geglaubt und nicht als Bluff empfunden wird. Letzteres tritt jedoch dann wahrscheinlich ein, wenn die Drohung nie ausgeführt wird, was ja der eigentlichen Intention der Abschreckungstheorie entspricht, andererseits aber durch deren immanente Logik die psychologische Grundlage der Glaubwürdigkeit zum Erodieren bringt - ein inneres Paradoxon der Abschreckung. "...mit der Zeit (tendiert) die Glaubwürdigkeit der Drohungen dazu..., nachzulassen, wenn die Drohungen nicht ausgeführt werden. Solch ein System besitzt daher ein Element zeitlicher Abschwächung, das fast unausweichlich sicherstellt, daß dann, wenn bestimmte Drohungen nie

ausgeführt werden, ihre Glaubwürdigkeit auf einen Punkt hin absinken wird, wo sie nicht mehr zu Verhaltensänderungen auffordern können. Das System fällt dann in den Zustand der Trotzhaltung oder der Ausführung der Drohung zurück."⁵⁸

Die Politik der massiven Vergeltung war aber nicht nur deshalb seit 1953 überlebt."...(n)icht weniger wichtig war die Tatsache, daß das, was bei der Formulierung der (Dullesschen, J.B.) Doktrin im Jahre 1952 als einseitige Abschreckung gedacht war, sich zwei Jahre später als gegenseitige Abschreckung herausstellte. 1953 zündete Rußland seine erste Wasserstoffbombe, 1954 besaß es einen beträchtlichen atomaren Vorrat...die Ansicht, daß massive Vergeltung zu einer Gegenvergeltung - wenn auch einer weniger massiven - führen könnte, war ein wichtiger Faktor für Amerika, die Hände vom Abzug fernzuhalten."⁵⁹ Der Feind konnte infolgedessen unterhalb der Schwelle der massiven Vergeltung aus dem amerikanischen Einflußbereich kleine Stücke schrittweise herausbrechen, für die alleinig sich der große Atomschlag nicht lohnte, die jedoch in der Summe ein recht großes Territorium ergeben konnten, wie u.a. das Beispiel der Taiwan-Krisen von 1954 und 1958 zeigt. Dazu kam, daß das amerikanische Selbstbewußtsein durch diverse Sputnik- und Bomberlücken-Schocks gegenüber der im diesen Angelegenheiten angeblich überlegenen Sowjetunion in seinem Selbstvertrauen erschüttert war.

Besonders deutlich und exemplarisch wurden die Schwächen der Politik-des-am-Rande-Wandels von Dulles während der Taiwan-Krise von 1958, die auch als ein Wendepunkt der amerikanischen Verteidigungspolitik, als ein Kristallisationskern der damaligen Zeittendenzen und als ein Anlaß für die dann unter Kennedy und McNamara erfolgende, verteidigungspolitische Revision hin zur Theorie der gestuften Abschreckung betrachtet werden kann.

Dulles Kalkulation ging dahin, daß der angreifende Feind sofort nachgeben werde, sobald die USA mit einem nuklearen Bombardement drohten. Gegenüber der VR China stimmte dieses Kalkül jedoch nicht mehr. Schon während der Taiwan-Krise von 1954 soll Tschou En-lai geäußert haben, "im Falle eines Krieges gegen Amerika werde China möglicherweise zwar hundert Millionen Menschen verlieren, aber es würden dann noch immer 450 Millionen übrigbleiben."⁶⁰ Die Chinesen beantworteten die amerikanische Politik des brinkmanship mit einem counter-brinkmanship. In einer solchen Situation, die der in der Spieltheorie bekannten von zwei aufeinanderzufliegenden Flugzeugen ähnelt, kommt es dann nur noch darauf an, wer von beiden die stärkeren Nerven hat und wem ein Zusammenprall mehr schaden würde als ein Nachgeben.

Die Chinesen rechneten anscheinend damit, daß die Sowjetunion im Falle eines amerikanischen Atomschlages gegen China wohl oder übel trotz aller Differenzen auf ihrer Seite stehen würde, wie ja auch die Noten Chruschtschows andeuteten: ein Angriff auf das rotchinesische Festland, und das wäre bei einem Atomkrieg gewiß in Mitleidenschaft gezogen worden (Eisenhower plante zu Beginn der Krise den Abwurf von sog. kleinen Atombomben auf rotchinesische Militäranlagen) hätte für die UdSSR den casus belli bedeutet.

Das Verhalten der VR China war außerhalb der von Dulles postulierten Theorie, außerhalb deren Rationalität und Logik, es war im wahrsten Sinne des Wortes revolutionär. Dadurch wurde die massive Vergeltung unterlaufen und in ihrem Effekt neutralisiert. Die Eisenhower-Administration hätte daher bei Erfolg der Chinesen, nämlich der Eroberung der beiden Inselgruppen, die Streitobjekte aufgeben müssen, wenn sie keinen weltweiten Atomkrieg, der die UdSSR involvieren würde, riskieren wollte, und das wollte auch Dulles nicht, wie sein Reagieren auf die diversen Ostblockkrisen zeigt: Von allen roll-back-Ideen des Anfangs

hatte sich die außenpolitische Praxis schon längst entfernt.

Ein Rückzug der USA und Taiwans von den Küsteninseln wäre ohne den Bruch völkerrechtlicher Verträge möglich gewesen. Denn im nationalchinesisch-amerikanischen Verteidigungsvertrag verpflichteten sich die USA nur darauf, Formosa und die Pescadoreen vor einem Angriff zu schützen, nicht aber die Inseln Quemoy und Matsu. Auch die Kongreß-resolution von 1955, die dem Präsidenten eine Art Blankovollmacht zur Verteidigung Formosas gab, überließ seinem Ermessen den Schutz oder die Preisgabe der Inseln:

"...daß der Präsident der Vereinigten Staaten hiermit ermächtigt wird, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, falls es ihm nötig erscheint, für den besonderen Zweck des Schutzes von Formosa und der Pescadores vor feindlichen Angriffen einzusetzen. Diese Ermächtigung umfaßt auch die Sicherung und den Schutz benachbarter Positionen und Gebiete in jenem Raum, die heute in Freundschaft sind, sowie das Recht, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die ihm zur Verteidigung von Formosa und den Pescadores erforderlich oder geeignet erscheinen."⁶¹

Auch Dulles war vorsichtig genug, sich nicht von irgendwelchen nationalchinesischen Heißspornen in einen Krieg im Fernen Osten zwingen zu lassen, nachdem er gerade die amerikanischen Verteidigungsausgaben zu kürzen bestrebt war. Die Ambivalenz der amerikanischen Position zwischen der Notwendigkeit von Vorsicht und dem ebenso notwendigen Bemühen um face-keeping kommt gut in einem Brief von Eisenhower an Churchill vom 25.1.1955 zum Ausdruck, Der Brief bezog sich auf die erste Taiwan-Krise, ist aber ebenso gültig für die zweite: "...Es wäre schlimm, wenn die Kommunisten unsere Umsicht fälschlicherweise als Unschlüssigkeit deuten und eine Krise vom Zaune brechen, die eine üble Lage heraufbeschwüren würde. Ich stelle fest, daß Ihre (die britische, J.B.) Regierung der Sorge Ausdruck gibt, daß die Vereinigten Staaten durch Impulsivität oder mangelnde Umsicht im Laufe der

nächsten zwei oder drei Jahre in einen Krieg mit China verwickelt werden könnte...Wir sind darüberhinaus überzeugt, daß ein Verlassen unserer Freunde auf Formosa eine psychologische Wirkung auf den Fernen Osten hätte, die die Gefahr eines Zusammenbruchs des asiatischen Widerstandes gegen die Kommunisten auslösen würde... Durch Sanftmut oder Schwäche...ist in dieser Lage nichts zu gewinnen."⁶²

Das Lavieren der USA zwischen Rückzug und Beharren resultierte zu einem guten Teil aus der Rücksichtnahme gegenüber ihren Verbündeten, insbesondere in Asien. Sie hätten ihre eigene Position gefährdet geglaubt, wenn sich der big brother beim ersten Angriff der Chinesen aus dem Staub gemacht hätte. Das Wort vom zweiten München schwirrte schon durch viele Köpfe.

Nur ein technischer Glücksfall retteten die USA vor einer bevorstehenden Quasi-Niederlage in Quemoy und Matsu: Die VR China hatte sich irrige Vorstellungen über die Möglichkeit einer Aushungerung der Inseln gemacht; sie hatte insbesondere nicht damit gerechnet, daß die Vereinigten Staaten amphibische Fahrzeuge zu ihrer Versorgung einzusetzen in der Lage waren. Infolge dieser chinesischen Fehlkalkulation war eine Eroberung der stark befestigten und ebenso stark mit Truppen besetzten Inseln aus militärischen Gründen gescheitert - wohlgemerkt aus militärischen Gründen, nicht aus politischen, nicht aufgrund der massiven Vergeltung oder sonst irgendeiner Abschreckung. Wegen dieses eigentlich irrationalen Faktors (sowohl von der amerikanischen als auch von der chinesischen Rationalität aus gesehen)mußte der rotchinesische Sturmangriff beendet werden. Die Dullessche Politik hatte sich zwar dem Schein nach bewährt, bei näherer Betrachtung war sie aber in sich zusammengebrochen.

Einige Verbündete der USA und die "Weltöffentlichkeit" hatten die Ineffizienz der amerikanischen Strategie schon

früher erkannt. Sowohl in der Taiwan-Krise von 1954/55 als auch in der von 1958 waren Großbritannien und Frankreich sowie der größte Teil der "Dritten Welt" unter der Führung Nehrus gegen ein militärisches Engagement für die Inseln, das allein angesichts ihrer Winzigkeit sich geradezu als witzig ausgemacht hätte und hatte. Der innenpolitische und bündnisinterne Druck, die ungünstige, weltpolitische Konstellation und die Brüchigkeit der amerikanischen Strategie zwangen die USA schließlich zum Ende der Krise hin wieder zu Gesprächen in Warschau, obwohl sie nach dem militärischen Sieg eigentlich nicht mehr notwendig gewesen wären. Allein die Tatsache von Verhandlungen stellten auch schon eine gewisse amerikanische Konzession dar, auch wenn man sie als Fortsetzung der vorherigen Gespräche drapierte. Konsequenterweise wurden sie daher auch von Tschiang Kai-schek abgelehnt. Um den Eindruck von Nachgiebigkeit zu vermeiden, aber auch, um Mao die Vergeblichkeit des illusionären Bemühens zu zeigen, die Inseln nachträglich auf dem Verhandlungswege zu erobern, erklärte Dulles am 25.9.1958 (aber erst jetzt!!), daß Quemoy gleich Berlin sei. Diese Äußerung war aber evt. auch nur vorbeugend-taktisch in Hinsicht auf die fünf Tage später erfolgende Konzession der USA geplant, die vorsah, die nationalchinesischen Truppen auf den umkämpften Inseln um 15000 bis 20000 Mann zu reduzieren. Dieses Vorhaben hatte Eisenhower schon 1954/55 den Taiwanesen vorgeschlagen, die es aber ablehnten. Dazu schreibt Eisenhower in seinen Memoiren: "Ich entschloß mich daher herauszufinden, ob Tschiangkaischek die Masse der Zivilbevölkerung und überflüssige Truppeneinheiten von Quemoy und Matsu freiwillig abziehen und diese Inseln von prekären Symbolen nationalchinesischen Prestiges in stark verteidigte, brauchbare Vorposten umzuwandeln bereit war."⁶³ Die Vereinigten Staaten beabsichtigten offensichtlich, sich einen Klotz vom Bein zu schaffen und die USA für einen evt. nochmaligen Taiwan-Konflikt manövrierfähiger

zu machen. Vielleicht war diese Vorpostenlösung auch nur eine Station zur vollständigen Räumung der Inseln; die Vereinigten Staaten zogen also ebenfalls Konsequenzen aus dem Scheitern ihrer Abschreckungsdoktrin, indem sie die Verteidigungslinien zurückzogen und begradigten.

Es gab sogar Meldungen, daß Dulles Tschiang zu überreden versuchte, den politischen in einen nur noch kulturellen Alleinvertretungsanspruch für ganz China umzuwandeln.⁶⁴ Im gemeinsamen Kommuniqué nach dem Besuch von Dulles in Taipeh war dann auch nur noch von Nationalchina als dem Repräsentanten des freien(also nicht des ganzen) China die Rede.

Versucht man ein Gesamturteil über die amerikanische, außenpolitische Strategie, so kann sie insgesamt als eher ambivalent bezeichnet werden: als Mischung aus zurückhaltender Taktik im einzelnen und aggressivem Konzept und aggressiver Rhetorik im allgemeinen.

4.2.5. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSEN- LAGE DER REPUBLIK CHINA (TAIWAN)

Dieser kleine, westlich orientierte Staat Taiwan, dem kommunistischen Festland vorgelagert, war, wie die Bundesrepublik Deutschland und die DMⁿ, wie Nord- und Süd-vietnam und wie die beiden Koreas, Produkt einer Nachkriegspolitik, die - ganz rationalistisch und mechanistisch - Konfliktlösung und Gleichgewicht zwischen den beiden Blöcken nur durch Teilung der umstrittenen Gebiete erreichen zu können glaubte. Als Relikt der Vorkriegssituation beanspruchten dabei aber beide Teile der geteilten Nationen, jeweils Repräsentant des Ganzen zu sein.

Das gilt auch im Falle Nationalchinas (Taiwans), dessen sehnlichstes Ziel es war, diesen zunächst nur juristischen Anspruch auch in die militärische Tat umzusetzen, so wie andererseits die VR China daran interessiert war, Formosa zurückzugewinnen. Um dieses primäre Nationalinteresse Taiwans verwirklichen zu können, mußte sich Tschiang auf die USA stützen, von deren militärischer und wirtschaftlicher Hilfe er auch weitgehend abhängig war, die Unklarheiten und Differenzen zwischen den beiden Verbündeten aber nicht ausschloß.

Sie ergaben sich schon daraus, daß die USA in der Kai-roer Deklaration vom Dezember 1943 die Inseln Formosa und Pescadores zwar der japanischen Hoheit entzogen, sie aber der der "Republik China" nur pauschal unterstellten. Diese Formel war aber nutzlos für die völkerrechtliche und machtpolitische Lage des gespaltenen China nach 1945, denn welches China war gemeint?

Auch der japanisch-amerikanische Friedensvertrag schaffte keine Klärung, auch in ihm wurde offengelassen, wer die Souveränität in Zukunft innehaben werde. Zwar gab es Präjudizien: Die UNO nahm Nationalchina als einzigen chinesischen Vertreter in den Sicherheitsrat auf, womit

eine gewisse internationale Anerkennung im westlichen Lager verbunden war. Auch bestritt kein Staat die faktischen Grenzen und Realitäten, aber nichtsdestotrotz blieb die juristische Unklarheit, die von den USA nicht ausgeräumt wurde, was gewiß nicht im Interesse von Tschiang lag.

Der Hintergrund war, daß sich die Regierung Truman durch die gewollten Ungenauigkeiten einen Ausweg dahingehend offenhalten wollte, Taiwan entweder Rotchina anzuschließen oder aber zu einem selbständigen Staat unabhängig vom Festlandchina erklären zu lassen. Die Demokraten hatten ein unterkühltes Verhältnis zu Taiwan, sie wollten nicht alle Brücken zum kommunistischen China abbrechen.

Als 1953 die traditionell taiwanfreundlicheren Republikaner den Präsidenten stellten, wurde dieser vage Zustand zwar nicht aufgehoben, aber die Administration Eisenhower/Dulles verpflichtete sich 1955 zum Schutze Formosas und der Pescadorensen - gegen die Zusicherung Taipehs, nur in Übereinstimmung mit den USA Festlandchina anzugreifen. Diese Einschränkung war notwendig, denn die Vereinigten Staaten mußten den im Kampf gegen die Volksrepublik China nach vorne drängenden Verbündeten Taiwan zuweilen bremsen, da die Supermacht nicht nur das kleine Formosa oder noch die kleineren Küsteninseln im Auge haben durfte, sondern weltpolitische Interessen vertrat, die denen Tschiangs entgegenlaufen konnten. Wie wir bereits sahen, war auch die Außenpolitik von Dulles trotz aller antikommunistischen Konfliktrhetorik nicht auf Konfrontation um jeden Preis aus.

Deshalb hatte er wohlweislich vor dem Senat verlautbart, daß der entscheidende Artikel VII des amerikanisch-taiwanesischen Schutzvertrages die USA keineswegs zu Verteidigungsleistungen unter allen Umständen nötige. Der 'Spiegel' wußte sogar zu kolportieren, Dulles habe in den Warschauer Gesprächen der VR China Quemoy und Matsu angeboten gegen die chinesische Versicherung, auf eine Aggression gegen Taiwan zu verzichten.⁶⁵ Demgegenüber verlangte das taiwanesisches Parlament, die USA sollten

die rotchinesischen Küstenbatterien durch Bomben aufs Festland zum Schweigen bringen. Während Tschiang sich also auf einen Angriff vorbereitete, winkte Dulles ab⁶⁶. Es war nur natürlich, daß Nationalchina die Taiwan-Krise '58 dazu ausnützen wollte, die USA zur Einbeziehung der beiden Streitobjekte in den Verteidigungsvertrag zu zwingen. Aber das widersprach dem amerikanischen Interesse.

Der latent-manifeste Verbündeten-Konflikt Taiwan-USA fand seinen Ausdruck in den empörten Briefen Tschiangs an Eisenhower, der sich daraufhin wiederum über die harte und unkluge Haltung des nationalchinesischen Führers beschwerte. Tschiang hatte im Brief vom 26.8.1958 beispielsweise eine kategorische Verpflichtung der USA für die Küsteninseln gefordert. Darüberhinaus verlangte er, daß der kommandierende General der sechsten US-Flotte die alleinige Befehls- und Entscheidungsgewalt über seine "Armada" erhalten sollte, um eine größere Flexibilität zu gewährleisten. Eisenhower lehnte beides entschieden ab. Hinsichtlich des strategischen Wertes der beiden Küsteninseln gingen die Auffassungen der Amerikaner und Taiwanesen ebenfalls stark auseinander. Für Taipeh waren sie allein deshalb wichtig, um 1. die Straße von Formosa kontrollieren zu können, um 2. so zwei rotchinesische Häfen blockieren, um 3. von ihnen aus die Invasion des Festlandes vorbereiten und planen und um 4. psychologisch-symbolisch durch sie, den letzten Gebieten einer festlandchinesischen Provinz in taiwanesischer Hand, den Anspruch auf die ganze Nation dokumentieren zu können. Für Washington waren sie strategisch derart wertlos, daß das Verteidigungsministerium dem Präsidenten vorschlug, sie ganz und gar aufzugeben.

Das Argument Tschiangs, eine kommunistische Eroberung der Inseln würde eine Eroberung Formosas selbst bedeuten, ähnlich dem ersten Stein im Dominospiel, zog deshalb nicht, weil Peking zur Eroberung von Formosa militärisch nicht in der Lage war. Immerhin ist schon die

deutsche Armee im 2. Weltkrieg am viel kleineren "Kanal" gescheitert.

Die Küsteninseln waren aber derart durch die auf ihnen stationierten, zahlreichen Truppen künstlich aufgewertet und in starke Festungen umgebaut worden(übrigens auch auf Drängen der USA während des Koreakrieges), daß ihre Preisgabe ohne Prestigeverlust nicht mehr so einfach möglich war.

Während der Warschauer Verhandlungen mit der VR China vertraten die USA die nationalchinesische Seite mit, ein Delegierter Taiwans war nicht zugegen, ein Zeichen dafür, wie sehr sich dieser trotz langem Zögern und erbitterter Proteste dem amerikanischen Willen beugen mußte. Dazu sah sich Tschiang um so mehr gezwungen, weil sein Regime innenpolitisch auf schwachen Füßen stand. Die Moral der taiwanesischen Soldaten war desolat, so daß sich Dulles veranlaßt sah, zu bemerken:" Die Vereinigten Staaten können unmöglich die Nationalchinesen retten, wenn sie gar nicht gerettet werden wollen."⁶⁷ Die nationalchinesische Führungsschicht rekrutierte sich zudem nur aus Festlandschinesen, die 1948 vor den Truppen Maos nach Formosa geflüchtet waren und die dort bereits ansässige Bevölkerung beherrschten. Und die Geburtsformosaner, teilweise durch ihre ehe. Kolonialmacht japanisiert, waren natürlich an einer Rückeroberung weniger interessiert als die chinesischen Emigranten.

4.3. INTERPRETATION DER TAIWAN/QUEMOY-KRISE VON 1958
UNTER DEM ASPEKT TRIADISCHER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN
DEN BETEILIGTEN AKTEUREN

Nach der oben gegebenen funktionalen Definition des Dritten sind triadische Beziehungen mit jeweils einer analytisch hervorgehobenen Drittfunktion im Falle der Taiwan/Quemoy-Krise in folgenden Akteurskonstellationen rein logisch möglich. Es werden nur solche Kombinationen aufgenommen, in denen zumindest einer der beiden direkt beteiligten Akteure, nämlich Rotchina oder Taiwan, vorkommt. Andernfalls würde die Zahl rein logisch möglicher Kombinationen stark ausgeweitet werden, ohne daß ihnen ein empirischer Gehalt entspräche.

		Drittfunktion
China	Taiwan	USA
Taiwan	USA	China
China	USA	Taiwan
UdSSR	China	USA
China	USA	UdSSR
USA	UdSSR	China
USA	Taiwan	UdSSR
USA	UdSSR	Taiwan
UdSSR	Taiwan	USA
Taiwan	UdSSR	China
China	UdSSR	Taiwan
China	Taiwan	UdSSR

Bei vier Akteuren gibt es also potentiell zwölf Drittfunktionen, oder generalisierbar-mathematisch formuliert:⁶⁸

$${}_3^n \cdot 3 = \frac{n!}{(n-3)! \cdot 3!} \cdot 3 = \text{Zahl der Drittfunktionen}$$

n = Zahl der Akteure

Natürlich bestehen logisch mögliche Drittfunktionen nur z.T. realiter und empirisch nachweisbar. Z.B. wird die

Drittfunktion Taiwan in Bezug auf das Verhältnis USA-UdSSR so gut wie keine Rolle gespielt haben, und ebenso werden die Beziehungen UdSSR - Taiwan derart minimal und peripher gewesen sein, daß auch die Drittfunktion der USA unbedeutend gewesen zu sein scheint.

Der Grad(=G), inwieweit eine internationale Akteurskonstellation zu einem bestimmten Zeitpunkt(=t) gekennzeichnet ist(symbolisiert als G3), ergibt sich demnach aus dem Verhältnis der logisch möglichen zu den realisierten, empirischen Drittfunktionen:

$$G_{3t} = \frac{\text{emp3Funkt.}}{\log 3\text{Funkt.}}$$

Je mehr sich G_{3t} dem Wert 1 nähert, um so triadischer ist die internationale Konstellation strukturiert.

Im vorliegenden Fall der Taiwan-Krise ergibt sich ein Wert von $8/12=0.66$ (siehe Erläuterungen im Folgenden).

Da neben den Drittfunktionen auch noch substantialistische Dritte(3Sub) im oben definierten Sinne eine Rolle spielen, müssen sie zur Charakterisierung eines internationalen Systems der obigen Formel hinzugefügt werden:

$$G_{3t} = \frac{\text{emp3Funkt.}}{\log 3\text{Funkt.}} + k_{3\text{Sub}} \quad (k=\text{Zahl der substantialistischen Dritten})$$

In der Taiwan-Krise waren substantialistische Dritte wie UNO, Blockfreienbewegung usw. unbedeutend, u.a. wegen der polarisierten Struktur des internationalen, die auch im geringen Wert von G_3 zum Ausdruck kommt.

Je mehr sich Drittfunktionen auf einen Akteur konzentrieren, um so eher wird dieser ein institutionalisierter Dritter mit Tendenz zu dessen Substantialisierung.

Dies ist zugleich ein Maß für den Institutionalisierungsgrad des internationalen Systems. Formalisieren ließe sich das wie folgt:

$$\text{Grad d. Inst.} = \frac{1\text{Akt} \cdot (3\text{Funkt. } m)}{n \cdot \text{Akt}} \quad \begin{array}{l} (n=\text{Zahl der beteiligten Akteure}) \\ (m=\text{Zahl der Drittfunktionen von "1Akt"}) \end{array}$$

Je größer der aus dem Bruch folgende Wert ist, um so größer ist der Institutionalisierungsgrad des internationalen Systems, und umgekehrt.

Wie sich in den folgenden Darlegungen zeigen wird, ist der Institutionalisierungsgrad des internationalen Systems während der Taiwan-Krise gering. Es gibt keinen durch zahlreiche Drittfunktionen prädestinierten Dritten.

Da - wie oben ausgeführt - das Wirken von Drittfunktionen und Dritten wahrscheinlich von der Art des internationalen Systems mitbestimmt wird, muß dieses als Parameter der als Klammerausdruck zu fassenden, zuletzt genannten Formel vorangesetzt werden. Die Skala möglicher Parameter dieser Art wird von den Kaplanschen Modellen internationaler Beziehungen umschrieben.⁶⁹

Darüberhinaus sollen die jeweils beteiligten Akteure nach dem Akteursmerkmal ihres machtpolitischen Einflusses klassifiziert werden. Wir unterscheiden hierzu einfach, jedoch für unsere Zwecke genügend nach dem Grad der militärischen Stärke, der wirtschaftlichen Kapazität sowie der geographischen und demographischen Größe vier Typen: 1.den Kleinstaat; 2.die Mittelmacht; 3.die Großmacht und 4.die Supermacht. Zur Verbesserung realitätsadäquater Klassifikationsmöglichkeiten sollen noch quantitative Zwischentypen gebildet werden, die allerdings nicht mit Namen, sondern nur zahlenmäßig bezeichnet werden sollen: 1-2; 2-3; 3-4.

Eine Supermacht ist dadurch charakterisiert, daß sie weltweit aktions- und einsatzfähig ist und weltweit ihren Willen auch gegen Widerstreben mit einer großen Wahrscheinlichkeit durchzusetzen vermag. Eine Großmacht besitzt diese Fähigkeit regionalbegrenzt (Europa, West oder Ost; Afrika; Ostasien usw.). Eine Mittelmacht ist nur regional einsatz- und aktionsfähig in Kooperation mit anderen Mittel-, Groß- oder Supermächten, für die sie allerdings einen Bündniswert besitzt, was wiederum ihr ver-

mittteltes Einflußpotential ausmacht. Ein Kleinstaat ist welt- und regionalpolitisch bedeutungslos. Die nicht näher bezeichneten Zwischentypen werden nur deshalb eingeführt, falls es bei den obigen, nur z.T. operationalisierbaren Definitionen zu Klassifikationsproblemen kommt. (Auf fragliche, totale Machtquantifizierungsversuche à la Fucks soll hier verzichtet werden, da sie auch Nichtquantifizierbares quantifizieren.⁷⁰⁾)

Die Art des Wirkens von Drittfunktionen auf die Beziehung der beiden anderen Akteure wird - in Anlehnung an das Kategoriensystem von Rosenau⁷¹ - nach der Intensität ihres diesbezüglichen Einwirkens klassifiziert. Sie werden im folgenden in der Reihenfolge abnehmender Intensitätsgrade dargestellt und zugleich definiert:

Intervention = die Drittfunktion wirkt direkt durch einen Vertreter u.dgl. auf die anderen Akteure ein.

Penetration = die Drittfunktion wirkt indirekt, z.B. durch externe Unterstützung von Gruppen bei den anderen Akteuren, auf diese ein.

Aktion = eine bewußt gesetzte Handlung des drittfunktional begriffenen Dritten hat Auswirkungen auf die anderen Akteure, die deren ursprüngliche Handlung ändert.

Existenz = allein schon die Existenz einer Drittfunktion wirkt auf die anderen.

Das Wirken von Drittfunktionen hängt auch von den Reaktionen der beiden anderen Akteure ab, wie da sind:

Adaptation = die beiden Akteure passen sich den Aktionen des drittfunktional verstandenen Dritten an, bzw. übernehmen sie

Identifikation=Die beiden anderen Akteure passen sich freiwillig, nicht unter Zwang den Aktionen des drittfunktional verstandenen Dritten an.

Berücksichtigung=die beiden Akteure übernehmen modifi-

ziert und zum Teil Handlungsimpulse des Dritten. Schließlich sollen alle Akteure nach dem Akteursmerkmal: aggressive oder defensive, außenpolitische Strategie unterschieden werden. Aggressiv ist eine Strategie dann, wenn sie den territorialen status quo gewaltsam zu ändern trachtet. Eine defensive Strategie ist status quo- orientiert.

Um nun endlich bei der hier grundlegend verfolgten Frage, ob Drittfunktionen konfliktfördernd oder konfliktmindernd wirken, einer Beantwortung näher zu kommen, muß der Grad der triadischen Strukturierung des internationalen Systems zur Häufigkeit und zur Intensität von Konflikten zwischen den beteiligten Akteuren in Beziehung gesetzt werden. Zur operationalen Messung von Konflikten soll auf die Konfliktskala von Herman Kahn zurückgegriffen werden, und zwar nur auf die ersten drei Krisentypen, da die anderen Eskalationsstufen in Kahns Modell - sieht man von Japan 1945 ab - bisher noch nicht realisiert wurden.

"Manövrieren im Krisenvorfeld

Streitigkeiten - Kalter Krieg

Sprosse 1: Augenscheinliche Krise

Sprosse 2: Politische, wirtschaftliche und diplomatische
Gesten

Sprosse 3: Feierliche und förmliche Erklärungen
(Bisher will keine Seite am Gleichgewicht rühren.)

Sprosse 4: Verhärtung der Standpunkte - Willensprobe

Sprosse 5: Machtdemonstration

Sprosse 6: Mobilmachung größeren Umfangs

Sprosse 7: "Legale" Belästigungen - Gegenmaßnahmen

Sprosse 8: Belästigung durch Gewaltaktionen

Sprosse 9: Dramatische, militärische Konfrontationen
Traditionelle Krisen

(Bisher gilt Kernwaffenkrieg als undenkbar.)

Sprosse 10: Provokativer Abbruch der diplomatischen
Beziehungen

Sprosse 11: Höchste Kriegsbereitschaft

Sprosse 12: Konventionelle Kriegshandlungen großen Umfangs

Sprosse 13: Umfassende Eskalation

Sprosse 14: Erklärung des begrenzten konventionellen
Krieges

Sprosse 15: Krieg mit minimalem Kernwaffeneinsatz

Sprosse 16: Ultimatives Drohen mit Kernwaffen

Sprosse 17: Begrenzte Evakuierung (rund 20%)

Sprosse 18: Spektakuläre Machtdemonstration

Sprosse 19: "Gerechtfertigter" Schlag gegen feindliche
Waffensysteme

Sprosse 20: "Friedliches" weltweites Embargo oder Blockade"⁷².

Die Konflikthaftigkeit einer internationalen Beziehung läßt sich demnach quantitativ durch die Numerierung der Sprosse erfassen, in die der jeweilige Konflikt eingeordnet wird.

Konsensuale, internationale Beziehungen können in ihren verschiedenen Intensitätsabstufungen durch folgende Kategorien umschrieben werden:

Sprosse 0 : keine Beziehung

Sprosse 1 : Anerkennung der Existenz des anderen

Sprosse 2 : korrekte Beziehungen ohne Gemeinsamkeiten

Sprosse 3 : friedliche Koexistenz im sowjetischen Sinne

Sprosse 4 : gute wirtschaftliche und politische Beziehungen

Sprosse 5 : gemeinsame Aktionen punktueller Art

Sprosse 6 : langfristigere Partnerschaft ohne institutionelle Formalisierung

Sprosse 7 : formelles Bündnis mit gemeinsamen Institutionen

Sprosse 8 : ideologische Gemeinsamkeiten mit daraus resultierendem, gemeinsamen, politischen Willen

Sprosse 9 : Integration von staatlichen Akteuren

Zur Einlösung des obigen Systems von Gleichungen sollen nun die empirisch realisierten triadischen Akteursbeziehungen mit Drittfunktionen dargestellt werden, wie sie sich im Zusammenhang mit der Taiwan-Krise zeigten, um sie unter dem Aspekt des Vorhandenseins von Drittfunktion-

nen, von substantialistischen Dritten, des Grades an Institutionalisierung des internationalen Systems sowie - last, but not least - der Konflikthaltigkeit, bzw. des Konsensgehaltes der Konstellationen näher zu qualifizieren.

4.3.1. DIE TRIADE CHINA - TAIWAN MIT DER DRITTFUNKTION USA

Unter dem oben angegebenen, klassifikatorischen Aspekt der machtpolitischen Größe der genannten, drei Akteure sind die Vereinigten Staaten eine Supermacht(4), wie allein ihr Engagement im Libanon zeigt, China ist eine Großmacht(3) mit regionalem Einfluß z.B. auf Nord-korea oder auf Tibet, das China 1954 okkupierte; und Taiwan ein Zwischentyp zwischen Mittelmacht und Kleinstaat(1-2), da es zwar im Bündnis mit den USA eine potentielle Gefahr für Rotchina darstellte und von daher regionalen Einfluß innehatte, ohne aber dadurch Einfluß auf die USA als einem wesentlichen Element von regionalem Einfluß einer Mittelmacht zu gewinnen.

Das Verhältnis von China und Taiwan ist das konflikthaltigste in der Konstellation der Taiwan-Krise von 1958. Es ist charakterisiert durch eine scharfe ideologische Konfrontation sowie durch kriegerische Auseinandersetzungen begrenzten Umfanges, was dem Wert 8 in Kahns Konflikteskalationsleiter entspricht. Bekanntlich sind ja Feindschaften zwischen Brüdern am intensivsten.

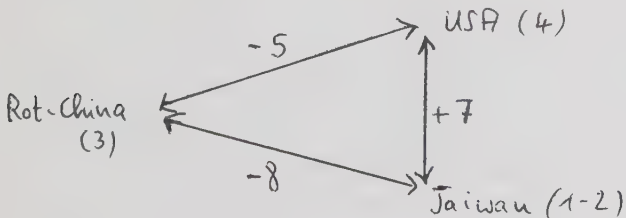
Die Vereinigten Staaten bezogen in diesem Rahmen unter dem analytischen Aspekt ihrer Funktion als "Dritter im Bunde" eine ambivalente Position, indem sie weder den Konfrontationskurs Taiwans ganz unterstützten, vielmehr eher bremsten, noch sich auf die rotchinesische Gegenseite schlugen(natürlich nicht!). Vielmehr waren sie aufgrund ihrer Weltmachtinteressen bestrebt, den Konflikt herunterzuspielen und beizulegen; Auf die Volksrepublik China hatten die USA zwar keinen Einfluß, um so stärker legten sie dafür Tschiangs Rückeroberungsplänen Fesseln

an.

In dieser Konstellation wirkt die Drittfunktion demnach konfliktmindernd im taiwanesisch-chinesischen Verhältnis, allerdings auf Kosten eines Konfliktes zwischen Taiwan und den Vereinigten Staaten. Es handelt sich hier aber um verschiedene Konflikttypen, nämlich einerseits um eine militärische Auseinandersetzung vor dem Hintergrund eines ideologischen Konfliktes und andererseits um eine Differenz zwischen Verbündeten auf dem Hintergrund eines Bündniskonsenses, sodaß summa summarum - "saldiert" man die beiden Konflikttypen - doch das obige Urteil über die Konfliktreduktion durch die Drittfunktion USA aufrechterhalten werden kann.

Im Verhältnis USA-Taiwan geht es wohl auch eher um eine nicht als gravierend zu betrachtende Differenz, wie sie typisch für das Verhältnis zwischen Verbündeten mit starker Statusdiskrepanz ist und wie sie übrigens auch für das deutsch-amerikanische konstatiert werden kann. Versucht man die Beziehungen gemäß den oben dargelegten Skalen nach ihrer Konflikt-, bzw. Konsenshaltigkeit zu quantifizieren, so ist die Beziehung zwischen den beiden Chinas mit dem Wert -8 zu belegen, die rotchinesisch-amerikanische Beziehung mit dem Wert -5, und die taiwanesisch-amerikanische Beziehung mit dem Wert +7. (- indiziert im folgenden eine Konfliktbeziehung, + eine Beziehung im Konsensbereich.)

Graphisch ließe sich das wie folgt veranschaulichen. (Die Zahlen in Klammern geben die machtmäßige Klassifikation an.)



Gäbe es keine Drittfunktion, bzw. schaltete man sie in einem Gedankenexperiment aus, so wären die beiden chinesischen Konfliktpartner direkt miteinander konfrontiert. Es würden sich dann vermutlich "konventionelle Kriegshandlungen großen Umfangs" zwischen beiden im Sinne von Sprosse 12 der Kahnschen Eskalationsleiter ereignen, weil entweder die VR China die Insel Taiwan unmittelbar anzugreifen versuchte - wegen des nun fehlenden Schutzes seitens der USA - oder weil Taiwan einen Landungs- und Rückeroberungsversuch auf dem chinesischen Festland selbst starten würde - wegen der nun fehlenden Beschränkungen seitens der Vereinigten Staaten. Versucht man, resumierend schon hier tentativ eine deskriptive Hypothese aufzustellen, so kann gesagt werden, daß unter den Bedingungen des Kalten Krieges, einer (auch ideologisch fundierten) Bündnispartnerschaft mit hoher Statusdiskrepanz(USA - Taiwan) und einer scharfen, ideologischen und militärischen Konfrontation(USA - China; Taiwan - China) die Drittfunktion konfliktreduzierend wirkt, wenn sie auf den größeren, ideologisch gleichgesinnten Bündnispartner bezogen wird. Die Drittfunktion, die hier penetrierende bis intervenierende Wirkungen zeitigt, nimmt eine Funktion des "Bremsens" gegenüber dem kleineren Bündnispartner wahr.

4.3.2.DIE TRIADE TAIWAN - USA - CHINA

Durch die triadische Analyseperspektive, nun mit Bezug auf die Drittfunktion: VR China gewinnt die oben erläuterte Konstellation mit den gleichen Akteuren eine anders akzentuierte Struktur. Zwar bleiben die Konflikt- und Konsenswerte die gleichen, aber Funktion und Stellenwert der einzelnen Akteure ändert sich: Die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan werden in diesem Fall unter dieser Perspektive irrelevant. Die VR China als Drittfunktion zwingt nämlich die Ver-

einigten Staaten und Taiwan zusammen. Hier wirkt die Drittfunktion unter den Bedingungen des Kalten Krieges und scharfer ideologischer Auseinandersetzungen eher konfliktreduzierend auf die beiden anderen Akteure der Triade, wenn die Drittfunktion auf einen Akteur in dem ideologischen Lager bezogen ist, dem die beiden anderen Akteure nicht angehören. Die Drittfunktion stellt den Feind dar, gegen den Bündnisse geschlossen werden. Sie wirkt qua Existenz und Aktion.

4.3.3. DIE TRIADE VR CHINA - USA MIT DER DRITTFUNKTION TAIWAN

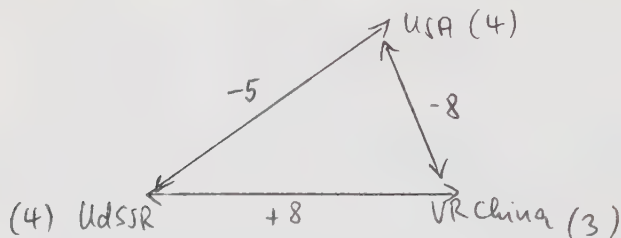
Die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten stehen sich in scharfer, ideologischer Konfrontation gegenüber, die während des Korea-Krieges sogar schon einmal in eine direkte militärische Auseinandersetzung beider Staaten eskaliert war. Derartige Konflikte sind von weltpolitischer Bedeutung, da hier eine Supermacht mit einer Großmacht zusammenstößt, wobei letztere zudem noch einen starken Verbündeten(die UdSSR) zur Hilfe holen konnte. Durch den drittfunktionalen Bezug des noch stärker ideologisch und vor allem militärisch konfrontativ auf Rotchina ausgerichteten Taiwan werden nun beide Staaten, USA und VR China, zu einer Konfliktintensivierung veranlaßt, wozu es ohne Taiwan vermutlich gar nicht gekommen wäre. Denn Rotchina kann nicht unbedingt an einem Krieg mit einer Supermacht gelegen sein(trotz aller Konflikt rhetorik), und es ist den USA auch zu unberechenbar, als daß sie sich auf es größer einlassen wollten, wie das eher zögerliche und vorsichtige Taktieren von Dulles während der Taiwan-Krisen von 1954 und 1958 zeigt. Sind zwei Groß/Supermächte ideologisch verfeindet, so droht der kleinere Verbündete einer der beiden Mächte (ist er konfrontativ gesonnen), die Feindschaft der Groß/Supermächte zu verstärken.

4.3.4. DIE TRIADE UDSSR - VR CHINA MIT DER DRITTFUNKTION USA

China und die UdSSR sind beides Staaten mit sozialistischen Gesellschaftssystemen und von daher auch vertraglich eng miteinander verbunden. Allerdings gab es schon 1958 ideologisch begründete Differenzen, die dann zwei Jahre später zum offenen Bruch zwischen beiden führten, Differenzen, die außen- und gesellschaftspolitisch begründet waren. Man denke nur an den chinesischen Anspruch, mit dem "Großen Sprung nach vorn" in der Volkskommunewegung den Kommunismus noch vor der ideologischen Zentrale Sowjetunion erreichen zu können.

Dieser Bruch war auch außenpolitisch motiviert durch den unterschiedlichen, drittfunktionalen Bezug auf die USA: China hielt, die Vereinigten Staaten als "Papier-tiger" einschätzend, eine scharfe Gangart gegenüber dem weltpolitischen Widerpart des Kommunismus für möglich, während die UdSSR angesichts der Gefahr atomarer Selbstzerstörung der Menschheit für die Strategie der friedlichen Koexistenz auch mit den USA eintraten.

Die sowjetisch-chinesische Beziehung von 1958 kann aber trotz aller Differenzen auf der Konsensskala mit dem Wert +8 eingestuft werden, die sowjetisch-amerikanische Beziehung auf der Konfliktskala mit dem Wert -5, und die chinesisch-amerikanische mit dem Wert -8. Gräphisch sieht das wie folgt aus:



Es ergibt sich folgende deskriptive Hypothese:

Eine latent oder auch schon manifest vorhandene Differenz zwischen ideologischen Partnern(einer Supermacht und einer Großmacht) wird dadurch verschärft, daß in sie eine Drittfunktion qua Existenz hineinwirkt, die von den beiden Partnern gemäß der allgemeinen Differenz ebenfalls unterschiedlich perzipiert und beurteilt wird, was wiederum eskalierend auf die Differenz der ideologischen Verbündeten zurückschlägt.

4.3.5. DIE TRIADE CHINA - USA UND DIE DRITTFUNKTION UDSSR

Im Gefolge der scharfen militärischen und ideologischen Konfrontation zwischen der VR China und Taiwan ist auch das Verhältnis China - USA auf Konfrontation gestimmt, wenn auch nicht in dem Maße. Die Drittfunktion UdSSR hat mit Bezug auf diese Dyade konfliktreduzierende Folgen, denn die UdSSR bremst einerseits qua sowjetischer Penetration und Intervention, aber auch qua partieller chinesischer Identifikation die Volksrepublik China, andererseits jedoch auch qua Existenz die Vereinigten Staaten, die durch die trotz Differenzen potentiell doch noch gegebenen chinesisch-sowjetischen Bündnispartnerschaft von einem evt. geplanten, offensiveren Vorgehen gegenüber Festlandchina abgehalten werden.

Hier haben wir das Phänomen, daß der Konflikt von zwei ideologisch verfeindeten Groß-, bzw. Supermächten durch den Dritten, eine Supermacht, reduziert wird, einem Dritten, der mit der einen Großmacht ideologisch verbunden ist. Diese Konfliktreduktion ist aber nur möglich, weil sich der Dritte mit seinem Verbündeten nicht ganz identifiziert, auch nicht zu identifizieren braucht, da er selbst genug Macht besitzt, um auf eigenen Füßen stehen zu können. Erst dies ermöglicht die Differenzierung zur Triade. Voraussetzung triadischer Beziehungen ist demnach die Differenzierung der Akteure(womit zugleich auch die Möglichkeit von Konflikten - trotz vieler Ge-

meinsamkeiten - gegeben ist). Konflikt- und Konsensbeziehungen in Triaden stehen nicht im polaren Entweder-Oder-Gegensatz zueinander, sondern in einem je verschieden akzentuierten Mischungsverhältnis. Reine Konflikt- und reine Konsensbeziehungen sind vielmehr die logischen Endpunkte eines Konflikt-/Konsens-Kontinuums. Eine derartige, triadische Differenzierung ist jedoch nur dann wahrscheinlich langfristig stabil, wenn die drei beteiligten Akteure machtmäßig ungefähr gleich stark sind, d.h. wie in unserem Fall alle Groß-, bzw. Supermächte sind. Denn bei einer Machtdiskrepanz besteht immer die Tendenz zu einer Dominanz des stärkeren über den schwächeren Akteur, was potentiell eine (erzwungene) Identifizierung des Schwächeren mit dem Stärkeren zur Folge hat. Dadurch verliert die Triade jedoch an Differenzierung, wie es z.B. im Verhältnis Taiwan - USA zu sehen war.

4.3.6. DIE TRIADE USA - UDSSR MIT DER DRITTFUNKTION VR CHINA

Hier handelt es sich um eine Triade, die durch den beginnenden chinesisch-sowjetischen Konflikt schon angelegt war und z.T. auch zu Tage trat, jedoch erst 1960 offen ausbrechen und erst 1970 mit der Kissingerschen Politik des Pentagonalismus auch ins strategische Kalkül der USA aufgenommen werden wird. Durch die undifferenzierten Kalte-Kriegs-Aktionen von Dulles gegen alles Kommunistische, sowohl gegen die UdSSR als auch gegen die Volksrepublik China, bildete sich 1958 jedoch noch keine differenzierte triadische Struktur wie 1970 heraus, da China auf die Seite der UdSSR getrieben oder zumindest seitens der USA als dort stehend perzipiert und auch dementsprechend behandelt wurde. Die Drittfunktion China wurde infolgedessen - trotz aller Differenzen - auf die Seite der UdSSR gedrängt und konnte deshalb nicht wie ab 1970 das Verhältnis der beiden Supermächte allein

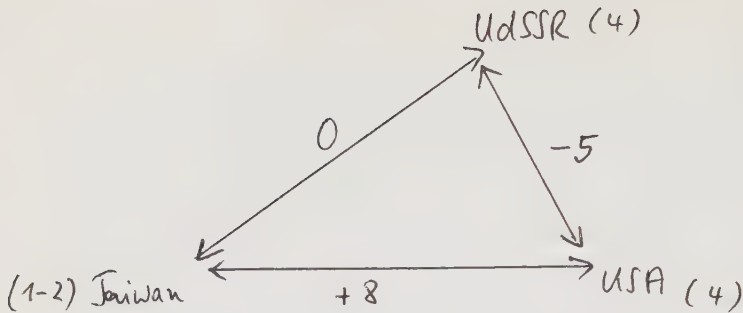
qua Existenz komplexer gestalten, indem die Sowjetunion aufgrund des partiellen Zusammengehens von China mit den USA zu verstärkten Entspannungsbemühungen gegenüber den USA gezwungen wurde. 1958 war es vielmehr umgekehrt noch so, daß Rotchina, auf die Seite der UdSSR getrieben, deren Konfrontation mit den USA verstärkte, da sich die Sowjetunion zur legitimatorischen Absicherung ihrer kommunistischen Rechtsgläubigkeit gegenüber dem revolutionär auch in der Außenpolitik nach vorne drängenden China, gegenüber der kommunistischen Weltbewegung sowie gegenüber den noch kolonial unterdrückten Ländern der Dritten Welt im Kampf gegen den kapitalistischen Weltfeind bewähren mußte, obwohl sich die UdSSR diesem Zwang zunehmend zu entziehen versuchte, wie nicht zuletzt die Taiwan-Krisen zeigten. Die Drittfunktion China wirkte also 1958 konfliktsteigernd qua Intervention gegenüber dem kommunistischen Verbündeten.

4.3.7. DIE AKTEURE USA - TAIWAN - UDSSR

USA - UDSSR - TAIWAN

UDSSR-TAIWAN - USA

Die genannten Beziehungsstrukturen zwischen den drei Akteuren USA, Taiwan und UdSSR sind weder manifest noch latent triadische Beziehungen, weil Taiwan als Mittel/Kleinstaat im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis keine Rolle spielt. Es hat in diesem Bezug kein Machtpotential zu einer für die Beziehung zweier Supermächte relevanten Drittfunktion, bzw. kein Machtpotential zu einem autonomen Teil in einem dyadischen Verhältnis mit einer Supermacht, was zumindest für das russisch-taiwanesisches Verhältnis gilt. Zwischen Taiwan und der UdSSR bestehen so gut wie keine Beziehungen; Taiwan ist primär und fast zwangshaft auf Festlandchina fixiert, und die UdSSR auf ebenfalls China und die USA. Graphisch sieht das so aus:



Die Halsstarrigkeit von Tschiang ist dann auch eher mit Nadelstichen zu vergleichen, die Elefantenhäute nicht durchdringen können.

Mangels Differenzierung infolge der machtpolitischen Diskrepanz Supermächte/Kleinstaat entwickelt sich aus der Dyade keine Triade und damit auch keine Drittfunktion.

4.3.8. DIE TRIADEN TAIWAN - UDSSR - CHINA

CHINA - UDSSR MIT DER DRITTFUNKTION TAIWAN

CHINA - TAIWAN MIT DER DRITTFUNKTION UDSSR

Wieder anders sieht die Konstellation mit den Akteuren Taiwan, UdSSR und China aus, auch wenn hier wiederum Taiwan beteiligt ist, das allerdings diesmal nicht auf das Verhältnis der Supermächte bezogen ist, sondern auf die chinesisch-sowjetische Beziehung. In dieses ist Taiwan aber durch die Spezifik des innerchinesischen Bürgerkrieges eng involviert, sodaß in diesem Fall Triaden und Drittfunktionen potentiell entstehen können.

Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß eine relevante Beziehung zwischen Taiwan und der Sowjetunion nicht besteht. Das schließt aber nicht aus, daß im Verhältnis China - UdSSR Taiwan eine Drittfunktion wahrnimmt, die - konfliktfördernd - darin besteht, die sowjetisch-chinesische Differenz zu vertiefen, da das zögerliche und vorsichtige Taktieren der UdSSR während der Taiwan-Krise

die Chinesen verärgerte. Umgekehrt wirkte die Drittfunktion UdSSR für die innerchinesische Beziehung China-Taiwan konfliktreduzierend, da die Sowjetunion gegenüber ihrem chinesischen Partner mäßigend intervenierte - gemäß ihrer allgemeinen Strategie der friedlichen Koexistenz.

Ehe vor dem Hintergrund unseres theoretischen Rahmens und unseres Hypothesen-Sets generalisierende Schlußfolgerungen aus der Taiwan-Krise gezogen werden können, sollen zunächst noch zum Vergleich und zur Erweiterung der Fall- und Datenbasis sowie der Generalisierungsmöglichkeiten die triadischen und drittfunktionalen Beziehungen zwischen den Akteuren während der deutsch-polnischen Verhandlungen von 1970 analysiert werden.

5. FALLSTUDIE 2: DIE DEUTSCH-POLNISCHEN GESPRÄCHE UND
VERHANDLUNGEN VOM 4.2.1970 BIS 7.12.1970

5.1. CHRONOLOGIE DER EREIGNISABFOLGE

Mit einer pragmatisch-entideologisierten, außenpolitischen Strategie versuchten Brandt und Scheel zu Beginn der siebziger Jahre, die Folgeprobleme der deutschen Weltkriegsniederlage einer Lösung näher zu führen.⁷³ Eines dieser Probleme war insbesondere die seit der Potsdamer Konferenz offene Frage, ob die jenseits von Oder und Neiße liegenden Gebiete nur vorläufig und verwaltungsmäßig bis zum Beschluß einer Friedenskonferenz der Alliierten des 2. Weltkrieges über Deutschland als ganzes oder endgültig zu Polen gehören.⁷⁴ Damit hing die Frage des Ob und Wie der Ausreisemodalitäten und -möglichkeiten von Deutschstämmigen in Polen(u.a. in Form der Familienzusammenführung) eng zusammen, da ein etwaiger Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße das Problem der dort lebenden Deutschen und Deutschstämmigen nur um so gravierender machte(wollte man nicht, wie die CDU/CSU, für sie einen international anerkannten Minderheitenschutz und -status erreichen, der aber gegenüber den Polen so gut wie nicht durchsetzbar gewesen wäre. Die Polen hatten die bismarckschen und nationalsozialistischen Versuche, die deutsche Minderheit für ihre außenpolitischen Zwecke zu instrumentalisieren, noch allzu gut in Erinnerung.) Diese beiden miteinander verschlungenen Problembündel unter Beachtung der sowjetischen Ostblockhegemonie und der gleichzeitigen deutsch-sowjetischen sowie innerdeutschen Gespräche und Treffen aufzuschnüren und zu entschärfen und - wenn auch nicht zu lösen - so doch derart aufzulösen, daß fortan jeder mit dem gefundenen Ergebnis als einem modus vivendi gut leben konnte, war das Unternehmen, an das sich die seit Oktober 1969 amtierende sozialliberale Koalition unter dem Kanzler

Willy Brandt und dem Außenminister Walter Scheel in einjährigen Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen heranwagte.

Diese zunächst aus taktischen Gründen als Gespräche bezeichneten Verhandlungen bahnen sich schon am 17.5.1969

mit einer Rede des polnischen KP-Chefs Gomulka (präzise: 1. Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei) an, in der dieser Verhandlungen zur Lösung der Oder-Neiße-Grenzfrage anbot. Die Grenze müsse allerdings von der Bundesrepublik anerkannt werden. Vorbild könne das Görlitzer Abkommen zwischen Polen und der DDR sein. Eine bereits hier erfolgende, indirekte Konzession Gomulkas könnte darin liegen, daß im Görlitzer Abkommen der von der Bundesrepublik abgelehnte Begriff "Anerkennung" nicht vorkommt. Zudem geht es noch, wie auch die Bundesrepublik, von Deutschland als Ganzem aus, sodaß über diese völkerrechtliche Konstruktion eine dann später auch realisierte Differenzierung zwischen einer Grenzankennung seitens der Bundesrepublik und einem Offenlassen dieser Frage für Deutschland als Ganzes, das nur noch durch die vier Haupt-Kriegsalliierten repräsentiert wird, möglich werden könnte.

19.5.1969

Brandt begrüßt die polnische Gesprächsbereitschaft und spricht sich für Gewaltverzichtserklärungen aus, unter Einschluß des Grenzproblems, d.h. aber auch: kein Grenzankennungsvertrag, wie ihn die Polen verlangen.

16.10.1969

Der polnische Außenminister Jedrychowski gibt sein erstes Interview im Deutschen Fernsehen. Er zeigt sich flexibel und offen für Erörterungen.

28.10.1969

In seiner Regierungserklärung bietet Brandt den Polen Gespräche sowie ein Gewaltverzichtsabkommen an. Er sichert die territoriale Integrität aller Staaten zu. Allerdings nennt er keine konkrete Oder-Neiße-Grenzformel.

November 1969

Im Auswärtigen Amt werden Unterlagen für die bevorstehenden deutsch-polnischen Gespräche erarbeitet. Informell einigen sich die Entscheidungsträger auf die Grenzformel, daß die Bundesrepublik die Grenze bis zu einer friedensvertraglichen Regelung durch einen gesamtdeutschen, wiedervereinigten Souverän (Friedensvertragsvorbehalt) anerkennen, bzw. respektieren werde. (Auf die Berücksichtigung des gesamtdeutschen Souveräns ist die Bundesregierung grundgesetzlich und völkerrechtlich verpflichtet.) Darüberhinaus soll die Frage der Familienzusammenführung auf jeden Fall, aber erst in einem späteren Stadium der Gespräche, nach Regelung der Grenzfrage, angegangen werden. Eine Vertragsunterzeichnung ohne Regelung der Familienzusammenführung ist für die Deutschen allein aus innenpolitischen Gründen unmöglich.

November 1969

Die Bundesregierung stimmt sich mit ihren westlichen Verbündeten ab, nachdem die Vereinigten Staaten Bedenken gegenüber der neuen Ostpolitik geäußert hatten. Auch die polnische Regierung konsultiert und informiert ihre Verbündeten. Die DDR stemmt sich gegen einen westdeutsch-polnischen Ausgleich, da sie die Preisgabe der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR auch seitens Polens und der UdSSR fürchtet - zu Recht.

21.11.1969

Die CDU/CSU weist auf die Interessen der Vertriebenen, auf den Friedensvertragsvorbehalt und auf die Bedeutung humanitärer Regelungen hin.

25.11.1969

Die Bundesregierung übergibt den Polen eine Note mit dem Angebot zu Gesprächen ohne Vorbedingungen.

8.12.1969

Die deutsch-sowjetischen Gespräche beginnen. In ihnen sollten in der Folgezeit Vorgaben und Präjudizien für die Verhandlungen der Bundesrepublik mit anderen osteuropäischen Staaten erarbeitet werden.

9.12.1969

Die Bundesregierung erklärt, daß die deutsch-sowjetischen vor den deutsch-polnischen und innerdeutschen Gesprächen Vorrang habe.

10.-22.12.1969

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen werden wiederaufgenommen.

22.12.1969

Die Polen antworten relativ schroff, aber positiv auf das deutsche Gesprächsangebot: Voraussetzung der Normalisierung sei aber die Grenzanerkennung.

Januar 1970

Im Januar finden deutsch-polnische Vorgespräche statt.

13.1.1970

Die Konfrontation zwischen Regierung und CDU/CSU-Opposition verschärft sich. Wehner: "Ich brauche die Opposition nicht."

14.1.1970

In einer Bundestagsdebatte betont Brandt das Gewaltverzichtsprinzip.

22.1.1970

Polens Außenhandelsminister Burakiewicz besucht Bonn.

Anfang Februar 1970

Brandt schreibt dem polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz.

4.-7.2.1970

In Warschau finden die ersten deutsch-polnischen Gespräche zwischen den Delegationsleitern Duckwitz und Winiewicz statt. Die differierenden Positionen werden dargelegt: Grenzanerkennung kontra Gewaltverzicht. Duckwitz übergibt eine Liste von deutschstämmigen Ausreisewilligen aus Polen. Die Polen halten aber die Frage der Familienzusammenführung für eine rein innerpolnisch zu lösende Frage.

Februar 1970

Im Auswärtigen Amt werden weitere Papiere zum Gewaltver-
zichts- und Grenzproblem erarbeitet.

3.3.1970

Die zweite deutsch-russische Gesprächsrunde beginnt.

Die Polen übergeben ein Memorandum zur Grenzfrage.

9.-11.3.1970

Die zweite deutsch-polnische Gesprächsrunde beginnt.

Beide Seiten beharren auf ihren Standpunkten; Einer-
seits das territorial konkretisierte Prinzip des Gewalt-
verzichts inklusive der Grenzfrage mit Friedensvertrags-
vorbehalt; andererseits die Argumentation der Polen, die
Bundesrepublik habe im Saarabkommen mit Frankreich bereits
Grenzen endgültig, ohne Friedensvertragsvorbehalt aner-
kannt.

12.3.1970

Duckwitz warnt Scheel und Brandt vor einem Scheitern
der Verhandlungen.

15.3.1970

Die Vertriebenenverbände veranstalten eine Großkundge-
bung zum Kampf gegen die SPD/FDP-Ostpolitik.

18.3.1970

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Windelen erklärt, die Bun-
desrepublik betreibe mit ihrer Polenpolitik Verfassungs-
bruch.

19.3.1970

Gomulka kritisiert den schleppenden Verlauf der deutsch-
polnischen Gespräche.

22.3.1970

In Hamburg finden Landtagswahlen statt, mit Verlusten der
SPD und Gewinnen der FDP, wodurch sich die Koalition ins-
gesamt stabilisiert. Dadurch vergrößern sich die Konzes-
sionsmöglichkeiten der Koalition in ostpolitischen Fragen.

Anfang April 1970

Im Auswärtigen Amt wird eine neue Grenzformel erarbeitet.

10./11. April 1970

Brandt besucht die Vereinigten Staaten, um dort seine Ostpolitik abzustimmen. Die neue Grenzformel lautet: Die Oder-Neiße-Grenze ist die Westgrenze Polens, die Priorität des Gewaltverzichtsprinzips bleibt aber erhalten, jedoch nicht mehr der explizite Friedensvertragsvorbehalt, sodaß sich der Vertrag insgesamt doch immer mehr einem Grenzankennungsvertrag nähert. Gerade im Verhältnis von Grenzankennung und implizitem Friedensvertragsvorbehalt bestehen weiterhin (latente) und später auch offene Differenzen zwischen den Verhandlungspartnern Polen - Bundesrepublik.

Als Ergebnis der Brandt-Reise ist festzuhalten, daß die Vereinigten Staaten weitgehend der Ostpolitik zustimmen, sieht man von einigen Bedenken Kissingers zu Tempo und Modus dieser Politik ab.

April 1970

Der Präsident des westdeutschen Roten Kreuzes besucht Polen. Die polnische Regierung will die Frage der Familienzusammenführung auf der nichtstaatlichen Ebene der Rot-Kreuz-Gesellschaften abwickeln.

22.-24. April 1970

Die dritte deutsch-polnische Verhandlungsrunde tagt, mit einigen Fortschritten infolge der neuen Grenzformel. Evt. schon jetzt fordern die Polen offen aber darüberhinaus - entsprechend des von ihnen dem Görlitzer Abkommen zugeschriebenen Vorbildcharakters - eine Grenzformel mit Bezug auf die Potsdamer Deklaration sowie mit einer geographischen Beschreibung des Grenzverlaufs. Die BRD besteht auf einem impliziten Friedensvertragsvorbehalt in Form der Nichtberührung bestehender Verträge (insbesondere des Deutschlandvertrages), und auf der Regelung der humanitären Fragen. Die Polen bieten den Deutschen eine vertragsunabhängige, polnische "Information" zur Familienzusammenführung an, in der sie sich zur Lösung der diesbezüglichen Probleme verpflichten wollen, aber nur dann,

wenn dies unter der alleinigen Zuständigkeit der polnischen Behörden erfolgt.

24. April 1970

Duckwitz übergibt Gomulka einen Brief Brandts, von dem Scheel nichts weiß.

25. April 1970

Die "Welt" veröffentlicht die neue Grenzformel.

26./27. April 1970

Als Folge der Differenz zwischen Brandt und Scheel wegen des nicht abgesprochenen Briefes von Brandt an Gomulka nimmt Duckwitz - zur "Strafe" - nicht mehr an der "Kleinen Runde" (Lagebesprechung) im Kanzleramt teil.

30. April 1970

Polens Außenminister Jedrychowsky besucht Moskau. Die deutsch-polnische und die deutsch-sowjetische Gesprächsebene sollen koordiniert werden.

Ende April 1970

Dissentierende, gegenüber der Ostpolitik kritisch eingestellte FDP-Bundestagsabgeordnete formieren sich: Die knappe Bundestagsmehrheit der Koalition gerät in Gefahr.

5. Mai 1970

Jedrychowski besucht Paris, das traditionell sehr polenfreundlich ist und die deutsche Ostpolitik wegen der Gefahr eines Wiedererstarkens Deutschlands mit versteckten Befürchtungen verfolgt - trotz aller nach außen hin, offiziell befürwortenden Äußerungen.

13.-22. Mai 1970

Die CDU-Bundestagsabgeordneten Dichgans und Petersen reisen durch Polen; sie sind zu weitgehenden Konzessionen an die Polen bereit, was der CSU-Vorsitzende Strauß heftig kritisiert.

25. Mai 1970

Wegen des verstärkten Widerstandes seitens der Opposition will die Regierung die CDU/CSU vermehrt am Entscheidungsprozeß beteiligen.

ab Juni 1970

Nach weitgehender Regelung der Grenzfrage forciert der

neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Frank, das Thema der Familienzusammenführung als einen integralen Teil der zwischenstaatlichen, deutsch-polnischen Verhandlungen. Zudem versucht der "Neuling", ob nicht doch ein Gewaltverzichtsvertrag statt eines Grenzanerkennungsvertrages durchsetzbar ist (entgegen der Meinung von Duckwitz).

7. Juni 1970

Die Bundesregierung beschließt Richtlinien zur Ostpolitik, die u.a. das Gewaltverzichtsprinzip, das der Unverletzlichkeit der territorialen Integrität aller Staaten sowie das der Nichtberührung bestehender Verträge statuieren.

8.-10. Juni 1970

Die vierte deutsch-polnische Gesprächsrunde erbringt weitere Fortschritte. Man einigt sich nun auf die Grenzformel vom April, inklusive einer Einigung auf die Klausel zur Nichtberührung bestehender Verträge, wodurch implizit über den Deutschlandvertrag (Art. 7) ein Friedensvertragsvorbehalt gesichert wird. Weiterhin muß aber noch eine Formulierung zwischen Grenzachtung, -respektierung und -anerkennung gefunden werden. Die Polen verzichten jedoch schon jetzt - unter Beibehaltung der ursprünglichen Position und Intention - verbaliter auf den Begriff der endgültigen Anerkennung.

Im Rahmen der vierten Gesprächsrunde wurde darüberhinaus auch das Problem der Familienzusammenführung besprochen.

12. Juni 1970

Das geheime "Bahr-Papier" aus den Moskauer Verhandlungen wird infolge Indiskretion in der "Bild"-Zeitung veröffentlicht. Die Polen reagieren darauf verärgert und entsetzt, da in dem Papier bereits eine Formel zur Oder-Neiße-Grenze festgelegt worden war, die den Polen nicht gefiel. Sie werden aber von der UdSSR zum Weiterverhandeln veranlaßt.

12.Juni 1970

Scheel gibt bekannt, daß der Vertrag mit Polen in greifbare Nähe gerückt sei.

14.Juni 1970

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und an der Saar bringen schwere Verluste für die Koalition.

23.Juni 1970

Wirtschaftsminister Schiller paraphiert ein deutsch-polnisches Handelsabkommen.

5.Juli 1970

F.J.Strauß ruft die gegen die neue Ostpolitik gerichtete "Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes" ins Leben.

23.-25.Juli 1970

Während der fünften deutsch-polnischen Gesprächsrunde werden einzelne Vertragsbestimmungen und Vertragstextentwürfe bis in die Nähe der Paraphierung ausformuliert. Unklar ist aber noch das Verhältnis der Grenzformel zur Nichtberührungsklausel, d.h. einer solchen Klausel, daß der entstehende deutsch-polnische Vertrag bestehenden Verträgen und deren Bestimmungen (z.B. der über das deutsche Recht auf Wiedervereinigung) nicht widerspricht. Mit der Nichtberührungsklausel ist also zugleich auch der Friedensvertragsvorbehalt impliziert. Evt. wird jetzt schon der Vorschlag unterbreitet, den Friedensvertragsvorbehalt in Briefen oder Informationen an die Alliierten (die für Deutschland als ganzes noch verantwortlich sind) zu sichern.

Die Verhandlungsdelegationen werden den beiden Regierungen diesbezüglich Formulierungsalternativen vorlegen. Immer noch ungelöst ist aber das Problem der Familienzusammenführung.

25.Juli 1970

Angeichts der bevorstehenden Scheel-Gromyko-Verhandlungen in Moskau bietet der CDU-Vorsitzende Kiesinger der Regierung einen innenpolitischen "Burgfrieden" an.

Ende Juli/Anfang August 1970

Mehrere CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete besuchen Polen: Sie äußern sich wohlwollend gegenüber den polnischen Anliegen.

Anfang August 1970

Evt. werden seitens der amerikanischen Administration (insbesondere vom Sicherheitsberater Kissinger) gewisse Bedenken gegen Tempo und einzelne Formulierungen des ostpolitischen Verhandlungen der Bundesregierung geäußert.

7.August 1970

Der Moskauer Vertrag wird paraphiert.

12.August 1970

Der Moskauer Vertrag wird unterzeichnet.

24.August 1970

Zur Vorbereitung der nächsten deutsch-polnischen Verhandlungsrunde reist der neue Leiter des Osteuropa-Referats im Auswärtigen Amt, von Alten, nach Warschau. Die Themen seiner Gespräche sind 1. die Abstimmung des Moskauer Vertrages mit den deutsch-polnischen Vertragstexten und 2. die Frage des seitens der Polen von den Deutschen geforderten Sühnebekenntnisses wegen des Nazi-Terrors in Polen. Die Deutschen wollen stattdessen eine Aussage zum weltkriegsbedingten Leid aller Völker (also nicht nur der Polen). Die Polen beabsichtigen nun auch eine Grenzformulierung, die nicht nur die BRD, sondern auch einen zukünftigen, gesamtdeutschen Souverän bindet (was die Bundesregierung aber erfolgreich bis zum Schluß ablehnt.)

Anfang September 1970

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Barzel, besucht die westlichen Hauptstädte.

Anfang September 1970

In der Koalition entstehen zwischen SPD und FDP Differenzen über das Maß an Konzessionen in der Frage der Familienzusammenführung.

4. September 1970

Das Auswärtige Amt teilt mit: Die für Anfang September geplanten, deutsch-polnischen Verhandlungen werden erst später stattfinden. Die wahrscheinlichen Gründe sind:

1. die Notwendigkeit einer verstärkten Rücksichtnahme und Abstimmung mit der CDU/CSU, deren Stimmen die Bundesregierung für die Ratifizierung der Ostverträge im Bundestag wahrscheinlich brauchen würde; 2. insbesondere das Streben der FDP nach weiteren polnischen Zugeständnissen in der Familienzusammenführung; 3. evt. am Rande: Amerikanische Kritiken über das zu schnelle Tempo der Ostpolitik; 4. evt. weitere deutsche und polnische Forderungen zum Verhältnis von Grenzfrage und Friedensvertragsvorbehalt und Nichtberührungsklausel.

8. September 1970

Die Bundesregierung entscheidet über den weiteren Verlauf der Verhandlungen, mit folgendem Zeitplan: 1. Treffen von Scheel und Winiewicz in der UN am 29.9.1970; 2. Fortsetzung der Verhandlungen Anfang Oktober 1970; 3. terminliche Rücksichtnahme bei den Vertragsverhandlungen auf die Wahlen im November.

9. September 1970

Die Bundesregierung informiert vertraulich die CDU/CSU. Diese stellt allerdings weitere Forderungen, u.a. die nach dem Recht auf die Bildung von deutschen Volksgruppen in Polen.

9. September 1970

Staatssekretär Frank unterrichtet die Polen über den neuen Verhandlungs-Zeitplan.

11.-15. September 1970

DRK-Präsident Bargatzki ist zu Besuch in Polen. Es werden aber keine Vereinbarungen getroffen, das polnische RK will jedoch die Familienzusammenführung auf der DRK-Ebene beschleunigen.

25. September 1970

Scheel trifft - wie vereinbart - Winiewicz in der UN.

5.-7. Oktober 1970

Im Verlaufe der sechsten, deutsch-polnischen Verhandlungsrunde einigen sich beide Seiten auf eine Formulierung für die Schuld/Sühne-Passage der Vertrags-Präambel. Noch offen ist aber die Frage der Familienzusammenführung. Es gibt hier allerdings die polnische Konzession, im Rahmen der Verhandlungen eine diesbezügliche, vorher abgelehnte Arbeitsgruppe zu bilden. Als Gegenleistung bestehen die Deutschen nicht mehr auf einer Erwähnung dieser Frage im Vertrag selbst. Sie soll irgendwie vertragsnah gelöst werden. Der Friedensvertragsvorbehalt soll wahrscheinlich in Form einer deutschen Informationsnote an die drei West-Alliierten gesichert werden. - Die Deutschen fordern nun auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als Voraussetzung einer (für die Vertragsunterzeichnung) vorgesehenen Reise Brandts nach Warschau. Die polnische Verhandlungsdelegation lehnt das aber ab.

15. Oktober 1970

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedet eine Sechs-Punkte-Resolution zur Polenpolitik, in der sie den derzeitigen, territorialen Bestand Polens, allerdings nur bis zu einem frei vereinbarten dauerhaften Ausgleich garantiert. Die Polen und die Bundesregierung sind von diesem Beschluß enttäuscht, vor allem deshalb, weil einige CDU/CSU-Abgeordnete vorher den Eindruck größerer Konzessionsbereitschaft erweckt haben.

Oktober/November 1970

Der Widerstand der Vertriebenen-Verbände nimmt zu.

26. Oktober 1970

Die CDU/CSU lehnt das Angebot der Regierung ab, eine Delegation der Opposition mit nach Warschau zu den bevorstehenden Abschlußverhandlungen zu entsenden.

29. Oktober 1970

Die Bundesregierung beschließt formell die Aufnahme von Verhandlungen (nicht mehr nur von "Gesprächen") mit Polen. Inhaltlich will man bei der Grenzfrage flexibel sein, ein Friedensvertragsvorbehalt braucht nicht explizit erwähnt werden (evtl. nur in Noten an die Westmächte). Bei der Familienzusammenführung will man aber hart bleiben: Die Polen müßten sich verbindlich dazu bereiterklären.

2. November 1970

Scheel ist zu Besuch in Paris: Die französische Regierung hat gewisse Bedenken hinsichtlich der deutsch-polnischen Verhandlungen (evtl. in der Frage der geplanten Note der BRD an die Westmächte zur Sicherung des Friedensvertragsvorbehaltes und in der Frage, ob diese Note von der polnischen Regierung notifiziert werden müsse. Die Franzosen unterstützen hier die Polen.)

2.-13. November 1970

Die Abschlußverhandlungen zwischen den Außenministern Scheel und Jedrychowski beginnen. Offene Themen sind noch immer die Familienzusammenführung sowie der Friedensvertragsvorbehalt und die alliierten Rechte über Deutschland als ganzes.

6. November 1970

Polen und Deutsche einigen sich auf eine vertragsunabhängige, polnische Information zur Familienzusammenführung in zeitlicher Parallelität zum Vertrag.

8. November 1970

In Hessen finden Landtagswahlen statt.

10. November 1970

Die Verhandlungen verzögern sich wegen Bedenken Frankreichs und der USA bezüglich ihrer alliierten Rechte. Es wird vereinbart, auf die Potsdamer Deklaration Bezug zu nehmen sowie den Verlauf der Oder-Neiße-Grenze geographisch exakt zu beschreiben.

13. November 1970

Es wird sich endgültig auf eine Note an die Alliierten betreffs der alliierten Rechte für Deutschland als ganzes geeinigt.

14.-17. November 1970

Ein Redaktionskomitee überarbeitet den Vertragstext stilistisch.

18. November 1970

Der Warschauer Vertrag wird paraphiert. Die polnische Information zur Familienzusammenführung wird übergeben.

19. November 1970

Die Note an die Westmächte wird diesen übergeben.

20. November 1970

Strauß gibt bekannt, daß er dem Vertrag nicht zustimmen will. Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vertriebenenfunktionär Hupka lehnt den Vertrag ab.

21. November 1970

Barzel läßt offen, ob die CDU/CSU dem Vertrag zustimmen oder ob sie ihn ablehnen werde.

22. November 1970

In Bayern finden Landtagswahlen statt. Die FDP schneidet gut ab, was sie in ihrem ostpolitischen Kurs ermutigt.

25. November 1970

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertagt eine endgültige Stellungnahme zum Vertrag.

3. Dezember 1970

Das Bundeskabinett billigt den deutsch-polnischen Vertrag.

4. Dezember 1970

Die CDU/CSU verabschiedet einen Entschließungsantrag zur deutschen Polenpolitik.

7. Dezember 1970

Brandt kommt zur Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages in Warschau an. Gomułka lehnt eine Ratifizierung des Vertrages vor der des Moskauer Vertrages ab, was Brandt ursprünglich wünschte,

14.Dezember 1970

Ein Aufstand der polnischen Arbeiter führt zum Sturz Gomulkas.

22.Dezember 1970

Kanzleramtsminister Ehmke ist zu einem kurzfristig anberaumten Besuch in Washington, um deutsch-amerikanische Meinungsverschiedenheiten über die Ostpolitik beizulegen.

5.2. DIE RANDBEDINGUNGEN

5.2.1. DAS INTERNATIONALE SYSTEM IN DER ZEIT DER "ENTSPANNUNGSPOLITIK"

Wie wir bereits bei der Analyse der in sich widersprüchlichen, außenpolitischen Strategie von US-Außenminister Dulles sahen, führt die immanente Logik eines "Kalten-Kriegs"-Konfrontationssystems - will es nicht insgesamt in einer atomaren Selbstvernichtung zugrundegehen - zu einem verstärkten Ausbau von kooperativen Strukturen zwischen den Blöcken+Supermächten, allein schon deshalb, um eine allen schadende Auseinandersetzung zu verhindern.⁷⁶ Das war zumindest seit 1962 der Fall, als den Entscheidungsträgern der USA und der UdSSR in der Kuba-Krise die Gefährlichkeit ihrer bisherigen Strategien bewußt wurde. Dazu kam die zunehmende Bedeutung substantialistischer Dritter, wie den Blockfreien, den Entwicklungsländern und deren institutionellem Forum, der UN, die mit den traditionellen Kategorien des Kalten Krieges und der Ost-West-Auseinandersetzung nicht mehr zu erfassen waren und sind.

Kaplan zeigt modellartig die Tendenzen eines solchen Systemwandels vom (locker) bipolaren zum von ihm sogenannten Entspannungssystem auf; Durch den Konflikt- und Spannungsabbau zwischen den beiden Supermächten lösen sich demnach "die inneren Strukturen der beiden Blöcke auf. Einige sowjetische Satelliten benutzen günstige Gelegenheiten, um mit den westlichen Staaten Kontakte aufzunehmen. Die Spaltung innerhalb des Westblocks nimmt zu. Obwohl noch die meisten großen internationalen Streitfragen jeweils wieder Gruppierungen um die Sowjetunion bzw. die USA entstehen lassen, verlieren diese Bindungen mehr und mehr an Intensität. Und über manche Fragen herrscht zwischen der UdSSR und den USA sogar Einverständnis, während China oder ein oder mehrere westliche Staaten dazu im Gegensatz stehen."⁷⁷

Die Auflockerung und Entideologisierung der Bündnisse und die zunehmende Kooperation zwischen allen Staaten auch über die Grenzen der antagonistischen Gesellschaftssysteme hinweg eröffneten - verfolgt man die Funktionslogik des Kaplanschen Modells weiter - vermehrt Koalitionsmöglichkeiten und Differenzierungsprozesse zwischen den Staaten und damit zugleich auch vermehrt die Möglichkeit triadischer Beziehungen.

Ob diese "modellplatonistische" Schlußfolgerung auch Realitätsgehalt als einflußreiche Randbedingung für das Entstehen triadischer Beziehungen besitzt, soll u.a. auch durch die triadische Analyse der deutsch-polnischen Verhandlungen von 1970 beantwortet werden.

Dazu bedarf es jedoch zunächst noch - wie schon bei der Analyse der Taiwan/Quemoy-Krise - näherer Darlegungen zu den außenpolitischen Strategien der beteiligten Akteure.

5.2.2. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSEN- LAGE DER REGIERUNG BRANDT/SCHEEL

Nachdem sich die Ost- und Deutschlandpolitik der unter CDU-Führung stehenden Regierungen(z.T. auch inklusive der Großen Koalition) durch eine undifferenzierte Konfrontations-, Tabuisierungs- und Aufspaltungsstrategie gegenüber dem Ostblock festgefahren und sich auch gegenüber den entspannungspolitisch gesonnenen, westlichen Verbündeten weitgehend isoliert hatte, griff die im Oktober 1969 an die Macht gekommene, sozialliberale Koalition die entspannungspolitische Tendenz des internationalen Systems auf, um sie im deutschen Interesse zur Lösung des den westdeutschen, außenpolitischen Handlungsspielraum stark einengenden Problembereichs der Beziehungen zum Osten zu wenden.⁷⁸

Das Entspannungskonzept von Brandt und Bahr, wie sie es schon zu Beginn der sechziger Jahre als Reaktion auf die deutschland- und ostpolitische Stagnation infolge des Mauerbaus entworfen hatten und wie es dann modifiziert zu Beginn der siebziger Jahre durchgeführt wurde⁷⁹, sah vor, langfristig eine Annäherung, wenn nicht gar Konvergenz der Gesellschaftssysteme von Ost und West und eine Überwindung der Ost-West-Spannung zu bewirken, indem beide Seiten zunächst einmal zur aktuellen Friedenssicherung den territorialen und machtpolitischen status quo von Jalta als modus vivendi ,als Faktum, wenn auch nicht unbedingt als legitimes Faktum anerkennen, um ihn dann auf dieser Basis durch zahlreiche Maßnahmen, wie insbesondere intensiver politischer, ökonomischer, sozialer Kommunikationen, Kontakte und Verbindungen in Richtung auf eine Überwindung der europäischen und deutschen Spaltung und auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hin zu transformieren. Vor allem bei Bahr war dieses Konzept verbunden mit einem starken, nationalen, gesamtdeutschen Impetus: Er sah die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung nur im Rahmen dieses gesamteuropäischen

Entspannungsprozesses.⁸⁰

Als erster Schritt in diesem langfristig geplanten Prozeß sind die Verhandlungen und Verträge der Bundesregierung mit Moskau und Warschau zu verstehen, wie sie 1969/1970 geführt und abgeschlossen wurden. In ihnen anerkannte die Bundesrepublik den gegebenen territorialen status quo in Europa an, allerdings unter dem aus ihrem allgemeinen Konzept stammenden Vorbehalt einer langfristigen Änder- und Überwindbarkeit des status quo. Die Verträge führten zu einem Abbau der Spannungen zwischen der Bundesrepublik und den Warschauer-Pakt-Staaten, allerdings bargen sie zeitweise auch die Gefahr zunehmender Differenzen zwischen den Westdeutschen und den Amerikanern in sich, die den kleineren Verbündeten zuweilen nationaler Alleingänge mit dem Bündnisgegner auf Kosten der anderen Bündnispartner verdächtigten.⁸¹ Darüberhinaus barg die sozialliberale Strategie, - als einem Element der Anerkennung des status quo - vor allem und primär mit der Ostblockhegemonialmacht UdSSR zu verhandeln, um über den deutsch-sowjetisch vereinbarten Hebel sowjetischer Pressionen gegen Polen und die DDR besser westdeutsche Interessen gegenüber den osteuropäischen Staaten durchsetzen zu können, die Gefahr latenter und manifester Konflikte zwischen der BRD, der UdSSR und den betroffenen, osteuropäischen Staaten. Aber Bahr wußte Gromyko während der Moskauer Vorgespräche schmachhaft zu machen, daß es gemeinsame westdeutsch-russische Interessen gibt, vor allem, was die Weiterexistenz von Deutschland als ganzem betrifft, womit die UdSSR ihre Mitspracherechte in deutschen Angelegenheiten (auch gegenüber der DDR) legitimieren konnte, womit aber auch andererseits die Bundesregierung das Offenhalten einer endgültigen Regelung des innerdeutschen und des Oder-Neiße-Grenz-Problems rechtfertigte. Diesem westdeutsch-sowjetischen Interessenkalkül mußten sich die anderen Ostblockstaaten letztendlich beugen - wenn nicht, hatte

der jeweilige Ostblockführer seinen Hut zu nehmen - wie Ulbricht.

In der allerersten Phase der neuen Ostpolitik war es jedoch vorerst einmal notwendig, um überhaupt mit dem Osten ins Gespräch zu kommen, gewisse Vorleistungen ihm gegenüber zu machen, so insbesondere die vom Osten immer wieder verlangte Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, die staats-, nicht völkerrechtliche Anerkennung der DDR, den Einbezug der DDR in den europaweiten Prozeß des peaceful engagement, den Verzicht auf den gesamtdeutschen Vertretungsanspruch sowie die positive Beurteilung des vom Ostblock seit langem vorgeschlagenen Planes einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz. Nur auf einer solchen Basis neu geschaffenen Vertrauens konnte überhaupt über die "hard ware" kontrovers verhandelt und den Ostblockstaaten Konzessionen abgehandelt werden, vor allem in der Oder-Neiße-Grenzfrage, hinsichtlich der innerdeutschen Beziehungen sowie hinsichtlich der Stellung Berlins.

5.2.3. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSEN-
LAGE DER VEREINIGTEN STAATEN UNTER NIXON UND
KISSINGER

Die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten, wie sie die USA zum Ende der sechziger Jahre zunehmend erleben mußten(Vietnam-Krieg, Rassenunruhen),brachten eine partielle Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik mit sich: Die USA beendeten mit der sog. Nixon-Doktrin ihr globales Überengagement, sie waren bestrebt, stattdessen die Selbstverteidigungsfähigkeit und -willigkeit ihrer Verbündeten zu fördern, und versuchten zugleich, zur Entlastung der Fronten zu einem weltweiten, entspannungspolitischen Interessenausgleich und Kondominium mit der UdSSR zu kommen.⁸³

Der von den USA intendierten, vor allem politischen und ökonomischen,"pentagonalen" Pluralisierung des internationalen Systems, der Herausbildung von relativ selbständigen, regionalen Subsystemen (Japan, Europa, China) unter der Kontrolle des amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus entsprach die schon in der Zeit der Großen Koalition zaghaft eingeleitete und seit 1969 forciert vorangetriebene Neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel, durch die die Bundesrepublik unnötige, nur amerikanisches und deutsches Engagement verschleißende Konfliktherde in Mitteleuropa (Berlin, Grenzfrage, DDR) aus der Welt schaffte und damit einen größeren, außenpolitischen Spielraum gewann.

Aber gerade dieser - aus der internationalen Pluralisierung folgende - größere außenpolitische Spielraum war es, der das Mißtrauen der westlichen Führungs- und Hegemonialmacht gegenüber der von ihr militärisch abhängigen Bundesrepublik erregte. Denn obwohl die westdeutsche Ost- und Polenpolitik mit der allgemeinen Tendenz der amerikanischen Außenpolitik harmonisierte, nicht nur hinsichtlich der Bildung regionaler Subsysteme, sondern auch hinsichtlich des Ausgleichs mit dem Ostblock

(Nixon: "Ära der Verhandlungen") und obwohl die USA die Ostpolitik offiziell unterstützten (Nixon ermutigte Brandt zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze), traten bei der Realisierung der deutschen Ostpolitik trotz ständiger bilateraler und multilateraler Konsultationen latente Spannungen zwischen den USA und der BRD auf. Bedenken gegenüber der Ostpolitik kamen vor allem vom einflußreichen Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, H.A. Kissinger, und vom US-Verteidigungsminister M. Laird. Dagegen standen der allerdings immer mehr in den Hintergrund gedrängte amerikanische Außenminister Rogers sowie überhaupt das Departement of State - bis auf M. Hillenbrand - der Brandt/Scheelschen Außenpolitik weitgehend positiv gegenüber⁸⁴, sieht man einmal ab von den Anfangsschwierigkeiten einer Gewöhnung an die neue Regierung der sozialliberalen Koalition, deren Kanzler dazu noch Sozialdemokrat oder gar Sozialist war.⁸⁵ Nixon selbst interessierte sich nur am Rand für die deutsche Ostpolitik, wodurch Kissinger um so mehr an Gewicht gewann.

Kissinger erkannte zwar an, es sei "Brandts historisches Verdienst (gewesen)", daß er die Deutschland aufgezwungenen Belastungen und Ängste auf sich genommen hat", wenn er auch sofort hinzufügt, daß er (Kissinger) nicht "sofort zu dieser Einsicht gelangt" sei⁸⁶. Wohl hat Kissinger auch nichts gegen eine deutsch-polnische und deutsch-sowjetische Normalisierung gehabt - das explosive Konfliktgebräu in Mitteleuropa belastete ja auch die Vereinigten Staaten; auch hatte schon der frühere, amerikanische Außenminister Dulles, zur Ermutigung nationalkommunistischer Bestrebungen in Polen, 1956 die damalige Bundesregierung zu einer Aufgabe der deutschen Ostgebiete sowie dazu gedrängt, diplomatische und verstärkt wirtschaftliche Beziehungen zum Nachbarn Polen zu knüpfen⁸⁷.

Kissinger hatte aber einiges gegen das Procedere und die möglichen Konsequenzen der ostpolitischen Verhandlungen der Bundesrepublik einzuwenden, was vor allem die Bahr/Gromyko-Gespräche und die Berlin-Verhandlungen betraf, die allerdings mit den Polen-Verhandlungen eng zusammenhingen. Kissinger befürchtete, der bilaterale Charakter der Verhandlungen der Bundesrepublik mit dem Osten könne, geschickt gefördert durch eine sowjetische Politik der selektiven, auf Westeuropa beschränkten Entspannung, den deutschen Nationalismus revitalisieren und zu einer schleichenden Entfremdung der Bundesrepublik von der Nato führen - einem Prozeß, der sich z.T. zu automatisieren droht und daher von der nicht anti-amerikanisch gesonnenen Bundesregierung Brandt/Scheel nicht mehr zu steuern ist.

Kissinger suchte mit mehreren Druckmitteln die deutsche Ostpolitik zu beeinflussen, u.a. über die alliierten Vorbehaltsrechte für Deutschland als ganzes sowie über die alliierten Vier-Mächte-Verhandlungen über den Status von Berlin, deren erfolgreicher Abschluß ja von der Bundesregierung selbst als Voraussetzung für die Ratifizierung der Ostverträge betrachtet wurde.

Die USA sahen in der deutschen Ostpolitik nur ein Element ihrer globalen package-deal-Ausgleichsverhandlungen mit der UdSSR und funktionalisierten sie in diesem Rahmen z.B. als Mittel, die Sowjetunion mit der Drohung einer durch ein Scheitern der Berlin-Verhandlungen bewirkten Nicht-Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages zu Konzessionen in Vietnam zu zwingen.⁸⁸

Es bestand demnach ein objektiver Interessenunterschied zwischen Bonn und Washington, wie Willy Brandt in seinen Erinnerungen bestätigt: Für die Bundesrepublik bedeutete "Ostpolitik im wesentlichen die Vereinbarung genereller Gewaltverzichtsverträge". Die USA standen aber " vor dem weitaus komplizierteren Problem, einen modus

vivendi für Berlin zu finden."⁸⁹ Diese deutsch-amerikanische Differenz wurde noch dadurch verschärft, daß "Verglichen mit der Substanz - und den zur Debatte stehenden Gefahren - der (amerikanisch-sowjetischen, J.B.) Détente-Gespräche... die West-Berliner Probleme in den Augen manchen Akteurs (der Berlin-Verhandlungen, J.B.) nicht ein gleiches Gewicht beanspruchen" konnten.⁸⁹ Am latenten deutsch-amerikanischen Dissens des Jahres 1970 zeigt sich ein allgemeines Problem von Bündnissen zwischen einer Welt- und einer Mittelmacht überhaupt: Nicht nur, daß die eine eher global und die anderen eher regional orientierte Interessen vertritt, kann zum Konfliktherd werden; nicht minder sensibel ist die Tatsache, daß - im Fall der neuen Ostpolitik - ein untergeordnetes Bündnismitglied bilaterale Verhandlungen mit den Staaten aufnahm, gegen die sich das Bündnis wandte. Das mußte notwendig Mißtrauen erzeugen⁹⁰, das durch das Rapallo-Trauma des Westens verstärkt wurde, der Furcht nämlich vor einem Zusammengehen von Deutschland und der Sowjetunion. Dabei meinten die Amerikaner jedoch, machtpolitisch ignorieren zu können, daß gerade die durch die Brandtsche Ostpolitik erfolgte und auch von den USA prinzipiell unterstützte Ausklammerung und Stillegung der deutschen Frage, die Klärung des Verhältnisses der Bundesrepublik zum Osten überhaupt sowie der damit notwendig wachsende außenpolitische Spielraum der Westdeutschen eine Voraussetzung für den langfristigen Erfolg der sowjetisch-amerikanischen Entspannung war. Unter diesem allgemeinen Vorbehalt kann die Strategie der USA gegenüber der Brandt/Scheelschen Ostpolitik als durchaus unterstützend und kooperativ bezeichnet werden.

5.2.4. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIEN UND INTERESSEN- LAGEN VON GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH

Großbritannien und Frankreich hatten als Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges alliierte Vorbehaltsrechte inne, was Deutschland als ganzes betraf. Diese Rechte gaben ihnen auch die Legitimation zur Mitsprache in Fragen der deutschen Ostpolitik.

England nutzte diese Gelegenheit so gut wie gar nicht: Als Folge des britischen Bestrebens, sowohl die guten alten Beziehungen zu den USA aufrechtzuerhalten, als auch in Konsequenz der Abwendung vom Commonwealth Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden zu wollen (was ein Verprellen des diesbezüglich wichtigen Mitgliedslandes Bundesrepublik nicht ratsam erscheinen ließ), ging es mit der weitgehend befürwortenden Einstellung der USA und der Bundesregierung gegenüber der neuen Ostpolitik konform.

Demgegenüber brachte Frankreich aufgrund seiner traditionell guten Beziehungen zu Polen und seiner von ihm seit de Gaulle beanspruchten, ostpolitischen Vorreiterrolle in der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten eine von der westdeutschen z.T. divergierenden, polenpolitischen Meinung zum Ausdruck, die vor allem wegen der traditionell guten, polnisch-französischen Beziehungen schon seit den zwanziger Jahren die polnische Position gegenüber der Bundesrepublik zu stützen versuchte - allein schon deshalb, um Deutschland nicht zu stark werden zu lassen.

Frankreich fühlte sich immer als stiller Schutzpatron des ostpolitischen Zwischenraumes, des romanischen Rumäniens und des katholischen Polens vor allem, vor deren aggressiven Nachbarn Deutschland und Rußland. de Gaulle und in seiner Nachfolge modifiziert Pompidou integrierten dieses Element in ihr Konzept einer Neuordnung der europäischen Staatenwelt, das infolge eines

insbesondere von Frankreich voranzutreibenden Ost-West-Entspannungsprozesses und infolge einer daraus resultierenden Auflösung der Blöcke eine Emanzipation der west-, mittel- und osteuropäischen Staatenwelt von den beiden Supermächten und deren autonome Organisation im Rahmen eines traditionellen, gleichgewichtigen "Konzerts der Mächte" erwartete - allerdings, so hofften die Gaullisten, unter der informellen Führerschaft der französischen Nation, die bereits jetzt über privilegierte Beziehungen sowohl zu den USA als auch zur UdSSR verfügen und damit quasi eine Vermittlerfunktion zwischen Ost und West zu übernehmen prädestiniert sei.

Insgesamt gesehen, kann jedoch gesagt werden, daß der Einfluß der französischen und der englischen Regierungen auf den innerdeutschen Entscheidungsprozeß eher peripher war.

5.2.5. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSENLAGE DER SOWJETUNION

Grundmotivation und Grundkonzept der außenpolitischen Strategie der UdSSR hatten sich im wesentlichen auch nach Chruschtschows Ablösung durch Breschnew und Kossygin nicht geändert. Es sei daher hier nur auf die Ausführungen zum Prinzip der friedlichen Koexistenz im Kapitel 4.2.2. verwiesen. Der sowjetische Wille zu einem Interessenausgleich mit dem kapitalistischen Westen hatte sich vielmehr noch verstärkt 1.durch die "offene" Ostflanke der UdSSR infolge des innerkommunistischen, russisch-chinesischen Schismas, und 2.durch die sozioökonomischen Schwierigkeiten, unter denen das Sowjetimperium litt und die z.T. nur durch den Technologie- und Innovationsimport aus dem Westen zu beheben waren.

Zur Realisierung dieser ihrer Ziele war die sowjetische Führung sogar bereit, Interessen ihrer osteuropäischen Verbündeten zu opfern, z.B. in den Verhandlungen mit der Bundesrepublik das ostdeutsche Interesse an einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR seitens der BRD, oder z.B. das polnische Interesse an einer endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht nur seitens der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch schon vorweg seitens eines zukünftig evt. wiedervereinigten Deutschlands.

Vor dem Hintergrund dieses Interessenkalküls begrüßte die Sowjetunion die neue Ostpolitik von Brandt, Scheel und Bahr.

5.2.6. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSEN- LAGE DER VOLKSREPUBLIK POLEN

Die VR Polen hatte zwei wesentliche Interessen, die sich aus ihren geschichtlichen Erfahrungen ergaben, die sich aber auch z.T. widersprachen und konterkarierten⁹¹:

1. Nach vier polnischen Teilungen hatte die Sicherung der territorialen Integrität des Staates in den gegebenen Grenzen absolute Priorität. Nachdem die Teilungen u.a. durch Einigungen der Nachbarn Polens(insbesondere von Preußen/Deutschland und von Rußland,bzw. der UdSSR) gegen eben dieses Polen ermöglicht wurden, waren die Polen natürlicherweise bestrebt, solche Einigungen über ihren Kopf hinweg zu verhindern(Stichwort: Rapallo-Komplex). Da das - wie die Zwischenkriegszeit gezeigt hatte - durch ein Pendeln zwischen den großen Nachbarn oder durch eine Anlehnung an das ferne Frankreich und Großbritannien nicht möglich war, blieb nach 1945 nur noch der Ausweg, eine der beiden, großen Nachbarn zur Schutzmacht zu nehmen.

Dieses Kalkül, die gesellschaftspolitische und ideologische Ausrichtung des kommunistischen Nachkriegsregimes in Polen sowie die machtpolitischen Tatsachen im Europa nach 1945 brachten eine enge Anbindung Polens an die UdSSR mit sich. Umgekehrt hatte das eine scharfe Abgrenzung von der anderen ehemaligen Teilungsmacht, nämlich von dem zudem durch den Nationalsozialismus diskreditierten Deutschland, zur Folge, und zwar aus ideologischen und bündnispolitischen Gründen nur von dessen westlichem Nachbarstaat.

Allerdings sollte die auch nationalpolitische und nationalkommunistische Motivation dieser Orientierung nicht unterschätzt werden. Ohne sie könnten die latenten Konflikte zwischen Polen und der UdSSR nicht erklärt werden, Konflikte, wie sie z.B. auftraten, als das über die Polen hinweg betriebene fait accompli zwischen Gromyko und Bahr hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze bekannt wurde.

Damit kommen wir zum zweiten wesentlichen Interesse Polens, nämlich dem an nationaler Souveränität und Unabhängigkeit, das bei den Polen (auch den Kommunisten) infolge der Teilungen und infolge der langjährigen Liquidation der nationalen Existenz besonders ausgeprägt war. Dieses Nationalinteresse gebot eine tendenzielle Lösung von der übermächtigen Sowjetunion, indem Kontakte zum Westen aufgenommen wurden, insbesondere zur Bundesrepublik, mit der die noch offene Grenzfrage zu klären war. Diesem Ziel dienten auch die deutsch-polnischen Verhandlungen von 1970. Eine Reduktion der Konflikte zur Bundesrepublik war die Folge und Voraussetzung.

Das polnische Nationalinteresse hatte aber auch eine gewisse Halsstarrigkeit der Polen während der Verhandlungen zur Folge, die daraus resultierte, daß die Polen für den Warschauer Vertrag mehr durchsetzen wollten, als im Moskauer Vertrag bereits statuiert war. U.a. deshalb wurden die Verhandlungen im September 1970 um einen Monat verschoben.

5.2.7. DIE AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSEN-
LAGE DER "DDR"

Die DDR unter Ulbricht befürchtete in einem polnisch-westdeutschen und sowjetisch-westdeutschen Bilateralismus eine Preisgabe und Opferung ihrer Interessen auf dem Altar der Entspannung - nicht zu Unrecht, wie der Verzicht des Ostblocks auf die Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR sowie das sowjetische Einverständnis mit der völkerrechtlichen Weiterexistenz von Deutschland als ganzem zeigt. Ulbricht versuchte daher, die Ausgleichsbemühungen Polens und der UdSSR gegenüber der Bundesrepublik zu hintertreiben, indem er auf den alten Forderungen beharrte und die Polen und Russen auf sie festzunageln bestrebt war, indem er die innerdeutschen Verhandlungen erschwerte. Er nahm dafür Konflikte sowohl im Westen als auch im Osten in Kauf. Er scheute selbst nicht eine internationale Isolierung. Letztendlich mußte er dafür aber mit seinem Sturz und seiner Ersetzung durch Honecker zahlen.

5.2.8. AUSSENPOLITISCHE STRATEGIE UND INTERESSENLAGE DER CDU/CSU-OPPOSITION

Da der analytische Fokus dieser Untersuchung die Akteure begrifflich nicht nach der traditionellen Differenzierung in Innen- und Außenpolitik unterscheidet, sondern nach ihrer Bedeutung für drittfunktionale Beziehungen, ist es möglich und sinnvoll, auch die westdeutsche Oppositionspartei von 1970, nämlich die CDU/CSU, in die Analyse als potentielle Drittfunktion mit einzubeziehen. Denn die damalige Opposition war nicht ohne Einfluß, da die knappe und zunehmend durch dissentierende FDP- und SPD-Bundestagsabgeordnete erodierende Bundestagsmehrheit der sozialliberalen Koalition die Regierung zumindest zeitweise und partiell zu einer Kooperation mit der Opposition und zur Berücksichtigung deren Forderungen zwang. Zudem verfügte die CDU/CSU-Prominenz aus ihrer Zeit ihrer Regierungsmitgliedschaft über ausgezeichnete Beziehungen zu den westlichen Verbündeten, insbesondere dann, wenn, wie in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, aber in Frankreich, Konservative an der Macht waren.

Obwohl die CDU/CSU nach der für sie überraschenden Wahlniederlage eher konfus, orientierungslos und in der Taktik gespalten reagierte, läßt sich doch insgesamt eine außenpolitische Strategie der Partei herauspräparieren. Diese war noch stark geprägt vom traditionellen, von Adenauer stammenden, allerdings den Zeitläuften angepaßten, außenpolitischen Konzept.

Dessen Ziele umschreibt Hanrieder mit sechs Komponenten: 1. Sicherheit und Prosperität, womit der sicherheits- und wirtschaftspolitische Aspekt erfaßt wird. 2. Autonomie und Integration, die sich "auf das Spannungsverhältnis zwischen Souveränität und westeuropäischer Eingliederung" beziehen.⁹² 3. "Traditionelle Wiedervereinigung und einseitige Westorientierung meinen schließlich nationalstaatliche Wiedervereinigung ohne aktive, eigenständige Ostpolitik."⁹³

Während es der von der CDU/CSU geführten Außenpolitik gelang, die Bundesrepublik als einflußreichen Partner wieder in die Staatengemeinschaft des Westens einzuführen, war - z.T. als Folge und Kehrseite der Dominanz dieser Westpolitik - die deutsche Ostpolitik dieser Zeit unterentwickelt. Das gilt auch für die Adenauersche "Politik der Stärke gegenüber dem Osten". Ebenso verfangen sich die wenigen Ansätze einer aktiveren Ostpolitik, wie sie vom christdemokratischen Außenminister Schröder praktiziert wurden, in ihren eigenen, inneren Widersprüchen. Dieser Versuch, unter Umgehung der DDR und z.T. der Sowjetunion enge Kontakte mit den osteuropäischen Staaten zu knüpfen⁹⁴ mußte scheitern, weil der Ostblock das als einen Ansatz, in sein Lager einen Keil zu treiben, interpretierte. Die Schrödersche Ostpolitik kam nicht über die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblockländern hinaus.

Es zeigte sich nunmehr deutlicher: Ein Ausgleich mit dem Osten war nur möglich, wenn vorher die offenen Fragen gelöst werden würden, wie da sind: Oder-Neiße-Grenz-Linie; staats- und völkerrechtlicher Status der DDR; Stellung von Westberlin; Regelung von Folgeproblemen aus dem Münchener Abkommen. Ein Beharren auf dem von der CDU/CSU eingenommenen, legalistischen Standpunkt (z.B. Weiterexistenz von Deutschland in den Grenzen von 1937) half da nicht weiter. Anstatt aber an das Aufschneiden dieses Problempakets heranzugehen, wurde es zunächst noch einmal verkompliziert: durch das Zögern der CDU/CSU, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Daran konnte auch die SPD in der Zeit ihrer Mitregentschaft während der Großen Koalition nichts ändern.

Am klarsten brachte noch F.J. Strauß, wenn auch überpointiert, das außenpolitische Konzept der CDU/CSU auf den Begriff, sieht man von seiner Frankophonie ab: Durch ein bundesstaatlich geeintes, wirtschaftlich und militärisch starkes, atomar bewaffnetes und von den USA unterstütztes Westeuropa als der zweiten Großmacht innerhalb der Nato sollte - so Strauß - die Sowjetunion evt.

mit Hilfe Chinas unter Druck gesetzt werden, sodaß sie sowohl einer deutschen (wenn auch nicht unbedingt nationalstaatlichen) Wiedervereinigung im Rahmen einer europäischen Friedensordnung als auch einer Befreiung der osteuropäischen Staaten aus dem kommunistischen Herrschaftsbereich stattgeben würde. Um eine solche, als gewaltlos prätendierte Revision des europäischen status quo durchsetzen zu können, durften jedoch die deutschen Rechtsansprüche auf Wiedervereinigung des deutschen, territorialen Bestandes in den Grenzen von 1937 nicht aufgegeben werden, denn es galt, sie gegenüber der Ostblockvormacht Sowjetunion stets einklagen zu können, damit die Wiedervereinigung (wenn eine für den Westen günstige, machtpolitische Konstellation gegeben ist) der Realisierung näher gebracht und die Frage der Oder-Neiße-Grenze als Faustpfand in eine allgemeine friedensvertragliche Regelung seitens der Bundesrepublik eingebracht werden konnte. Das um so mehr, als Strauß die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit durch die moralische Schuld der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht belastet sah: "Man muß zwei Dinge unterscheiden: die volle Anerkennung der Fehler und Verbrechen der deutschen Politik in der Vergangenheit und eine normale, nüchterne und vernünftige politische Einstellung gegenüber den gegenwärtigen und künftigen Aufgaben Deutschlands".⁹⁵

Dem außenpolitischen Programm der CDU/CSU widersprach die Brandt/Scheelsche Entspannungspolitik, die Entspannungspolitik überhaupt in nahezu allen Punkten, denn Entspannung zwischen den westlichen Demokratien und der generell aggressiven, kommunistischen Diktatur, zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft sei - so Strauß - letztendlich nicht möglich und wenn, dann nur in der Form eines amerikanisch-sowjetischen Kondominiums über und zu Lasten Europas, wie es Strauß schon ansatzweise im Atomwaffensperrvertrag ("Super-Versailles") verwirklicht sah. Strauß: "Wir dürfen uns nicht die Fesseln einer so-

genannten Entspannungspolitik der Atomweltmächte anlegen lassen, die den Zustand der europäischen und damit der deutschen Teilung zwangsläufig erhalten müßte." 96

Entspannung war für Strauß und die Mehrheit der CDU/CSU potentielle Verzichtspolitik, sieht man von CDU-Außenseitern wie z.B. R.v.Weizsäcker ab.

So konzis das Straußsche Programm auf den ersten Blick erscheinen mag, so war es doch nicht frei von inneren Widersprüchen, so z.B. in der Frage der Oder-Neiße-Grenzlinie, die Strauß - mit Blick auf die Vertriebenenverbände und die rechte Wählerschaft der CDU/CSU - nicht anerkennen will, obwohl er andererseits die Polen durch eine vom Westen geförderte Stimulierung deren national-kommunistischer Bestrebungen aus dem sowjetischen Imperium herauszulösen beabsichtigt, um sie für den Westen zu gewinnen, worauf die Polen sich aber sicherlich, wenn überhaupt, nicht ohne Grenzankennung einlassen würden. Mit diesem politischen Konzept gerieten die Christdemokraten nicht nur in einen Gegensatz zur sozialliberalen Bundesregierung und zum Ostblock, sondern auch zu den konservativen Regierungen des Westens, die ja auch Entspannungspolitik mit dem Osten trieben, wenn sie sich auch konzeptionell von der Brandt/Scheelschen unterschieden. Die Folge war, daß sich die CDU/CSU national und international immer mehr isolierte, wie sich dann vor allem bei der christdemokratischen Ablehnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki zeigen wird.

5.3. INTERPRETATION DER DEUTSCH-POLNISCHEN VERHANDLUNGEN VON 1970 UNTER DEM ASPEKT TRIADISCHER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN BETEILIGTEN AKTEUREN

Nach der oben gegebenen, funktionalen Definition des Dritten sind triadische Beziehungen mit jeweils einer analytisch hervorgehobenen Drittfunktion im Falle der deutsch-polnischen Verhandlungen in folgenden Akteurskonstellationen rein logisch möglich. Es werden nur solche Kombinationen aufgenommen, in denen zumindest einer der beiden direkt beteiligten Akteure, nämlich Polen oder die Bundesrepublik, vorkommt, Andernfalls würde die Zahl rein logisch möglicher Kombinationen stark ausgeweitet werden, ohne daß ihnen ein empirischer Gehalt entspräche. Aber auch in diesem Rahmen soll unter den rein möglichen Kombinationen die ausgewählt werden, bei denen wahrscheinlich ein fruchtbares Ergebnis erwartet werden kann. Das gebietet allein der nur begrenzt zur Verfügung stehende Platz. Daher werden nur die Triadenkonstellationen der vier Hauptakteure: BRD, Polen, UdSSR und USA ausführlich dargestellt, die anderen Akteure nur insoweit, wie es heuristisch sinnvoll ist. (Der Grad der drittfunktionalen Strukturierung des internationalen Systems wird dann hier auch nur, wie schon bei der Analyse der Quemoy/Taiwan-Krise, mit den Kombinationen der vier Hauptakteure berechnet.)

		Drittfunktion
BRD	Polen	UdSSR
BRD	UdSSR	Polen
UdSSR	Polen	BRD
BRD	Polen	USA (Westmächte)
BRD	USA (Westmächte)	Polen
Polen	USA (Westmächte)	BRD
USA (Westm.)	UdSSR	BRD
BRD	USA (Westmächte)	UdSSR
UdSSR	BRD	USA (Westmächte)

		Drittfunktion
Polen	USA (Westmächte)	UdSSR
Polen	UdSSR	USA (Westmächte)
USA (Westm.)	UdSSR	Polen

Polen	UdSSR	DDR
Polen	DDR	UdSSR
DDR	UdSSR	Polen
Polen	BRD	DDR
BRD	DDR	Polen
Polen	DDR	BRD
Polen	CDU/CSU	BRD (Bundesregierung)
BRD (Bundesr.)	Polen	CDU/CSU
CDU/CSU	BRD (Bundesregierung)	Polen

Die beteiligten Akteure lassen sich nach den oben gegebenen, begrifflichen Abgrenzungen wie folgt klassifizieren:

USA und UdSSR als Supermächte;

BRD, DDR und VR Polen als Mittelmächte mit regionalem Aktions-, Einsatz- und Einflußbereich in West-, bzw. Osteuropa, den sie allerdings nur in Kooperation mit anderen Akteuren auszunutzen vermögen.

Im folgenden sollen, wie schon bei der Analyse der Taiwan-Quemoy-Krise, die triadischen Beziehungen zwischen den oben genannten Akteuren näher beschrieben werden, um daraus Folgerungen generellerer Art für die Fragestellung zu ziehen. Dabei soll auch das spieltheoretische Instrumentarium herangezogen werden.

5.3.1. DIE TRIADE BRD - POLEN MIT DER DRITTFUNKTION UDSSR

Das Verhältnis Polens zur Bundesrepublik Deutschland war durch eine eigenartige Ambivalenz gekennzeichnet: Einerseits von einer ideologisch und historisch bedingten Aggressivität gegen das kapitalistisch wiedererstandene Westdeutschland, dem polnische-seits in den 50er und 60er Jahren, der Hochzeit antikapitalistischer Propaganda, zuweilen sogar die Nachfolgerrolle des nationalsozialistischen Deutschland zugeschrieben wurde. Der Konflikt wurde verschärft durch die ungelöste Grenzfrage und durch die deutschen Minderheiten in Polen, deren regimefeindliche Außensteuerung seitens der Deutschen die Polen stets befürchteten, seitdem sie diesbezügliche Erfahrungen mit dem Weimarer und dem Hitler-Deutschland machen mußten. Verschärfend wirkte auch die ungeschickte Polenpolitik der CDU/CSU-Regierungen der Nachkriegszeit, die die Angebote des polnischen Außenministers Rapacki zu einem Ausgleich unter noch günstigeren Bedingungen als 1970 in den Wind schlugen.

Das war die eine Seite.

Die andere Seite war das Bestreben der Polen nach einem Übereinkommen mit der Bundesrepublik, um ihre "offene Westflanke" derart zu schließen, da sie durch sie, solange sie offen war, unabdingbar in die Arme der Sowjetunion als ihrer Schutzmacht getrieben wurde. Das widersprach aber dem polnischen Verlangen nach möglichst großer Souveränität und Unabhängigkeit. Daher waren auch die Polen an den deutsch-polnischen Verhandlungen interessiert. Von der Bundesrepublik aus gesehen stellte sich das Verhältnis zu Polen ähnlich ambivalent dar: Zwar schlug auch hier die allgemeine ideologische und machtpolitische Konfrontation zwischen den Blöcken auf die bilaterale Beziehung durch, zudem wurde sie verschärft durch das Grenzproblem. Allerdings wurde diese Konfrontation gemildert durch das deutsche Bewußtsein der Schuld gegenüber dem polnischen Volk, das unter der nationalsozialistischen

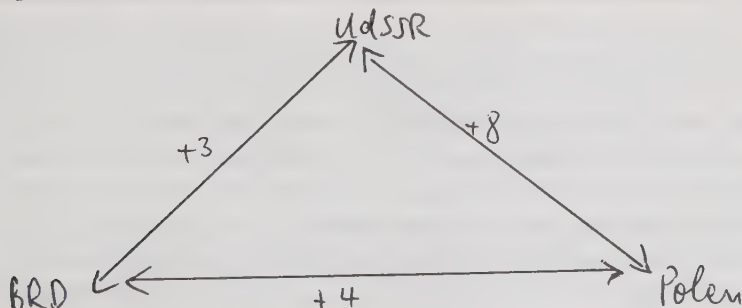
Besatzung besonders stark gelitten hatte, wie es dann auch indirekt in der Präambel des Warschauer Vertrages vom 7.12.1970 zum Ausdruck gebracht wurde.

Darüberhinaus war auch die Bundesrepublik, insbesondere seit der Regierung Brandt/Scheel, an einer Vergrößerung ihres Handlungsspielraumes interessiert, der bisher durch die ungelösten, deutschen Fragen stark eingeengt war und durch deren Lösung erweitert werden konnte und sollte. Die deutsch-polnische Beziehung ist wegen ihres Doppelcharakters nach unserer Konflikt-Konsens-Skals nur schwer einzuordnen. Beschränkt man die Klassifikation aber auf das Jahr 1970 und damit auf das Jahr der damals zentralen deutsch-polnischen Verhandlungen, so ist es einigermaßen präzise möglich, nämlich als "gute wirtschaftliche und politische Beziehungen" (Wert:4), die "mehr" ist als das deutsch-sowjetische Verhältnis (Wert:3), da hier die oben aufgezeigten, speziellen, außenpolitischen Interessen Polens und Deutschlands relevant werden.

Wie wirkte nun auf diese Beziehung die Drittfunktion der UdSSR?

Zu Polen stand die UdSSR - trotz aller Differenzen - in einem Bündnisverhältnis mit starken ideologischen Gemeinsamkeiten (Wert:8), zur Bundesrepublik im Verhältnis friedlicher Koexistenz (Wert:3), zumal nach Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition.

Graphisch läßt sich diese Triade so veranschaulichen:



Die Bedeutung der Drittfunktion UdSSR auf die deutsch-polnischen Beziehungen des Jahres 1970 kann am besten anhand des folgenden Fallbeispiels aufgezeigt werden: Als am 12. Juni 1970 während der deutsch-polnischen Verhandlungen die Bild-Zeitung infolge einer Indiskretion das geheime, sogenannte Bahr-Papier aus den Moskauer Vorgesprächen zwischen Bahr und Gromyko veröffentlichte, reagierte die polnische Regierung empört und betroffen,⁹⁸ da im Bahr-Papier und durch die deutsch-sowjetischen Gespräche überhaupt die Formel zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze - eine originär polnische Angelegenheit - bereits präjudiziert zu sein schien. Alte Rapallo-Angste und ein dementsprechendes Konfliktverhalten wurden bei den Polen geweckt, sie fühlten sich durch den deutsch-sowjetischen Bilateralismus überspielt. Nur eine energische Intervention der UdSSR gegenüber den Polen verhinderte, daß diese die Verhandlungen abbrach oder zumindest unterbrach. Nicht nur in diesem Fall war die UdSSR daran interessiert, den u.a. von ihr mitinitiierten Entspannungsprozeß nicht durch einen deutsch-polnischen Eklat gefährden zu lassen.

Die Drittfunktion reduzierte also - gefördert durch eine kooperative, außenpolitische Strategie - den bilateralen Konflikt und ermöglichte die Fortsetzung der Verhandlungen z.T. mit dem Mittel direkter Interventionen.

5.3.2. DIE TRIADE BRD - UDSSR MIT DER DRITTFUNKTION POLEN

Das Neue am außenpolitischen Konzept von Brandt, Bahr und Scheel bestand darin, nicht mehr wie noch CDU-Außenminister Schröder zu Beginn der 60er Jahre Ostpolitik unter Umgehung Moskaus und Ostberlins zu betreiben, sondern mit allen osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion zugleich zu verhandeln - allerdings unter ein-

deutiger Respektierung der sowjetischen Blocksuprematie, indem mit der UdSSR die Verhandlungen zeitlich etwas früher als mit Polen und der DDR begonnen wurden. Dadurch konnte im deutsch-sowjetischen Einvernehmen den anderen Ostblockstaaten - zu deren Leidwesen - Vorgaben für ihr Verhältnis zur Bundesrepublik gemacht werden. Das deutsch-sowjetische Einvernehmen beruhte im wesentlichen auf dem Interesse der UdSSR an dem aus den alliierten Nachkriegsrechten stammenden Mitsprachemöglichkeiten über Deutschland als ganzes und dem gleichgelagerten, westdeutschen Interesse an einer Aufrechterhaltung dieser alliierten Kontrollrechte, um derart die Rechtsfiktion eines Deutschland als ganzem weiterhin statuiert zu sehen als Voraussetzung der Unmöglichkeit einer endgültigen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR als auch der Unmöglichkeit einer endgültigen Regelung der Oder-Neiße-Grenzlinie.

Dieses deutsch-sowjetische Einvernehmen war insbesondere von den Westdeutschen her fundiert im Interesse an einer Abwehr weitergehender Forderungen der Polen, die als Drittfunktion damit - ungewollt - konsensfördernd wirkten(qua Aktion, um die Kategorien unserer Drittfunktionswirkungstypologie wieder aufzugreifen).

Was allerdings durch den deutsch-sowjetischen Bilateralismus konflikthaltiger wurde, waren die deutsch-polnischen Verhandlungen, die deshalb sogar , u.a. auch wegen Forderungen der Polen, die über die Regelungen des Moskauer Vertrages hinausgingen, im September um einen Monat verschoben werden mußten.

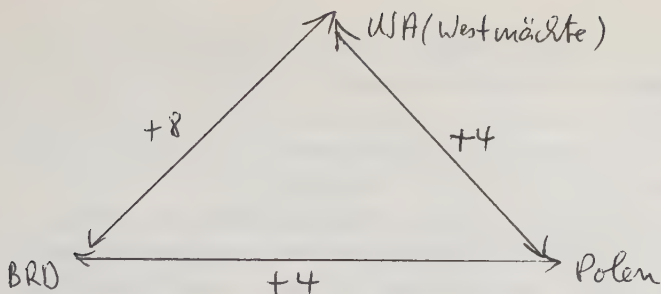
5.3.3. DIE TRIADE UDSSR - POLEN MIT DER DRITTFUNKTION BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Das Verhältnis von UdSSR und Polen ist einerseits durch enge ideologische Bündnispartnerschaft gekennzeichnet, andererseits aber auch durch das starke Machtgefälle zwischen einer Supermacht und einer Mittelmacht. Das Verhältnis ist daher als konsensual zu bezeichnen mit latent konflikthaftern Momenten. Die Drittfunktion stärkt beide Momente qua Existenz und Aktion: den Konsens dadurch, daß die BRD als gemeinsamer, ideologischer, machtpolitischer und historischer Feind sowohl der Sowjetunion als auch Polens angesehen wurde; und den Konflikt dadurch, daß Polen und die UdSSR in wechselseitiger Konkurrenz durch privilegierte Beziehungen zur Bundesrepublik jeweils bessere Verhandlungsergebnisse als der andere durchzusetzen versuchten und Polen zudem seinen außenpolitischen Handlungsspielraum derart erweitern wollte.

5.3.4. DIE TRIADE BRD - POLEN MIT DER DRITTFUNKTION USA (WESTMÄCHTE)

Hier kann einer der wichtigsten Drittfunktionen im Verlaufe der deutsch-polnischen Verhandlungen aufgezeigt werden, über die überhaupt erst die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, und zwar aus zwei Gründen:

1. Die Vereinigten Staaten und insbesondere Frankreich und Großbritannien hatten traditionell bessere Beziehungen zu Polen als zur Sowjetunion, wie umgekehrt auch Polen auf gute Beziehungen zum Westen bedacht war. Der Westen wollte dadurch die Ostblocksolidarität auflockern, Polen sich von der UdSSR freischwimmen. Mit unseren Konsens-Werten versehen und graphisch dargestellt sieht die Triade wie folgt aus:



2. Das grundlegende Problem der deutsch-polnischen Verhandlungen, die Grenzfrage betreffend, bestand darin, eine Lösung zu finden, die dem polnischen Verlangen nach einer endgültigen Grenzankennung entsprach, als auch den verfassungs- und völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesregierung, einer solchen Lösung nur unter dem Vorbehalt der Möglichkeit ihrer nochmaligen Einbringung auf einer Friedenskonferenz über Deutschland als ganzes zustimmen zu können (Friedensvertragsvorbehalt). Die Verhandlungspartner einigten sich schließlich darauf, daß die Bundesrepublik als solche die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze als der Westgrenze Polens anerkennt. Das gilt aber nicht für Deutschland als ganzes. Diese Rechtskonstruktion wurde dadurch möglich, daß die sozialliberale Bundesregierung schon in ihrer Regierungserklärung - im Gegensatz zu vorherigen, christdemokratischen Regierungen - nicht mehr beanspruchte, Deutschland als ganzes allein zu vertreten. Stattdessen ging sie von zwei Staaten in Deutschland aus, die allerdings im Verhältnis zueinander nicht Ausland seien. Damit war - verfassungs- und völkerrechtlich durchaus möglich - die gesamtdeutsche Repräsentanz allein auf die Alliierten des 2. Weltkriegs und die Nachkriegsbesatzungsmächte übergegangen, vor allem auf die USA, Großbritannien und Frankreich, die die aus dem Potsdamer Abkommen und dem Deutschland-Vertrag stammenden Rechte für alle Deutschland als ganzes betreffenden Fragen

innehaben und noch offen in Berlin ausüben.

Die Westmächte und ähnlich auch die UdSSR hatten aber schon längst - aus Furcht vor einem allzusehr wiedererstarkenden Deutschland - verkündet, daß sie auf einer Friedenskonferenz nicht an einer Rückgabe der Gebiete jenseits von Oder und Neiße dächten, sodaß die Polen durch diese Art der Vorbehaltskonstruktion (Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze seitens der BRD unter dem Vorbehalt, daß die Alliierten als gesamtdeutsche Verantwortungsträger dem auch auf einer gesamtdeutschen Friedenskonferenz zustimmen werden) eine zukünftig mögliche Beeinträchtigung ihrer territorialen Integrität nicht befürchten bräuchten. Diese Integration der Westmächte in die deutsch-polnischen Verhandlungen wurde auch im Warschauer Vertragswerk vom 7.12.1970 zum Ausdruck gebracht, indem den drei Westmächten eine diesbezügliche Note der Bundesregierung übergeben wurde, die dann auch von der polnischen Regierung notifiziert wurde.

Die Drittfunktion: USA(Westmächte) diente hier eindeutig einer Förderung der Einigungswilligkeit der beiden Verhandlungspartner, wenn sie sie nicht gar erst ermöglichte. Das wurde dadurch erleichtert, daß die Drittfunktion vertraglich institutionalisiert war. An diesem Urteil ändert auch nichts die Tatsache, daß - betrachtet man die drei Westmächte einzeln - 1. Frankreich als Folge seiner traditionell guten Beziehungen insbesondere die polnische Verhandlungsposition bestärkte und damit Kompromisse zwischen den Verhandlungspartnern erschwerte; und daß 2. der amerikanische Sicherheitsberater, Kissinger, durch Kritik an der Neuen Ostpolitik die deutschen Verhandlungen mit dem Osten zu verlangsamen versuchte.⁹⁹

Die Konfliktreduktion durch die Drittfunktion der vermittelnden Westmächte soll durch folgendes, spieltheoretisches Schema verdeutlicht werden.¹⁰⁰

BRD \ Polen (p)	harte Verhandlungs- linie(b1)	weiche Verhandlungs- linie(b2)	Vermittlungs- linie durch Westmächte(b3)
harte Verhandlungs- linie(a1)	+6 -6	+2 -6	/ /
weiche Verhandlungs- linie(a2)	+6 -2	+2 -2	/ /
Vermittlungs- linie durch Westmächte (a3)	/ /	/ /	+4 -3

Die Zahlen in den Kästchen beziehen sich auf Nutzenwerte der Polen(jeweils links oben) und der Bundesrepublik Deutschland(jeweils rechts unten). Der Nutzenwert eines Verhandlungspartners ist um so größer, je mehr seiner außenpolitischen Interessenlage und Strategie entsprochen wird. Die plus/minus-Zeichen vor den Werten sind irrelevant für die Nutzenbestimmung, sie dienen lediglich dazu, die Distanz zwischen den Verhandlungspartnern über den gesamten plus/minus-Bereich hinweg quantitativ zu erfassen. Je größer demnach die Distanz ist, um so geringer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die beiden Seiten sich einigen. Eine Einigungswahrscheinlichkeit ist dann am größten, wenn die Distanz vergleichsweise am geringsten ist und wenn für jede Seite die Nutzenwerte vergleichsweise am höchsten sind.

Die Nutzenwerte der Bundesrepublik während der deutsch-polnischen Verhandlungen(hier exemplarisch aufgezeigt anhand des Grenzfragen-Problems) werden durch die folgenden, verhandlungsrelevanten Positionen bestimmt:

<u>Position der BRD</u>	<u>Nutzenwert der BRD</u>
endgültige Grenzanerkennung der Oder-Neiße-Grenze(ONG) explizit	1
endgültige Anerkennung aller Grenzen in Europa(implizit damit auch ONG)	2
Anerkennung mit alliierterem Vorbehalt	3
Feststellung der ON-Grenz-Existenz	4
Anerkennung mit Friedensvertragsvorbehalt	5
Grenzexistenzfeststellung mit Friedensvertragsvorbehalt	6

(Die Zuordnung der Nutzenwerte zu den einzelnen Positionen kann durch eine Analyse und Interpretation der oben dargelegten Interessenlage und außenpolitischen Strategie der Bundesrepublik Deutschland(vgl.5.2.2.) und des Ereignisablaufs der Verhandlungen(vgl.5.1.) nachvollzogen werden.)

Analog werden die Nutzenwerte Polens anhand der diesbezüglichen Positionen bestimmt:

<u>Position Polens</u>	<u>NutzenwertPolens</u>
Grenzexistenzfeststellung mit Friedensvertragsvorbehalt	1
Anerkennung mit Friedensvertragsvorbehalt	2
Feststellung der Existenz der Oder-Neiße-Grenze	3
Anerkennung mit alliierterem Vorbehalt	4
endgültige Anerkennung aller Grenzen in Europa(implizit damit auch ONG)	5
endgültige Grenzanerkennung der Oder-Neiße-Grenze, explizit	6

Wie die spieltheoretische Matrix zeigt, ist eine Einigung mit Hilfe der Drittfunktion Westmächte von den Nutzenwerten her am lukrativsten für beide Seiten, aber auch rela-

tiv am wahrscheinlichsten, da es die Kombination mit der zweitgeringsten Distanz ist. (Die Kombination mit der geringsten Distanz ist allerdings sehr unlukrativ für beide Seiten und deshalb unwahrscheinlich.)

Die konfliktreduzierende Wirkung der Drittfunktion wird also mit dem spieltheoretischen Instrumentarium bestätigt.

5.3.5. DIE TRIADE BRD - USA(WESTMÄCHTE) MIT DER DRITTFUNKTION POLEN UND DIE TRIADE POLEN - USA(WESTMÄCHTE) MIT DER DRITTFUNKTION BRD

In diesen beiden Triaden ist die jeweilige Drittfunktion nur sehr schwach ausgebildet: die Westmächte und die Bundesrepublik waren primär natürlich auf die Kontersumpermacht Sowjetunion ausgerichtet. Polen spielte hier nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings hatte Polen als Drittfunktion qua Aktion und Existenz eine gewisse, konfliktsteigernde Bedeutung für die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik über Tempo und Modus der westdeutschen Ost- und Polenpolitik. Die USA befürchteten einen ostpolitischen Alleingang der Bundesrepublik in Kooperation mit Moskau und Warschau.- Was die zweite, hier zu betrachtende Triade betrifft, so gab es Ansätze dazu, daß die Drittfunktion Bundesrepublik das vergleichsweise gute Verhältnis zwischen Polen und den Westmächten, insbesondere Frankreich, noch vertiefte: Man war sich immer darin einig, ein Wiedererstarken Deutschlands zu verhindern.

Dieses Motiv gilt auch für die nächste Triade, nämlich für

5.3.6. DIE TRIADE USA(WESTMÄCHTE) - UDSSR MIT DER DRITTFUNKTION BRD

Hier wirkte die Bundesrepublik auch als die Drittfunktion, gegen die man in einem Kondominium zu kooperieren immer geneigt war. Allerdings ist dieses Ergebnis der drittfunk-

tionalen Konfliktreduktion nicht eindeutig, da das Deutschland-Problem ja auch zu zahlreichen Konflikten zwischen den Supermächten Anlaß gab, wenn es nicht sogar Ursache des Kalten Krieges überhaupt war. Man denke nur an die Berlin-Krisen, die gescheiterten Vier-Mächte-Konferenzen und die innerdeutschen Differenzen, in die die jeweiligen Super- und Schutzmächte immer hineingezogen zu werden drohten. 1970 dominierte aber die Konfliktreduktion. Eine ähnliche Ambivalenz ist festzustellen für

5.3.7. DIE TRIADE BRD - USA(WESTMÄCHTE) MIT DER DRITTFUNKTION UDSSR

Denn die UdSSR verursachte im deutsch-amerikanischen Verhältnis Differenzen wegen der bilateralen Verhandlungen der Amerikaner und der Deutschen mit Moskau, bei denen der eine jeweils den anderen eine Vernachlässigung der Interessen der Bündnispartner unterstellte.

Allerdings dominiert in den deutsch-amerikanischen Beziehungen die konfliktreduzierende Bedeutung der Drittfunktion UdSSR, gegen die sich die USA und die BRD im Bündnis der Nato zusammengeschlossen haben.

5.3.8. DIE TRIADE UDSSR - BRD MIT DER DRITTFUNKTION USA(WESTMÄCHTE)

Im deutsch-russischen Verhältnis spielten die Vereinigten Staaten meist eine konfliktsteigernde Rolle, oft sogar durch direkte Intervention oder Penetration, da die Supermacht USA stets kritisch und skeptisch bilateralen Beziehungen der Mittelmacht und des Nato-Bündnispartners Bundesrepublik mit der feindlichen Supermacht UdSSR gegenüberstand. Die Vereinigten Staaten fürchteten um ihre Blockvorherrschaft.

5.3.9. DIE TRIADE POLEN - USA(WESTMÄCHTE) MIT DER
DRITTFUNKTION UDSSR

Die traditionell besseren Beziehungen zwischen Polen und den Westmächten, besser als zur Sowjetunion, wurden meist gestört (im Sinne einer Verschlechterung der Beziehungen) durch Interventionen und Penetrationen seitens der UdSSR, die durch Sonderbeziehungen Polens zum Westen um ihre Blockvorrangstellung fürchtete.

5.3.10. DIE TRIADE POLEN - UDSSR MIT DER DRITTFUNKTION
USA(WESTMÄCHTE)

Der Bezug Polens und der UdSSR auf die Vereinigten Staaten als dem gemeinsamen, kapitalistischen Gegner stärkte ihr gemeinsames Bündnis. Allerdings führten privilegierte Beziehungen Polens oder der Sowjetunion zum Westen zu Differenzen und Mißtrauen zwischen den Bündnispartnern. Dieses Moment war aber nicht vorherrschend.

5.3.11. DIE TRIADE USA(WESTMÄCHTE) - UDSSR MIT DER
DRITTFUNKTION POLEN

Diese Triade ist sehr schwach ausgebildet, da die Beziehung der Supermächte stark dominant ist. Polen kann da höchstens zum Konfliktherd am Rande werden, wenn nicht die Vereinigten Staaten sich mit dem Schicksal der Polen identifizieren und ihnen gegen die Russen zu helfen versuchen, wie es gegenwärtig (1981/82) Präsident Reagan mit der unter Kriegsrecht stehenden, polnischen Nation praktiziert. Das war aber 1970 nicht der Fall.

Ebenso gab es 1970 kein amerikanisch-sowjetisches Kondominium über Polen, da dieses seit Jalta eindeutig dem Ostblock zugeordnet war.

Während der deutsch-polnischen Verhandlungen von 1970 hatte Polen also im Bezug zu den beiden Supermächten keine Drittfunktion inne.

Wir kommen nun zu den Triaden, die nicht in allen logisch möglichen Kombinationen, sondern nur in den heuristisch fruchtbaren dargestellt werden.

5.3.12. DIE TRIADE POLEN - UDSSR MIT DER DRITTFUNKTION DDR

Das Verhältnis Polens und der UdSSR wurde über die so-wieso schon gegebene Blocksolidarität hinaus noch dadurch intensiver, daß sie-zur Realisierung der gemeinsam intendierten Entspannungspolitik mit dem Westen-sich der hierzu gegenläufigen, entspannungsfeindlichen Aktivitäten der DDR unter Ulbricht erwehren mußten. Wider Willen förderte die DDR als Drittfunktion damit im Jahre 1970 den polnisch-russischen Akkord.

5.3.13. DIE TRIADE POLEN - DDR MIT DER DRITTFUNKTION UDSSR

Insbesondere durch die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition ist die Zwangsklammer, die die Drittfunktion UdSSR als Ostblockhegemonialmacht darstellt, auch für das ostdeutsch-polnische Verhältnis, das nie ganz konfliktfrei war, gestärkt worden. Die Vorgaben, die Bahr und Gromyko in den Moskauer Vorgesprächen quasi-verbindlich vereinbarten, zwangen die DDR und Polen zusammen und ließen Differenzen zwischen beiden wie z.B. der Frage, ob und inwieweit die polnische Regierung in den Verhandlungen mit der Bundesrepublik auf der ostdeutschen Forderung nach einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR - als der Voraussetzung eines deutsch-polnischen Vertrages - bestehen müsse, zum Verschwinden bringen.

5.3.14. DIE TRIADE DDR - UDSSR MIT DER DRITTFUNKTION POLEN

Die DDR gilt als der "Musterknabe" im Ostblock und getreuester Anhänger Moskaus. Das wurde jedoch zeitweilig unter Ulbricht nachhaltig beeinträchtigt, u.a. auch durch die Drittfunktion Polen, da Ulbricht eine Preisgabe ost-

deutscher Interessen (Status von Berlin und der DDR) seitens der Polen befürchtete und sich daher mit der Sowjetunion "anlegte", die die Polen aber nicht in ostdeutsche Richtung drängten, sondern vielmehr in ihrer Entspannungspolitik ermutigte, weil sie sie selbst betrieb. Die Drittfunktion wirkte also konflikteskalierend.

5.3.15. DIE TRIADE POLEN - BRD MIT DER DRITTFUNKTION DDR

Auch mit Bezug auf die gerade 1970 sich durch die Verhandlungen verbessernden, westdeutsch-polnischen Beziehungen versuchte die Drittfunktion DDR bremsend und konsensmindernd zu wirken - allerdings ohne Erfolg. Durch direkte Interventionen (Treffen von Stoph/Ulbricht und Gomulka/Cyranciewicz) hoffte Ulbricht, die Polen auf seine Bedingungen (vgl. 5.3.13; 5.3.14.) für einen Ost-West-Ausgleich verpflichten zu können. Dadurch verlangsamte er die Verhandlungen, konnte sie aber letztendlich nicht sabotieren.

Aus eben diesem Grunde war in

5.3.16. DER TRIADE BRD - DDR MIT DER DRITTFUNKTION POLEN

die Drittfunktion Polen an einem möglichst schnellen und reibungslosen Ausgleich der beiden deutschen Staaten interessiert, da geargwöhnt wurde, Ulbricht können den gesamten Entspannungsprozeß durch eine Blockade des innerdeutschen Entspannungsprozesses beeinträchtigen. Diese konsensfördernde Bedeutung der Drittfunktion Polen wurde 1970 auch dadurch nicht abgemildert, daß es in Polen immer Stimmen gab, die eine innerdeutsche Annäherung und damit die Gefahr eines wiedererstarkten und wiedervereinigten Deutschlands befürchteten.

5.3.17. DIE TRIADE POLEN - DDR MIT DER DRITTFUNKTION BRD

Auf ähnliche Art und Weise wirkte die Drittfunktion BRD auf die durch allgemeine Blocksolidarität gekennzeichnete

te, ostdeutsch-polnische Beziehung konfliktsteigernd, da weder Polen noch die DDR sicher sein konnten, daß der andere auf eigene Kosten mit der Bundesrepublik Vereinbarungen trifft.

5.3.18. DIE TRIADE POLEN - CDU/CSU MIT DER DRITTFUNKTION BRD(BUNDESREGIERUNG)

Wie bereits im Kapitel 5.2.8. aufgezeigt wurde, gewann auch die westdeutsche Oppositionspartei der CDU/CSU für die deutsch-polnischen Verhandlungen einige Bedeutung, da wegen der knappen Mehrheit der sozialliberalen Koalition im Bundestag für eine Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages evt. die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion notwendig werden konnten. Dies veranlaßte auch die polnische Regierung, Kontakte mit den Christdemokraten aufzunehmen und einige ihrer Bundestagsabgeordneten zu einem Besuch nach Polen einzuladen, dem u.a. die Abgeordneten Höcherl, Müller-Herrmann, Dichgans, v. Bismarck nachkamen.

Diese Kontakte sind von der Bundesregierung gefördert worden, die sich ihrer prekären, innenpolitischen Situation nur allzusehr bewußt war und sich durch ein gutes christdemokratisch-polnisches Verhältnis die Vertragsratifizierung sichern wollte.

Allerdings war die Rolle der CDU/CSU bei den deutsch-polnischen Verhandlungen ambivalent, nicht nur auf Kooperation, sondern auch und vor allem auf Konfrontation gegen die Ostpolitik ausgerichtet. Von daher erschließt sich

5.3.19. DIE TRIADE BRD(BUNDESR.) - POLEN MIT DER DRITTFUNKTION CDU/CSU

Denn die scharfe Konfrontationspolitik der CDU/CSU erleichteter - ganz gegen ihren Willen - eine Einigung zwischen Deutschen und Polen, da die deutsche Verhandlungs-

delegation gegen die weitgehenden Forderungen der Polen nun einwenden konnten, sie seien illusorisch, weil sie innenpolitisch nicht durchsetzbar seien - woraufhin die polnische Seite angesichts dieses "objektiven", auch von der Bundesregierung nicht beeinflussbaren, äußeren Zwanges zurückstecken mußte.

Die Drittfunktion wirkte also durch Opposition konsensfördernd.

Umgekehrt wirkte dann natürlich in der

5.3.20. TRIADEN CDU/CSU - BRD(BUNDESREP.) MIT DER DRITTFUNKTION POLEN

die Drittfunktion konflikteskalierend, da die unterschiedliche Perzeption der polnischen Außenpolitik die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition verschärfte.

6. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Versuchen wir - ehe wir zu einer Gesamtinterpretation und einer Zusammenfassung aller Ergebnisse kommen - zunächst ein kurzes, vorläufiges Resümee der drittfunktionalen Analyse der deutsch-polnischen Verhandlungen, indem wir die im Kapitel 4.3. entwickelten Formeln und Hypothesen anwenden.

Demnach war das internationale Spannungssystem von 1970 stark drittfunktional strukturiert: Von 12 logisch möglichen Triaden sind 9 empirisch realisiert; und die restlichen drei Triaden sind immerhin noch schwach feststellbar. Im Vergleich zum Strukturierungsgrad in Höhe von 0.66 bei der Taiwan/Quemoy-Krise beträgt der diesbezügliche Wert für die deutsch-polnischen Verhandlungen 0.75 und ist damit nur wenig höher.

Substantialistische Dritte waren 1958 wie 1970 nicht beteiligt.

Allerdings ist bei den Westmächten eine gewisse Konzentration von Drittfunktionen festzustellen, nicht quantitativ, aber qualitativ im Sinne einer großen, wenn nicht zentralen Bedeutung der Westmächte-Drittfunktion für die Verhandlungen und deren erfolgreichen Abschluß, sodaß in dieser Hinsicht von einem hohen Institutionalisierungsgrad des internationalen Systems gesprochen werden kann. Das kommt u.a. ja auch in völkerrechtlichen Verträgen (Potsdamer Protokoll, Deutschlandvertrag) mit der Statuierung der alliierten Vorbehaltsrechte für Deutschland als ganzes sowie z.B. in der sog. Bonner Vierergruppe zum Ausdruck, einem Abstimmungsgremium zwischen den drei Westalliierten und der Bundesrepublik.

Um zu einem abschließenden Urteil über die Frage, ob und inwieweit Drittfunktionen konfliktfördernd oder konfliktmindernd wirken, zu kommen, sollen nun in einem Übersichts-schema alle genannten, triadischen Beziehungsstrukturen

in ihrem Verhältnis zu den Akteursmerkmalen(machtpolitischer Einfluß:Super-,Groß-,Mittelmacht,Kleinstaat) und zur Art des Gesellschaftssystems("kommunistisch" versus "kapitalistisch";Ost versus West), in ihrem Verhältnis zur Qualität der Akteursbeziehung(vgl.Konflikt-,Konsensskala) sowie zur Wirkung und Art der Wirkung der Drittfunktionen(Konflikt-,Konsensförderung als Ergebnis;Intervention, Penetration usw.) und schließlich in ihrem Verhältnis zum Parameter: Art des internationalen Systems (Kalte-Kriegs-, bzw. Entspannungssystem) dargestellt werden.

Methodisch wird dabei so verfahren, daß - vergleicht man die verschiedenen Fälle - bei einem überdurchschnittlich häufigen, gemeinsamen Auftreten(Korrelieren) von bestimmten Drittfunktionswirkungen(Konflikt-,Konsensförderung) mit bestimmten Akteursmerkmalen, Akteursbeziehungen, Systemarten usw. von einem engen Zusammenhang, wenn nicht gar von einem Ursache- Wirkungs-Verhältnis zwischen beiden Seiten des Vergleichs gesprochen werden kann.

Mit diesen Ergebnissen können dann evt. die dieser Untersuchung zugrundeliegenden Hypothesen sowie die grundlegende Frage in generalisierbarer Weise falsifiziert oder verifeziert, bzw. beantwortet werden.

ÜBERSICHTSCHEMA ÜBER DIE WIRKUNG VON DRITTFUNKTIONEN UNTER VERSCHIEDENEN BEDINGUNGEN

Dritter Akteur		Akteur 2	Akteur 1	Akt.	sub Einfl				Gesellsch	Art	inter3		funkt	Ins	Str	Wirkung	Str	Wirkung
USA	Taiwan	China	-6	0	3	2	1	3	2	1	Wirkung	Syst	Struktur	grad	3	2	1	Drittfunktion
China	USA	Taiwan	-6	0	3	4	1	W	0	W	Interv	0	0,66	0	a	a	a	Konfliktredukt
Taiwan	USA	China	-6	0	4	2	3	W	0	W	Aktion	0	0,66	0	a	a	a	Konfliktredukt
USA	China	UdSSR	-5	0	4	3	4	W	0	0	Aktion	0	0,66	0	a	a	a	Konfliktredukt
UdSSR	USA	China	-5	0	4	3	4	W	0	0	Existe	0	0,66	0	a	a	k	Konfliktredukt
China	UdSSR	USA	-5	0	3	4	4	0	0	W	Interv	0	0,66	0	k	a	a	Konfliktredukt
Taiwan	UdSSR	China	0	0	4	2	4	3	W	0	Interv	0	0,66	0	a	k	a	Konfliktredukt
UdSSR	Taiwan	China	0	0	4	2	3	0	W	0	Interv	0	0,66	0	k	a	a	Konfliktredukt
Polen	UdSSR	BRD	+15	0	4	2	2	0	0	W	Interv	1	0,75	1	k	k	k	Konfliktredukt
UdSSR	Polen	BRD	+15	0	2	4	2	0	0	W	Aktion	1	0,75	1	k	k	k	Konfliktredukt
BRD	Polen	UdSSR	+15	0	2	2	4	W	0	0	Aktion	1	0,75	1	k	k	k	ambivalent
USA	Polen	BRD	+16	0	4	2	2	W	0	W	Interv	1	0,75	1	k	k	k	Konfliktredukt
BRD	UdSSR	USA	+14	0	2	4	4	W	0	W	Existe	1	0,75	1	k	k	k	Konfliktredukt
UdSSR	USA	BRD	+14	0	4	4	2	0	W	W	Existe	1	0,75	1	k	k	k	Konfliktredukt
USA	BRD	UdSSR	+14	0	4	2	4	W	W	0	Interv	1	0,75	1	k	k	k	Konfliktredukt
UdSSR	USA	Polen	+15	0	4	4	2	0	W	0	Interv	1	0,75	1	k	k	k	Konfliktredukt
USA	UdSSR	Polen	+15	0	4	4	2	W	0	0	Existe	1	0,75	1	k	k	k	Konfliktredukt
DDR	UdSSR	Polen	+24	0	2	4	2	0	0	0	Interv	1	/	1	a	k	k	Konfliktredukt
UdSSR	DDR	Polen	+24	0	4	2	2	0	0	0	Interv	1	/	1	k	a	k	Konfliktredukt
Polen	UdSSR	DDR	+24	0	2	4	2	0	0	0	Aktion	1	/	1	k	a	k	Konfliktredukt
DDR	BRD	Polen	+14	0	2	2	2	0	W	0	Interv	1	/	1	a	k	k	Konfliktredukt
Polen	DDR	BRD	+14	0	2	2	2	0	0	W	Interv	1	/	1	k	a	k	Konfliktredukt
BRD	DDR	Polen	+14	0	2	2	2	W	0	0	Existe	1	/	1	k	a	k	Konfliktredukt
BRD/BSU	DDR	Polen	/	0	2	/	2	W	0	W	Aktion	1	/	1	k	a	k	Konfliktredukt
DDR/CSU	Polen	BRD(B)	/	0	/	2	2	W	0	W	Aktion	1	/	1	a	k	k	Konfliktredukt
Polen	BRD(B)	DDR	/	0	2	2	/	0	W	W	Existe	1	/	1	k	k	a	Konfliktredukt

Erläuterungen siehe S. 125

ERLÄUTERUNGEN UND LEGENDE ZUM ÜBERSICHTSCHEMA:

Die im Übersichtschema verwandten Kategorien sollen im folgenden in der Reihenfolge ihrer Nennung von links nach rechts erläutert werden:

Drittff. Akteur = der Akteur, der als Drittfunktion betrachtet wird;

Drittff. Akteur + Akteur 2 + Akteur 1 = die jeweilige Triade;

Akt. Bezie. = die Art der Beziehungen zwischen den drei Akteuren der jeweiligen Triade. Sie wird bewertet und berechnet nach der Intensität des Konfliktes, bzw. des Konsenses zwischen den Akteuren (vgl. Konflikt-, Konsensskala). Der quantitative Wert ergibt sich aus der Addition der einzelnen Konsens-, bzw. Konfliktwerte (siehe graphische Darstellung der Triaden mit den dort angegebenen Daten). Der im Schema angeführte Wert ist Indikator für die Konflikt- oder Konsenshaltigkeit einer Triade.

sub. 3. = Zahl der beteiligten, substantialistischen Dritten;

Einfl. = machtpolitischer Einfluß der Akteure 3 (Drittfunktion), 2 und 1.

Zur Klassifikation wird folgende Skala verwandt:

1 = Kleinstaat; 2 = Mittelmacht; 3 = Großmacht;

4 = Supermacht, und die nicht benannten Zwischentypen: 1-2; 2-3; 3-4.

Gesellsch. = Art des Gesellschaftssystems, dem die Akteure 3, 2 und 1 zuzurechnen sind: 0 = Osten (kommunistischer Einflußbereich); W = Westen (kapitalistischer Einflußbereich)

Art Wirkung = Art der Wirkung der Drittfunktion auf die beiden verbleibenden Akteure
(siehe die Klassifikation S. 57)

inter. Syst. = Art des internationalen Systems

0 = Kalte-Kriegs-System; 1 = Entspannungssystem

3.funk.Struk. = drittfunktionale Strukturierungsgrad des internationalen System. Er wird berechnet aus dem Verhältnis der logisch möglichen zu den empirisch realisierten Triaden.

Inst.grad. = Grad der Institutionalisierung des internationalen Systems(vgl. S. 55)

außen Str. = außenpolitische Strategie der Akteure 3, 2 und 1. Es wird eine aggressive(=a) und eine kooperative(=k) Strategie unterschieden.

Wirkung der Drittfunktion auf die beiden verbleibenden Akteure. Die Wirkung kann in einer Konfliktreduktion (synonym=Konsenssteigerung) oder in einer Konflikteskalation(synonym=Konsensminderung) bestehen.

6.1. ERGEBNISSE UND ERGEBNISINTERPRETATIONEN

Die aus bisherigen Forschungen abgeleitete, grundlegende Hypothese dieser Untersuchung, daß nämlich Drittfunktionen - trotz aller Gegenteilstendenzen - aller Wahrscheinlichkeit nach konfliktreduzierend wirken (vgl. Kapitel 3), kann summa summarum auch hier mit dem neuen Ansatz bestätigt werden: Von insgesamt 25 triadischen Akteurskombinationen wirkten 15 Drittfunktionen konfliktreduzierend (=60%) und 10 konflikteskalierend (=40%). Das Ergebnis ist allerdings nicht eindeutig.

Eindeutiger wird es, wenn man die Triaden nach der Art des internationalen Systems, dem sie angehören, differenziert: Von den 8 Triaden des Systems: "Kalter Krieg" wirken 4 (=50%) konflikteskalierend, während von den 17 Triaden des Systems: "Entspannung" nur 6 konflikteskalierende (=35%) Folgen zeitigten, aber immerhin 11 konfliktreduzierende (=65%). Mit der Variable: Art des internationalen Systems scheint demnach auch eine mitentscheidende Randbedingung und Ursache für die Wirkungsart von Drittfunktionen isoliert worden zu sein. Mit dieser Dominanz der Variable: internationales System harmonisiert die Tatsache, daß die Variablenausprägung: Kalte-Kriegs-System stark mit der Variablenausprägung: aggressive, außenpolitische Strategie korreliert und die Ausprägung: Entspannungssystem stark mit der Ausprägung: kooperative Strategie.

Daß damit eine starke Konflikt-, bzw. Konsenshaltigkeit der Akteursbeziehung zusammenhängt, ist nur logisch und bestätigt die innere Konsistenz der Ergebnisse.

Interessant ist, daß die Wirkung von Drittfunktionen weder mit der machtpolitischen Einflußart der Akteure und deren evt. Diskrepanz noch mit der Zugehörigkeit der Akteure zu einem gesellschaftspolitischen System noch mit der Wirkungsart (Intervention usw.) noch mit dem drittfunktionalen Strukturierungsgrad des internationalen Systems korreliert.

Die Abhängigkeit der Drittfunktionen von der Art des internationalen Systems und von den jeweiligen außenpolitischen Strategien der Akteure sowie ihre Unabhängigkeit von dem innen- und gesellschaftspolitischen System der Akteure ist ein weiteres Indiz für die relative Autonomie des internationalen Systems von der inneren Struktur seiner Systemmitglieder.

Bemerkenswert ist der relativ hohe, drittfunktionale Strukturierungsgrad auch des "Kalte-Kriegs-Systems", was darauf hindeutet, daß die Konfrontationen des Kalten Kriegs z.T. nur Ideologie waren, was aber auch auf die Kontinuität zwischen dem Kalte-Kriegs- und dem Entspannungs-System hinweist.

Erwähnt sei auch noch der geringe, wenn auch nicht signifikante Zusammenhang zwischen dem drittfunktionalen Strukturierungsgrad und dem Institutionalisierungsgrad des internationalen Systems. Das liegt ja auch in der "Logik" des Begriffes der Drittfunktion. (vgl. S. 55)

Allerdings besteht kein Zusammenhang zwischen Drittfunktionen und dem Auftreten substantialistischer Dritter. Solche Dritte scheinen nicht - wie vermutet wurde - aus einer Konzentration von Drittfunktionen auf einen Akteur zu entstehen, sondern aus einem originären, politischen Akt.

Wendet man die hier gewonnenen, empirischen Ergebnisse und Gesetzmäßigkeiten prognostisch und damit potentiell auch praxeologisch, so ist ein internationales System, das triadisch, drittfunktional und damit pluralistisch organisiert werden soll, wahrscheinlich nicht konfliktträchtiger als andere internationale Organisationsformen, vorausgesetzt, die beteiligten Akteure verfolgen kooperative Strategien. Das wird überaus deutlich, wenn man nur die vier Hauptakteure im Fallbeispiel der deutsch-polnischen Verhandlungen aufgreift, die alle eine kooperative Strategie verfolgten: Hier wirkten 75% der Drittfunktionen konsensfördernd.

Die konsensfördernde Wirkung von Drittfunktionen hängt also im wesentlichen von den Akteursstrategien ab. Sie wird auch nicht beeinträchtigt davon, daß das Aufmerksamkeitspotential von Akteuren durch eine infolge von Drittfunktionalisierung auftretenden Überkomplexisierung der internationalen Beziehungen angeblich zu stark beansprucht werden könnte.

7. QUELLEN, LITERATURANGABEN UND ANMERKUNGEN

1. vgl. W. Bernsdorf, Wörterbuch der Soziologie, Bd.3, Stuttgart 1972, Stichwort:Rolle und Rollentheorie, S.673 ff.;
vgl. auch W.L. Bühl, Transnationale Politik, Stuttgart 1978, S.85
2. vgl. H.A.Kissinger, Amerikanische Außenpolitik, Düsseldorf 1961^I, S.90 ff
3. vgl. P. Eisenmann, Brzezinski und die Außenpolitik der USA, Krefeld 1979, S.35 ff.
4. vgl. N. Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Frankfurt a.M. 1979^{VI}, Bd.2, S.123 ff.
5. vgl. J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a.M. 1975^{III}, S.52 ff.
6. vgl. H.-J.Weber, Theoretische und experimentelle Bausteine der Verhandlungsforschung, Tübingen 1976;
ebenso:B. Keller, Theorien der Kollektivverhandlungen, Berlin 1974;
A. Lall, Modern International Negotiation, New York/London 1966, S. 163 ff.;
B. Külp, Theorie der Drohung,Köln 1965;
W.H. Riker, The Theory of Political Coalitions, New Haven 1967^{II}, S.124 ff.;
C.Gelner, Die Kunst des Verhandelns in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben, Heidelberg 1960
7. H.J. Morgenthau, Macht und Frieden, Gütersloh 1963, S.72
8. W.L. Bühl (Hrsg.), Konflikt und Konfliktstrategie, München 1972;
vgl. auch :W.L. Bühl, Evolution und Revolution, München 1970;
W.L. Bühl, Theorien sozialer Konflikte, Darmstadt 1976
9. O.R. Young, The Intermediaries, Third Parties in International Crises, New Jersey 1967
- 10.D. Frei, Erfolgsbedingungen für Vermittlungsaktionen in internationalen Konflikten, in:PVS, 16.Jg., H.4, Dez.1975, S.447-490
- 11.vgl. hierzu den entscheidungsträger- und akteursorientierten: Snyder,R.C./H.W. Bruck/B.Sapin(ed.), Foreign Policy and Decision-Making, New York 1963;
R. Seidelmann, Interaktionen im Internationalen System, in: PVS, 1974, S.309 ff.
- 12.vgl. zum Konstellationsbegriff: G.-K.Kindermann, Grundelemente der Weltpolitik, München 1977, S.48 ff.
- 13.W.L.Bühl, Einleitung: Entwicklungslinien der Konfliktsoziologie, in: ders.(Hrsg), Konflikt und Konfliktstrategie, München 1972, S.9-64

14. H.Crott, M.Kutschker, H.Lamm, Verhandlungen, Stuttgart u.a. 1977, Bd.I und II
15. vgl. zum Isomorphieprinzip und dessen Anwendung auf die internationalen Beziehungen:
G.Simonis, Kritischer Vergleich einiger systemtheoretischer Ansätze internationaler Beziehungen, in:
K.J. Gantzel (Hrsg.), Internationale Beziehungen als System, Opladen 1973, PVS-Sonderheft 5
16. D.Frei, a.a.O. (Anm.:10)
17. D.Ruloff, Digitale Simulation zwischenstaatlichen Konflikts (Interdisciplinary Systems Research), Basel 1975
18. K.W.Deutsch/J.D.Singer, Multipolar Power Systems and International Stability, in: World Politics 1964, S.390 ff.;
M.Haas, International Subsystems: Stability and Polarity, in: American Political Science Review, 1970, S.98 ff;
siehe auch: R.N. Rosecrance, Bipolarity, multipolarity and the future, in: JCR 1966, S.314 ff.
19. vgl. B.Keller, a.a.O. (Anm.:6)
20. Riker, a.a.O. (Anm.:6)
21. R.Aron, Frieden und Krieg, Frankfurt 1963, Einleitung;
siehe auch: P.Flora, Modernisierungsforschung, Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, Opladen 1974
22. D.Berg-Schlosser, H.Maier, Th.Stammen, Einführung in die Politikwissenschaft, München 1974, S.128/129
23. vgl. St. Hoffmann, The State of War, New York 1965;
ebenso: St. Hoffmann, International Relations: The Long Road to Theory, in: World Politics, Vol. 11, 1959, S.346-377
24. Snyder/Bruck/Sapin, a.a.O., (Anm.:11);
vgl. auch: Fr. Naschold, Systemsteuerung, Stuttgart u.a. 1971ⁱⁱ, S.30 ff.
25. siehe zu dieser Klassifikation: J.N. Rosenau, The Scientific Study of Foreign Policy, New York 1971
26. P.L.Berger/Th.Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt a.M. 1970, S.58
27. ebd. S.60/61
28. Frei, in: PVS, a.a.O., (Anm.:10), S.484
29. H.Lamm, Analyse des Handelns, Stuttgart 1975, S.117
30. ebd., S.111
31. ebd., S.61-64

32. Crott, Kutschker, Lamm, a.a.O., (Anm.: 14), Bd. 1, S. 141/142
33. Bühl, a.a.O., (Anm.: 13), S. 47/48
34. Deutsch/Singer, a.a.O., (Anm.: 18),
35. Rosecrance, a.a.O., (Anm.: 18)
36. Haas, a.a.O., (Anm.: 18)
37. vgl. D. Nohlen/Fr. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4, Halbband II, Hamburg 1978, S. 645 ff.;
vgl. auch: I. C. Y. Hsi, The Rise of Modern China, New York 1970
38. Die historische Rekonstruktion der Ereignisse beruht im wesentlichen auf den Angaben des Europa-Archivs (13. Jg., Jan./Juni 1958 und Juli/Dez. 1958) und des Archivs der Gegeneart, Jahrgang XXVIII, 1958
39. D. Eisenhower, Die Jahre im Weißen Haus, 1953/56, Düsseldorf/Wien 1964, S. 526 ff.
40. vgl. Der Spiegel, 17.9.1958
41. E. Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München/Zürich 1974, S. 39
42. M. A. Kaplan, Variationen zu sechs Modellen des internationalen Systems, in: D. Frei (Hrsg.), Theorien der internationalen Beziehungen, München 1977^{II}, S. 267/268;
vgl. auch: W. Link, Der Ost-West-Konflikt, Stuttgart 1980
43. vgl. W. Cornides, D. Mende, W. Wagner (Hrsg.), Die Internationale Politik, 1958-60, München/Wien 1971, S. 858 ff.
44. vgl. zum Prinzip und zur Methode von Rationalannahmen: H. Behrens, Politische Entscheidungsprozesse, Opladen, 1980, S. 122 ff.
45. vgl. A. G. Meyer, Leninisme, Cambridge 1957, S. 235 ff.
46. vgl. U. Schmiederer, Die Außenpolitik der Sowjetunion, Stuttgart 1980, S. 90 ff.
47. N. S. Chruschtschow, Vierzig Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution, in: Beilage zu "Die Sowjetunion heute", Bonn 1957, S. 42, 45/46
48. vgl. K. Mehnert, Der Sowjetmensch, Stuttgart 1964, S. 21 ff.;
siehe auch: G. F. Kennan, Memoiren eines Diplomaten, 2 Bände, München 1971, S. 517
49. vgl. N. S. Chruschtschow, Chruschtschow erinnert sich, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 347 ff.
50. siehe auch: D. S. Zagoria, Der chinesisch-sowjetische

- Konflikt 1956 - 1963, München 1964, S.227 ff.
51. Eisenhower, a.a.O. (Anm.:39), S.512
 52. vgl. hierzu aus orthodox-marxistischer Sicht:
J.Reusch, Die Außenpolitik der Volksrepublik China
1949 - 1974, Frankfurt a.M. 1974, S.35;
vgl. auch: Kl.Mehnert, Peking und Moskau, Stuttgart
1962, S.439 ff.
 53. Nachrichten-Agentur Neues China, 19.4.1960, zit.
nach: H.Bodensieck, Probleme der Weltpolitik 1945
- 1962, Stuttgart 1967, S.39
 54. Kennan, a.a.O., (Anm.:48), S.358 ff. (Bd.2)
 55. Eisenhower, a.a.O., (Anm.:39), S.487 ff. (Bd.1)
 56. vgl. Fr.H.Hartmann, The New Age of American Foreign
Policy, London 1970, S.194 ff.
 57. Life, 16.1.1956, zit. nach: W.Cornides, D.Mende, W.Wag-
ner (Hrsg.), Die Internationale Politik, 1956/57,
München/Wien , S.106
 58. K.E.Boulding, Beitrag zu einer Friedenstheorie, in:
E.Krippendorff (Hrsg.), Friedensforschung, Köln/Ber-
lin 1970^{II}, S.68-86, hier: S.79
 59. A.Etzioni, Der harte Weg zum Frieden, Göttingen 1965,
S.27
 60. Eisenhower, a.a.O., (Anm.:39), S.524
 61. zit. nach: Eisenhower, ebd., S.501
 62. ebd., S.651
 63. ebd., S.525
 64. Spiegel, 3.10.1958
 65. Spiegel, 17.9.1958
 66. Spiegel, 24.9.1958
 67. Eisenhower, a.a.O., (Anm.:39), S.520
 68. Bei der Berechnung der Formeln war mir Dipl.Math.
H.Roß, Münster, behilflich.
 69. Kaplan, a.a.O., (Anm.:42)
 70. W.Fucks, Formeln zur Macht, Stuttgart 1965
 71. vgl. Rosenau, a.a.O., (Anm.:25)
 72. H. Kahn, On Escalation: Metaphors and Scenarios, zit.
nach: K.W.Deutsch, Analyse internationaler Beziehungen,
Frankfurt a.M. 1968, S.208
 73. siehe im allgemeinen zur Ostpolitik:
P.Bender, Die Ostpolitik Willy Brandts oder Die Kunst
des Selbstverständlichen, Reinbek bei Hamburg 1972;

- H.Allardt, Moskauer Tagebuch, Düsseldorf 1973;
 Auswärtiges Amt(Hrsg.), Ostpolitik - Dokumenta-
 tion, o.O., 1975;
 D.Cycon, Es geht um die Bundesrepublik, Stuttgart 1971;
 D.Blumenwitz u.a.(Hrsg.), Partnerschaft mit dem
 Osten, München 1976;
 J.Füllenbach, F.J.Klein, Bonn und Warschau, 1.Forum
 Bundesrepublik Deutschland - Volksrepublik Polen,
 Bonn 1977;
 B.Meissner(Hrsg.), Moskau - Bonn, Die Beziehungen
 zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik
 Deutschland 1955 - 1973, Dokumentation, 2 Bde. 1975;
 C.-C.Schweitzer, H.Feger(Hrsg.), Das deutsch-polnische
 Konfliktverhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg,
 Boppard 1975;
 H.J.Stehle, Nachbarn im Osten, Frankfurt a.M. 1971;
 B.Zündorf, Die Ostverträge, München 1979
74. zum Problem der Oder-Neiße-Grenze siehe:
 V.Brancion, Die Oder-Neiße-Linie, Stuttgart 1970
75. zur Quellenbasis: G.Schmid, Entscheidung in Bonn,
 Köln 1979;
 R.Roth, Außenpolitische Innovation und politische
 Herrschaftssicherung, Meisenheim am Glan 1976;
 G.W.Wittkämper, Medienwirkungen in der internatio-
 nalen Politik, unveröffentlichter DFG-Abschlußbe-
 richt, Münster 1981;
 Frankfurter Allgemeine Zeitung; Frankfurter Rund-
 schau; Spiegel
76. vgl. B.Willms, Entspannung und friedliche Koexistenz,
 München 1974
77. Kaplan, a.a.O., (Anm.:42), S.272/273
78. vgl. W.Brandt, Begegnungen und Einsichten, Hamburg
 1976, S.219 ff.;
 siehe auch: E.Jahn/V.Rittberger(Hrsg.), Die Ostpoli-
 tik der Bundesrepublik, Opladen 1974
79. vgl. C.v.Braunmühl, Kalter Krieg und friedliche Koexis-
 tenz, Frankfurt a.M.1973, S.55
80. vgl. Interview mit E.Bahr, in: G.Schmid, Politik des
 Ausverkaufs? Die Deutschlandpolitik der Regierung
 Brandt/Scheel, München 1975
81. H.A. Kissinger, Memoiren 1968 - 1973, München 1979,
 S.441
83. vgl. R.Morgan, Washington und Bonn, München 1975,
 S.510 ff.;
84. vgl. K.Moersch, Kurs-Revision, Deutsche Politik nach
 Adenauer, Frankfurt a.M. 1968, S.226
85. vgl. G.Schmid, Entscheidung in Bonn, Köln 1979, S.254

86. H.A.Kissinger, a.a.O., (Anm.:81), S.442
87. Schweitzer/Feger, a.a.O., (Anm.:73), S.113
88. Kissinger, a.a.O., (Anm.:81), S.1182, 1218
89. Brandt, a.a.O., (Anm.:78), S.510
90. vgl. U.Nerlich, Washington und Bonn, Entwicklungsstrukturen im deutsch-amerikanischen Verhältnis, in: K.Kaiser/H.P.Schwarz, Amerika und Westeuropa, Stuttgart 1977, S.340
91. vgl. M.Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt a. M. 1972;
A.Uschakow, Deutschland in der Außenpolitik Polens, in: Außenpolitik, Jg.21, 1970, Heft 8, S.470 ff.
92. W.Hanrieder, Die stabile Krise, zit. nach: R.Roth, (Anm.:75), S.34
93. ebd.
94. vgl. W.Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1970, S.330 ff.
95. F.J.Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1963, S.143;
vgl. auch: D.Bischoff, Franz-Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik, Meisenheim am Glan 1973
96. F.J.Strauß, in: Sonntagsblatt, 6.11.1966
97. entfällt
98. vgl. G.Schmid, a.a.O., (Anm.:75), S.118
99. vgl. ders., Henry Kissinger und die deutsche Ostpolitik, in: APUZ, B 8, 1980, 23.2.1980
100. vgl. M.D.Davis, Spieltheorie für Nichtmathematiker, München/Wien 1972;
G.Junne, Spieltheorie in der internationalen Politik, Düsseldorf 1972.

Die Schriftenreihe erscheint in unregelmäßiger Reihenfolge im Selbstverlag und Selbstvertrieb.

Redaktion: Prof.Dr. M. Knapp, Prof. Dr. N. Konegen, Dr. J. Bellers.

Anschrift: Institut für Politikwissenschaft, Redaktion der Schriftenreihe, Bispinghof 3, 44 Münster Tel.:0251/834370

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keinerlei Haftung übernommen. Für alle Beiträge behalten sich die Verfasser alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.

ISBN 3 - 923676 - 00 - X